

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. - Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 - **Kontokonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphische Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 10/21 - Telefon 72208

**Insertenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mt. Inserate v. a. u. w.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamezettel 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

## Das Echo von Tannenberg.

Immer neue Denkmalsreden.  
Der französische Justizminister.

WLB Paris, 25. September.

Heute nachmittag wurde in Liron im Departement Unter-Pyrenäen ein Denkmal zur Erinnerung an den Kommandanten des Postens von Bisan (Marokko), enthüllt. Als Vertreter der französischen Regierung hielt Justizminister Barthou eine Rede, die eine Erwiderung auf Hindenburgs Ausführungen in Tannenberg darstellt. Er erklärte u. a.:

Wir haben den Marokko-Krieg ebensowenig gewollt, wie den anderen. Wir sind in gleicher Weise ungeschuldig an dem Blut, das ein heroisch kämpfendes Volk, ein Wilhelm II. und ein Vob el Arim haben vergießen lassen. Es gibt Dementis, die die Geschichte nicht annehmen und die, aus welchem Munde sie auch kommen mögen, gegen die Wahrheit der Tatsachen nichts vermögen. Das Deutschland von 1914 würde, wenn es seinen Herzogen gewesen wäre, mit einem Wort der Annahme des Vermittlungsangebotes die drohende Gefahr beseitigt haben. Das Deutschland von 1914 hatte keine reinen Hände. Nachdem wir die Grausamkeiten erlebt haben, werden wir nicht unsere Toten entehren lassen. Wir wollen den Frieden. Aber wir können nicht die Wahrheit opfern.

Das Schweigen, das, wenn es gegenseitig ist, wir gern gewähren wollen, ist die notwendige Bedingung für die Annäherungen, die der Friede der Welt erfordert. Um diesen Preis müssen wir uns entschließen, die unvollständigen Rehabilitierungen bringen die Gefahr mit sich, vor der Bestrafung, den Kon einer zeitweiligen Herabsetzung anzunehmen.

### Woincaré.

WLB Paris, 24. September.

Der französische Ministerpräsident hat am Sonntagabend in Besfort vor der amerikanischen Legation eine neue Rede gehalten. Er gab seinen Zuhörern zunächst einen ausführlichen Bericht über die Geschichte Besforts und betonte dabei besonders, daß Besfort nach dem Kriege von 1870/71 die Zuständigkeiten für alle diejenigen Elfenbein gewesen sei, die die deutsche Fremdherrschaft in ihrer Heimat nicht ertragen konnten. Aus seinen Darlegungen zog dann Woincaré die Schlussfolgerung, daß Frankreich stets auf seine Sicherheit bedacht sein müsse. So sehr es auch den Frieden wünsche, so hänge dieser doch mehr vom guten oder schlechten Willen des Kaiser als von Frankreich selbst ab. Selbst der Völkerverbund, dem selber die Vereinigten Staaten nicht beigetreten seien, könne Frankreich nicht seine volle Sicherheit geben.

WLB Paris, 25. September.

Woincaré hat heute im Elisee drei Kriegerdenkmalen eingeweiht. In St. Martin wies er in seiner Rede besonders darauf hin, daß die Elfenbein, zu deren Ehren das Kriegerdenkmal errichtet wurde, zum Teil unter verschiedenen Fahnen gedient, daß sie sich aber tapfer geschlagen hätten, was man jetzt gemeinsam bewahren. Woincaré hat Woincaré das zu Ehren der französischen Alpenjäger errichtete Denkmal, auf dem Elisee, bei dem Gebweiler eingeweiht.

Die dritte Einweihung war die des Kriegerdenkmalen in Mühlhausen. Die Inschrift: „Den Söhnen Mühlhausens“ besagt, so führte er aus, daß man unter den Toten, gleichviel auf welcher Seite sie gefallen seien, nicht eine Unterscheidung machen will. Woincaré ging dann auf die Geschichte Mühlhausens ein und erklärte dabei u. a.: Während der Trennung ist Mühlhausen immer in Gedanken dem Vaterlande treu geblieben. Selbst Kaiser Wilhelm, fuhr er fort, habe dieses Gefühl der Bewohner von Mühlhausen so gut gefaßt, daß er sich während seiner ganzen Regierung Mühe gab, sich in die Straßen Mühlhausens zu begeben. Woincaré war bei diesen drei Feierlichkeiten von Kriegsminister Painlevé und dem Minister für öffentliche Arbeit, Tardieu, begleitet.

### Der belgische Ministerpräsident.

WLB Brüssel, 25. September. (Radio.)

Am Sonntag erfolgte in Ostende durch den belgischen Ministerpräsidenten Jaspers die Einweihung eines Denkmals für den katholischen Staatsmann Bernaert. Der belgische Ministerpräsident besuchte sich bei dieser Gelegenheit auch mit den Lokalkommissionen anlässlich der Einweihung des Tannenberg-Denkmalen und führte dabei u. a. aus:

Bernaert, der sich sehr um die Beilegung des Friedens in Europa bemühte und von so tiefem Glauben daran erfüllt war, ist der beispiellose Schmerz erspart geblieben, das Verprechen zu erleben, das seinen Herzogen, von denen begangen wurde, die unsere Neutralität verletzt haben. Er hat nicht die furchtbaren Tage erlebt, in denen die Invasion derer, mit den reinen Händen unter unschuldigen Vorkriegs- und Brandstiftung, dem Nord- und der Westküste ausgeliefert hat. Er hat die unerschütterlichen Klärungen von Frauen, von Greisen, von Kindern in der Wiege nicht kennengelernt. Sein Herz krampte sich nicht zusammen im Angesicht des systematischen Raubes unserer industriellen Ausrichtung. Er erlebte weder Löwen noch Wiser, noch Tannens, noch Vercher noch Diant. Er hat nicht mehr mit Augen, die vor Entsetzen brannten, den langen Zug unleserlicher davonziehender Leiden müssen, die wie Sklaven zu Tausenden deportiert wurden.

Auch die letzte Verletzung blieb ihm erspart, sein geliebtes Vaterland gegen den Haß und die Verleumdung verteidigen zu müssen, die hartnäckig und unermüdet bemüht sind, mit den blühen Dünken der Rüge und des Uebelwollens Heroismus und Leiden zu trüben.

### Die weiteren Folgen.

SPD Berlin, 25. September. (Radio.)

Im Zusammenhang mit der Rede des belgischen Ministerpräsidenten in Ostende meldet ein im allgemeinen zuverlässig informiertes Berliner Montagblatt aus Genf, daß die für heute vorgesehene Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister und dem belgischen Völkerverbandsdelegierten de Brocquere über die Formulierung eines gemeinsamen Kommuniqués über den Verzicht auf das Schiedsgericht in der „Frankfurterfrage“ kaum stattfinden werde. Weiter heißt es dann in der Meldung wörtlich: „Im übrigen lehnt man in der deutschen Delegation jede Äußerung zu der Rede des belgischen Ministerpräsidenten ab, weil sie nur den Kriegszustand wieder lebendig macht, der gerade durch das zu vereinbarendes Kommuniqués begraben werden sollte.“

Ein Schauspiel für Götter. Im Reformationsaal zu Genf hatten die Außenminister, ägliche Friedensredner. Wenige Stunden später werden vor neu zu enthüllenden Denkmälern, in Interviews und dergleichen immer neue Brandfäden zwischen die Völker geworfen. Das ganze bezeichnen sie als die Organisation des Friedens. Nichts hat das eigentliche Wesen Dr. Stresemanns besser enthüllt, als sein Interview, das er dem Matin gewährte. Erst dadurch hat die Hindenburgrede ihre eigentliche Bedeutung erlangt, und das Echo des gestrigen Tages war vieldeutig genug. Die führende Säulen der Entente, Woincaré, Bernaert und der belgische Ministerpräsident Jaspers, waren dem Reichspräsidenten den Ball zuwerfen. Die große Aktion, mit der der Generalfeldmarschall in Tannenberg beauftragt wurde, hat, wie der Vorstoß Polens zu Beginn der Völkerverbandsverhandlung, das Gegenteil des gewünschten Erfolges zum Ergebnis gehabt. Gerade die Fansaren Hindenburgs, die, wie in der französischen Presse sehr richtig erkannt worden ist, die Fundamente des Versailler Vertrages erschüttern sollten, haben die Nationalisten in Frankreich und Belgien desto fester zusammengeschlossen.

Das ist das Ergebnis dieser glorreichen Aktion, zu der der Reichsaußenminister sein Stigma gab und die er in seinem Interview noch besonders feierte. Damit hat sich das Wesen der Stresemannschen Außenpolitik vor aller Welt enthüllt. Er ist der Wortführer der neubourgeois Imperialisten, und die Sozialdemokratische Partei wird sich im Angesicht all dieser Tatsachen noch erhaltbarer mit der Frage zu beschäftigen haben, ob sie zwischen sich und dem Reichsaußenminister nicht endlich eine klare Scheidung vollziehen will.

Dr. Stresemann hatte dem Vertreter des Matin erklärt, daß er im Namen der deutschen Delegation spreche. Nach den nunmehr vorliegenden Darstellungen hat Genosse Breitfeld Pressevertretern erklärt, er habe an seiner Sitzung teilgenommen, in der das Interview besprochen wurde. Er sei infolge dessen auch keineswegs dafür verantwortlich zu machen. Wir registrieren das Dementi. Es kennzeichnet die Rolle, die dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in Genf zugewiesen ist.

Der Montag Morgen stellt mit, daß Professor J. W. Förster, der unlangst von Dr. Stresemann in einer Genfer Presseerde der Lumperei beschuldigt worden war, die Absicht habe, eine Beleidigungsklage gegen den Reichsaußenminister anzustrengen.

### Die badische Zentrumsleitung gegen Dr. Wirth.

WLB Freiburg, 25. September.

Das Zentralkomitee des badischen Zentrums hat heute eingehend den Reichstagsbeschlüssen beraten. Neben die Verhandlungen berichtet die Freiburger Tagespost u. a.: Man sei einig gewesen darüber, daß der Entwurf einer gegenwärtigen Grundlage für eine annehmbare Regelung des Volksschulwesens entsprechend der Reichsverfassung, daß das badische Zentrum die Reichsverfassung, insbesondere Artikel 174, schon aus allgemeinen politischen Erwägungen gewahrt und die religiösen Ziele des Volkes unabhängig festzustellen wissen wolle. Im Rahmen dieser Voraussetzungen werde es die Hand zur Verwirklichung nicht abgeben, falls auch auf der andern Seite der gleiche ehrliche Wille vorhanden sei. Weiter die:

Stellungnahme des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth heißt es in dem offiziellen Bericht wie folgt: Daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth bei der Tagung „e r n g e d l i c h e r“ war, hat manhaft seine Meinung durch persönliche Anwesenheit zu vertreten, daß allgemein starkes Bedauern hervorgerufen. Das in gegnerischen Zeitungen veröffentlichte Memorandum kam zur Veröffentlichung. Das Entsprechende wurde im Wortlaut beschlossen und ebenfalls schriftlich an ihn abgefaßt. Beiden Seiten steht es frei die Öffentlichkeit der Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth in der Sekundärfrage hat einer friedlichen Lösung speziel in Baden nicht nur nicht gedenkt, sondern bei allen noch neue Schwierigkeiten hinzugefügt. Diese Erkenntnis dürfte der einzig Ehrliche und Ehrlichkeit auch auf der andern politischen Seite vorhanden sein.

### Konnerstreuß.

Momentbilder zur Kulturgeschichte unserer Zeit.

Das Wunder ist des Glaubens liebtes Kind. Faust.

II. S. Was also ist es mit Konnerstreuß? Die Zeitungen sind voll davon. Nicht nur die Gazetten der deutschen Republik. Wo aber liegt der Ort, der in aller Munde ist? Wo wohnt die Reß von Konnerstreuß?

Im Geographischen Handatlas des Bibliographischen Instituts sind Tausende von Orten aus allen Teilen der Erde auf 184 Seiten alphabetisch nebeneinandergerichtet. Man sucht. A. Re... Kon... Könnern... Konnerstreuß ist nicht zu finden. Du nimmst den Westermann zur Hand. Der gleiche Versuch. A... Re... Kon... Alles, nur nicht Konnerstreuß. Na, aber das Lexikon muß Aufschluß geben. Der kleine Brockhaus. Natürlich: Konkussion... Konkubinat... Könnerei... Ja. Aber Konnerstreuß? Nicht ein Silbe. Du suchst alles zusammen, was du an Schul- in danderen Atlanten ist Befehl hat. Alle hoffnungslos. Na, die Zeitungsschreiber! Was haben sie nicht alles zusammengelogen. Aber das kann doch nicht sein.

Also los. Waldassen muß in der Nähe liegen. Darum Richtung Hof, nach den sanften Höhenzügen des Fichtelgebirges, von dessen Bergen vier deutsche Flüsse nach Morgen, Mittag, Abend und Mitternacht eisen. In der Bahnhofsbuchhandlung zu Hof: „Ein Führer, in dem Konnerstreuß zu finden ist.“ „Hier Woerl. Fichtelgebirge“. Wieder das gleiche Experiment. Rinsberg... Klima... König-Otto-Bad... (Natürlich — — Republik) Königshaus... Ober Konnerstreuß? Kein Wort: Also: Was tun? spricht Zeus.

Auf dem Bahnsteig zu Markt-Redwitz steht ein rundlicher Herr im schwarzen Ornat. Hochwürden Herr Benefiziat Meber von Konnerstreuß, wie ich andern Tages beim Morgengrauen festzustellen vermochte. Da kippelte er die Messe am Seitenastor des Kirchleins von Konnerstreuß. Er trug die heitersten Mienen zur Schau und ist weltlichen Genüssen sinnerlich nicht abgeneigt. Ohne mein Zutun wurde die Beistätigung dafür bereits am Abend erbracht. Eine schlafte Bauersfrau aus dem Königreich des Bauerndoktors Heim erzählte von ihrem Beichtgange zu Konnerstreuß. Ein junges Mägdelein hatte das Geschäft unendlich aufgehoben. „So, der Herr Benefiziat. Von der a jungen Madle hat, dann wird er sehr gar net fertig...“ Natürlich nur im Bereiche des Herrn. So erläuterte vieldeutig die Gasarbeitersehefrau, die zeit ihres Lebens über Markt-Redwitz nicht hinausgekommen war.

Also Hochwürden Herr Benefiziat. Würde er meine schwarze Seele erkennen? Darum die Auskunftei der Autoführer. Das Gesetz der Konkurrenz. Jeder wollte es billiger machen. Also noch keine Preiskonvention. Aber auch der Preisdrücker würde sein Sach verkehren. Darum mit der Reichsbahn auf Eger zu. Und schon ist Konnerstreuß der große Magnet, der mit geheimnisvollen Kräften alles an sich zieht. Jede Neuaufgabe geographischer Handbücher wird Konnerstreuß einjagen müssen.

Noch vor zwei Jahren lag es waldbegleitet in seiner oberpfälzischen Einsamkeit. „Über schon „sit“ das Reß von Konnerstreuß. Als noch der Kriegslärm toste, brach am 10. März 1918 bei ihrem Dienstherrn, dem Oheim, ein Feuer aus. Therese wurde während der Löscharbeiten schmachtmal gelehrt. Seit diesem Tage datiert ihre „Lebenszeit“. Währereit der Fastentage 1926 stellte sich das erste Stigma, die Seitenwunde ein. Höher als die des „Heilandes“. Also neben dem jungfräulichen Busen, also das feuchte Herze schlägt.

Später stellten sich noch weitere Stigmen ein. Zwei an den Händen, zwei an den Füßen. Zuletzt die Merkmale des Dornenkranzes, so wie sie vom „Heiland“ berichtet werden. Die Wunde des Herzens ist mir verborgen geblieben, ebenso die an der untern Extremitäten. Die Stigmen der Hände aber kann jedermann schauen. Professoren haben sich damit weitgehend auseinandergesetzt. Ich aber mache mir keinerlei Fähigkeiten an, dies „Wunder“ zu erkennen. Das bleibe die Aufgabe der Rationalisten unter den Theologen.

Jedenfalls hat Reß Neumann dem kleinen Frieden mit seinen 900 Seelen zum Welttruf verhoffen. Da sind ebenfalls nur wieder die Zeitungsschreiber schuld. So ehote es aus aller Bürger Mund. „Wir wären lieber unter uns geblieben.“ Aber Hand aufs Herz. Die Konnerstreußer wissen die Konjunktur geschäftlich auszunutzen, wenngleich auch vieles übertrieben ist.

Freilich das Geburtshaus der Reß, — ihr Vater ist ein ehrlicher Schneiderlein — wurde neu mit roten Ziegeln gedeckt. In der Mitte des Häusleins wurde ein neuer Giebel aufgestockt. Auch dann bleibt nur wenig Raum für die vielköpfige Familie. Und Kinder gibt es in Konnerstreuß wie Sand am Meer, woraus sich wiederum von selbst ergibt, daß Wohlhabenheit dem Orte nicht eben den Stempel gibt. Die Kirche bleibt auch dort im Dorje und Hochwürden Herr Warrre haben viel zu tun. Doch alles ist vorläufig noch folgenlos. Sowohl die Messe, die Beichte und auch die Reß kann nach Belieben besichtigt werden. Noch ist sie nicht von Cool „ent-



bedt". Die Haushälterin des Pfarrhauses ist ob der Bisger-  
schöre wohl weniger erbaut; denn an den Freitagen wächst die  
Bevölkerung von Konnerstreuth um das zwei- bis dreifache.  
Dank der Kellame, die die Zeitungschreiber, in der Debe  
der Saurengurkengzeit völlig kostenlos injizierten.

Auch ich habe am Pfarrhause „Schlange“ gestanden. Wie  
das so kommt. Selbst in den schlimmsten Tagen der Kriegs-  
zeit habe ich das nicht mitgemacht. „Schaun's ist das nicht a Ge-  
meinheit?" Da zog mein Vordermann jenes Bildnis zwischen  
anderen Zeitungsrückblättern aus der Tasche hervor, das unsern  
Lesern aus den Spalten der vergangenen Woche noch im Ge-  
dächtnis ist. Es war ein Arbeiter aus Hagen, der Stadt  
Eugen Richters, der es mit sich trug. „Da ist halt nichts zu  
machen.“ Die Zeitungsschreiber

„Was unlängst die Münchner Post geschrieben hat, ist nicht  
zu glauben.“ So erzählte ein Arbeiter beim Schimmelwirt. Und  
erst die „Neue Zeitung“ (Das Münchner Kommunistenblatt.)  
Hochwürden Herr Dr. R. N. aus Prag — der leutselig mit am  
Tisch saß — hob abwehrend und entsetzt die wohlgepflegten  
Hände. „Ach, wissens, man muß auch wohl das andere lesen?  
... Zum Vergleich“ ... notabene: Aber jetzt hatte er der  
Kessl in die frommen Neuglein geschaut ... Er war  
nur gekommen, um sich zu „überzeugen“. Aber was soll ich nun  
moaner Frau „erzählen“. „Gar nig kann ich ihr sogn.“ „I hob's  
gsehn“

Der Mann hatte die sozialistische Presse schon vor dem  
Kriege verfolgt und er verfügte über ein fabelhaftes Gedächtnis — was ein Mietsautofahrer zu seinem Entsetzen zu ver-  
spüren bekam. ... Jedoch er hatte sich aus den Händen der  
Kapläne nicht zu lösen vermocht. Nun wurde er, der immer  
gezweifelt haben mag, im Glauben an die Wunderwelt erneut  
gestärkt. Und das sind die Gefahren von Konnerstreuth.

Der Heimatsort der Kessl ist ein Glasarbeiterdorf. Der  
Ackerboden befindet sich im Besitz weniger Bauern. Wie über-  
all. „Die haben dann gleich 100 Tagewerk.“ Alle anderen  
gehen nach der Glasfabrik. Das Glend in ihren Befahrungen  
zeugt von dem Jammerlohn, den sie mit nach Hause bringen.  
Noch nie in meinem Leben habe ich mich so entsetzt, als ich das  
Glend sah, nachdem ich den „Quartierzettel“ für die Be-  
hausung meiner Wirtsleute präsentiert. Denen ist die Kessl  
zum Messias geworden. Jedes verfügbare Bett wird für die  
Fremden referiert. An der Kirche wurde durch die Gemeinde  
ein Wohnungsnachweis eingerichtet. Dort findet jedermann  
ein freilich mehr als schlichtes Unterkommen. Für 1,50 Mark  
pro Bett und Kaffee am andern Morgen. Auch sonst haben  
sich die Konnerstreuther noch nicht angepaßt. Aber schon regt  
sich der Geist der Verdriener. — Nicht etwa in hohen Preisen.  
Für 1 Mark sättigt und trinkt sich jeder Fremde. Und doch  
hat der Schimmelwirt hundert neue Betten angeschafft. Die  
hat er auf dem Tanjaal aufgestellt, wo sonst die Fidei jubli-  
erte. Und selbst zur „Kirma“ (Kirmes) will er nicht mehr  
tanzen lassen. „De Betten bringen mir mehr, als de Tanzerel.“

Freitags befindet sich Kessl in Ekstase. Da bluten alle ihre  
Heilandswunden. Während der andern Wochentage nimmt  
sie Besuche entgegen. Da wird sie ausgefragt. Von Doktoren  
und Pastoren. Vom Bäuerlein und vom christlichen Arbeiter.  
Die Journalisten nicht zu verschweigen. Sie liebt kein offen-  
liegendes Fleisch. Damen, die ihre „nackten Tasschen“ allzu  
offenherzig präsentieren, werden von ihr zurückgewiesen. Wie  
in der Peterskirche des päpstlichen Rom. Dort sind Damen, die  
„nicht anständig gekleidet sind“, von jedem Besuche ausge-  
schlossen. Es sei denn, sie lassen sich ein paar Staubärmel über  
die lieblichen Arme ziehen. Kessl verschmäht auch das nackte  
Jesuskind. Und wenn dem „Heiland“, wie sie in ihren Hallu-  
zinationen schaut, die Kleider herabgerissen werden, dann tut  
ihr das aufs tiefste weh.

Ich bekam ein Quartier zugewiesen, in dem bereits eine  
fromme Bäuerin stationiert worden war. Unsere Betten  
waren nur durch einen lustigen Vorhang voneinander getrennt.  
Bedor wir zu Bette gingen, war sie, die aus heiliger Ueber-  
zeugung gepilgert kam, über dies Faktum reichlich entsetzt.  
Aber es hätte keines Schwures bedurft. Ehret die Frauen, sie  
flechten und weben. ...  
Indes ist dies kein Einzelfall. Ein Beitrag zur Kultur-  
geschichte von Konnerstreuth, von dem wohl die Kessl nicht  
unterrichtet ist.  
Und warum dieser Aufschwung von Konnerstreuth? In  
ihrer Biographie wird dargelegt, daß Kessl's Lebensgang von  
dem ihrer Altersgenossinnen durchaus nicht wesentlich zu  
unterscheiden sei. Also. Sie hat mit ihnen den „Unterricht  
einer katbolischen Konfessionsschule genossen“.  
Das sind die Gründe, warum sich Bischof und Papst so  
schweigsam verhalten. ...

### Die Hindenburg-Amnestie.

Die Vorbereitungen für die preußischen Einzel-  
begnadigungen anlässlich des 80. Geburtstages des Reichs-  
präsidenten sind beendet. Wie der Soz. Pressedienst erzählt, steht  
eine große Anzahl Begnadigungen für politische und krimi-  
nelle Delikte in Aussicht. Die Begnadigungen für politische  
Delikte umfassen vorwiegend Rot- und Affektbandlungen. Die amt-  
liche Publikation der preußischen Gnadenakte dürfte am 1. Oktober  
erfolgen.

In die Reichsamnestie, die unabhängig von den Länder-  
regierungen vom Reichspräsidenten erlassen wird, sind  
voraussichtlich auch die im Jahre 1922 zu je 10 Jahren Zuchthaus  
verurteilten Scheidemann-Attentäter Huxter und  
Dehlinger einbezogen. Scheidemann selbst hat zu diesem  
Zweck die Initiative ergriffen und an das Reichsjustizministerium  
ein Schreiben gerichtet. Darin empfiehlt er dringend die Begnadi-  
gung der beiden jugendlichen Attentäter mit dem Hinweis, daß ihm  
nie etwas an einer harten Bestrafung der jungen Leute gelegen  
habe, weil diese doch nur Opfer der reaktionären Presse-  
hegemonie geworden seien.

Die Reichsamnestie bezieht sich ausschließlich auf Urteile des  
Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichts, während  
Begnadigungen in allen anderen Fällen ausschließlich Sache der  
Landesregierungen ist. Die Rathenau-Mörder sind, nach den Mit-  
teilungen des Soz. Pressedienstes, nicht einbezogen.

### Kommunistenprozeß im Saargebiet.

Wegen der am 8. August vor dem Regierungsgebäude veran-  
stalteten kommunistischen Protestaktion, bei der 35 Land-  
jäger verwundet wurden, wurden von der Strafkammer in Saar-  
brücken die Landesratsabgeordneten Reinhardt und Ulrich zu  
neun bzw. zwei Monaten und weitere zwölf Angeklagte zu sechs  
Monaten bis zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

# Wahlen an der Wasserfront.

## Stimmen- und Mandatsgewinne der SPD

SPD Altona, 26. September (Radio).

Am Sonntag wurde in Altona, Harburg und Wandorf zu den  
Stadtvorbereitungswahlversammlungen neu gewählt. Das Ergebnis zeigt  
überall einen erfreulichen Aufstieg der sozialdemokratischen Stim-  
men, während sämtliche bürgerlichen Parteien, und zwar ins-  
besondere die Nationalsozialisten, verhältnismäßig starke Rückgänge  
zu verzeichnen haben. Auch die Kommunisten haben überall ver-  
loren. Das hindert sie natürlich nicht, in ihrer Presse das Gegen-  
teil zu behaupten. Man liest eben gewohnheitsgemäß.

In Altona wurden bei einer Wahlbeteiligung von 77 Prozent  
insgesamt 112.114 gültige Stimmen gegen rund 106.500 Stimmen  
am 4. Mai 1924 abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemo-  
kraten 43.036 gegen 33.387 Stimmen oder 25 Mandate gegen 18  
Mandate in dem früheren Stadtparlament. Die Kommunisten  
erhielten 18.537 (19.211) bzw. 11 Mandate (10). Die Demo-  
kraten gingen von 11.667 bei den Wahlen im Mai 1924 auf 8.423  
zurück. Am stärksten verloren die Nationalsozialisten, die  
von ihren 9303 Stimmen bei der letzten Wahl nur noch ganze 1980  
reihen konnten und statt bisher 5 jetzt nur noch mit einem einzigen  
Vertreter in das Stadtparlament einziehen. Die Verluste der  
Rechtsparteien sind insofern nicht ganz klar festzustellen, als  
sie bei den letzten Wahlen gemeinsam marschierten, während sie für  
den gestrigen Sonntag getrennt Listen aufgestellt hatten. Dabei er-  
hielt die Volkspartei 9318 Stimmen oder 5 Mandate. Die  
gleiche Mandatsziffer entfiel bei 8339 Stimmen auf die Deut-  
sch-nationale Partei. Die Bürgervereinsliste ver-  
einigte 16.884 Stimmen gegen 28.174 Stimmen bei der letzten Wahl  
auf sich. Ihre Mandatszahl beträgt 12. Die Wirtschaftspartei,  
die zum erstenmal auftrat, erhielt 1851 Stimmen oder 1  
Mandat, während der bereits bei der früheren Wahl auf-  
marschierte Wirtschaftsbund von 3464 Stimmen auf 1272 Stimmen

zurückging und insofern kein Mandat erhielt. Leer gehen auch  
die Aufwertungspartei, das Zentrum und ebenso die linken Kommu-  
nisten (Urbahngruppe) aus. Die Aufwertungsgruppe erhielt 1141  
Stimmen, das Zentrum 1100, die linken Kommunisten vereinigter  
nur 364 Stimmen auf ihre Liste.

Auch in Wandorf konnte die Sozialdemokratie, ähn-  
lich wie in Altona, ihre Stimmen und damit ihre Mandats-  
ziffern steigern. Statt bisher 12 Sitze erhielt sie jetzt 15 Man-  
date bei 8241 Stimmen. Die SPD verlor an Stimmen, konnte jedoch  
ihre Mandatsziffer halten. Die vereinigten bürgerlichen Parteien,  
zu denen die Demokraten — sie erhielten 2 Mandate — nicht zählen,  
gingen von 18 auf 14 Sitze zurück.

In Harburg erhielt die SPD 24.131 Stimmen und 23 Mandate.  
Auf die SPD entfielen mit 9312 Stimmen 9 Mandate und auf die  
Demokraten mit 2524 Stimmen 2 Mandate. Auch das Zentrum  
konnte mit 1127 Stimmen ein Mandat erzielen. Auf die bürger-  
liche Einheitsliste entfielen 7764 Stimmen oder 7 Mandate. Die  
Haus- und Grundbesitzer erhielten 3577 Stimmen oder 5 Mandate,  
und die Handwerker 3305 Stimmen mit ebenfalls 5 Mandaten.

Ein Vergleich mit den früheren Wahlergebnissen ist insofern  
nicht ohne weiteres möglich, als Harburg und Wilhelm-  
sburg bisher getrennt gewählt haben. Die bisher vor-  
handene absolute Mehrheit der SPD in Harburg ist in-  
folge der Eingemeindung verloren gegangen, obwohl die  
Sozialdemokraten ihre Stimmen um 22 Prozent vermehren konnten.  
Eine ausgesprochene Linksmehrheit ist trotzdem gesichert.  
Die Sozialdemokratie zählt in Harburg allein wesentlich mehr Man-  
date als sämtliche bürgerlichen Parteien zusammen.

WVB Pinneberg, 25. September.

Die Ergebnisse der Kreiswahlversammlungen im Kreise Pinneberg:  
Liste Vaterland 10 Sitze (bisher 11), Sozialdemokraten 10  
(10), Liste Eigenheim 4 (4), Beamtenliste 1 (2), Demokraten 1 (2),  
Kommunisten 2 (2). Wahlbeteiligung 42 Prozent.

## Dr. Stresemann über das Abrüstungsproblem.

„Wer hat denn das erlaubt, sich so zu fürchten?“

SPD Genf, 24. September.

Am Sonnabendnachmittag nahm der Reichsaussenminister  
Stresemann in der Vollversammlung des Völkerbundes das Wort  
zu der am Vormittag von dem Berichterstatter der 3. Kommission,  
de Brocade, eingebrachten und in ausführlicher Form be-  
gründeten Abrüstungsentscheidung. Saal und Tribüne waren  
gut besucht. Der Reichsaussenminister führte aus:

„Es ist verständlich, daß die Eröffnung dieser Session um die  
Gedanken der Abrüstung und Sicherheit der Völker sich bewegt.  
Deutsch tritt in der Debatte das Empfinden der Versammlung  
hervor, daß der Völkerbund bei diesem Problem geradezu in ein  
kritisches Stadium seiner Entwicklung eingetreten ist, daß er  
sich entscheiden muß, ob er einer wirklich fruchtbareren Zukunft  
entgegensteht. Zwei Grundsätze stehen sich zunächst gegenüber. Von  
Deutschland ist stets die Auffassung vertreten worden, daß es nicht  
angängig sei, den Beginn der allgemeinen Abrüstungsaktion noch  
von der Schaffung neuer Sicherheiten abhängig zu machen.  
Das war auch der ganz eindeutige Standpunkt, auf den sich die  
Versammlung in ihrer vorjährigen Resolution gestellt hat. Dem-  
gegenüber scheint sich neuerdings die Ansicht geltend zu machen,  
daß neue Garantien auf dem Gebiet der Sicherheit die Vor-  
aussetzung für den Beginn der Abrüstung bilden müssen.“

Jetzt haben wir in der von dem Berichterstatter zunächst vor-  
getragenen Resolution ein Programm vor uns, in dem die beiden  
Grundzüge der Abrüstung und der Sicherheit zueinander in das  
höchste Verhältnis gestellt werden. Die Methode, die man gefunden  
hat, um die gegebenen Sicherheitsgarantien weiter auszubauen,  
scheint mir durchaus erfolgreich und zu sein. Es ist  
selbstverständlich, daß Deutschland den Wunsch und den Willen hat,  
bei den in Aussicht genommenen Arbeiten tatkräftig mitzuwirken.  
Die Gedanken, die in den Vorträgen von Locarno verwickelt  
worden sind, werden sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt unter  
Anpassung an die jeweiligen Umstände auch für die Verhältnisse in  
anderen Gebieten verwerten lassen.“

Wenn der jetzt von der Versammlung gefasste Beschluß seinem  
Inhalt und Geist getreu durchgeführt wird, so wird damit eine  
wichtige Etappe auf dem Wege zu unserem Ziel erreicht sein.  
Sobald die allgemeine Abrüstung nur erst einmal auf allen Ge-  
bieten wirklich begonnen hat, werden die weiteren Schritte ge-  
ringeren Schwierigkeiten begegnen. So wird sich der grundlegende  
Satz des Völkerbundespaktes verwirklichen, der die Erhaltung des  
Friedens, die Herabsetzung der Rüstungen fordert. Rüstungen  
können und dürfen nicht die Grundlage der Sicherheit sein. Sie

## Dr. Koss.

Der deutsche Vertreter in der Mandatskommission.



Zeichnung von B. B. Doldin.

sind nicht einmal mehr der sicherste Schutz und sie haben überdies  
die unvermeidliche Wirkung, den Nachbar zu bedrohen. Das ist  
eine naturnotwendige Tatsache, die auch durch die friedliche Ein-  
stellung der Regierungen nicht völlig aus der Welt geschafft werden  
kann. Wir in Deutschland sind oft versucht, unseren Nachbarn ein  
Wort zuzurufen, das einst ein Bürger des alten Roms sprach:  
Als er bis an die Zähne bewaffnet erschien und seine Rüstung mit  
der Furcht vor Ueberfällen zu rechtfertigen suchte, stellte man ihm  
einfach die Frage: Wer hat Dir denn erlaubt, Dich so zu fürchten?  
Es ist völlig verständlich, wie schwer psychologisch auf ein Volk wie  
das deutsche, das auf Jahrhunderte militärischer Tradition herab-  
schaut, der Gedanke der alleinigen Abrüstung wirkt. Namentlich  
unter dem Gesichtspunkt der Bedrückung. Deutschland hat diese  
psychologischen Hemmnisse verhältnismäßig schnell überwunden.  
Wenn die Ueberwindung möglich war, somit aus dem Grunde, weil  
hinter ihr der Gedanke stand, daß es sich bei der Abrüstung nicht  
handeln könne um den Gegensatz zwischen Militarismus und Ab-  
rüstung, sondern um die Durchführung eines Grundgesetzes der  
neuen Methoden und eine neue Moral unter den Völkern  
herbeiführen soll.“

Wir haben also keine Wahl. Die Mission des Völkerbundes  
kann nur dann lebendig und wirksam werden, wenn die all-  
gemeine Abrüstung durchgeführt und damit die Voraussetzung ge-  
geben ist für jede Atmosphäre, welche notwendig ist für eine  
gemeinsame und solidarische Sicherung des Friedens und der  
Völker.“

Anschließend sprachen noch der englische Delegierte Onslow  
und der französische Delegierte Paul Boncour. Sie erklärten  
sich ebenfalls mit dem Arbeiten der Abrüstungskommission ein-  
verstanden.

Die große Debatte über das Problem der Abrüstung geht ihrem  
Ende entgegen. Was die für Montag vorgesehenen fünf Redner  
noch sagen werden, wird an dem Gesamtbild nichts mehr ändern.  
Die 8. Völkerbundsversammlung hat die einstweilige Ueberbrückung  
einer Reihe von Gegenfragen erreicht, in denen die Weiterführung  
der „Offensive gegen den Krieg“, wie sich Paul Boncour ausdrückte,  
zu zerfallen drohte. Keiner der Redner hat am Sonnabend ver-  
sucht, das erreichte Resultat etwa als glänzend hinzustellen und  
seine Tragweite zu übertreiben. Alle haben betont, daß man sich  
nun auf eine Arbeitsmethode geeinigt habe, die die Einberufung  
der Abrüstungskonferenz im Laufe des nächsten Jahres ermöglichen  
wird.

Von allen Worten, die am Sonnabend gesprochen wurden,  
werden wohl keine auf die Vollversammlung einen stärkeren Ein-  
druck gemacht haben, als die des belgischen Sozialisten  
de Brocade, der erklärte: „Lassen Sie mich einen Augenblick  
verpfeifen, daß ich hier als Berichterstatter der 3. Kommission stehe.  
Lassen Sie mich vergessen, daß ich die Regierung meines Landes  
verrete, lassen Sie mich in Gedanken zu meiner täglichen Beschäfti-  
gung zurückkehren, zur Rolle, die mein Leben ausfüllt: Lassen Sie  
mich daran denken, welche nebensächliche Macht noch vor 50 Jahren  
das Weltproletariat darstellte, und welches Gesicht es heute  
im internationalen Leben erlangen hat, weil es sich zu organisieren  
wußte. Genau wie das Proletariat müssen auch diejenigen, die den  
Frieden wirklich wollen, die Macht der Organisation erkennen und  
alles daransetzen, um diese Organisation zu schaffen.“

Nach den bisherigen Dispositionen ist anzunehmen, daß die  
Herbsttagung des Völkerbundes im Laufe des Dienstags ihr  
Ende nimmt.

## Kampf um die Arbeitslosenunterstützung. Gemeinsame Aktion der Gewerkschaften und der Partei

SPD Kopenhagen, 24. September.

Eine Konferenz der dänischen sozialistischen Reichstags-  
fraktion und des Gewerkschaftsbundes, die sich im Auftrage von  
312.000 dänischen Arbeitern mit der am 1. Oktober eintretenden  
Verpflichtung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigte, nahm  
unter Ablehnung eines Antrages auf Proklamie-  
rung eines Generalkonflikts zu den erörterten Problemen  
drei Resolutionen an. In der einen wird die Gleichgültigkeit der  
regierenden Liberalen gegenüber dem Beschäftigungsproblem fest-  
gestellt und die Sozialdemokratie aufgefordert, ihr Krisen-  
bekämpfungsprogramm sofort wieder im Parlament ein-  
zubringen. Die andere Resolution fordert die Regierung auf, so-  
fort Notstandsarbeiten zu beginnen, und appelliert an die  
Kommunen, durch vermehrte Unterstützung der Arbeitslosen aus  
ihren Dienstkassen die Not der Arbeitslosen zu mildern. Die dritte  
Resolution fordert alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum  
Eintritt in die Sozialdemokratische Partei auf.

Diese Beschlüsse schafften nach Zusammenretren des dänischen  
Reichstags am 4. Oktober zweifellos eine hochpolitische Situation.  
— Eine Sonderkonferenz, die von den radikalere  
Gewerkschaften mit Referaten kommunistischer Führer ab-  
gehalten wurde, fand nur geringen Zuspruch und endete in einem  
ohnmächtigen Protest gegen die Politik der Sozialdemokratie und  
die Haltung des Gewerkschaftsbundes.



# „Ich protestiere nicht!“

## Zur Frage Drees-Dinant.

Wir Toten, wir Toten sind größere Heere  
Als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere!

N. 13 Jahre nach Beginn des Weltkrieges und kaum 8 Jahre nach seiner Beendigung erwachen die Opfer des Ueberfalls auf Belgien und des Einfalls in Nordfrankreich wieder und schweben, vielfach durch chauvinistischen Mund, ihre Anklagen gegen das kaiserliche Deutschland, das von den Machthabern der deutschen Republik in bornierter Verkettung blindlings gedeckt wird. Das ist nur begreiflich, da ja die in der Republik regierenden Monarchisten vielfach nur die Mitschuldigen der kaiserlichen Kriegspolitik gewesen sind, von der ein Bestmann selber am 4. August zugegeben hat, daß sie ein Unrecht sei, das wieder gutgemacht werden müsse. Ueber von solcher Wiedergutmachung wollen unsere schwarzweißen Republikaner wenig wissen.

Da ist es wohl am Plage, die deutsche Öffentlichkeit und die der ganzen Welt daran zu erinnern, wie sozialistische Führer unmittelbar nach dem Kriege auf dem Berner Sozialistenkongreß 1919 diese empfindliche Frage behandelt haben. Einer derselben, Kurt Eisner, wurde zum Danke dafür, daß er die deutschen Interessen wirklich zu wahren verstand, von einem aristokratischen Fanatiker, wohl im Auftrage, niedergeschossen. Eisner hatte durch seine Stellungnahme in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen den ersten Schritt zu einer wirklichen Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland getan.

Dieser Schritt hat Eisner das Leben gekostet. Dafür bekam Stresemann 1928 den Nobelpreis, während die bayerische Regierung in einer willkürlichen und rechtswidrigen Weise der notleidenden Witwe Eisners die vom bayerischen Landtag genehmigte Pension entzieht. Ironie des Schicksals... Auch die früheren deutschen Kriegsgefangenen wollen und müssen endlich die Dokumente kennenlernen, die beweisen, daß ein revolutionärer Jude, den das Nordgerichte der reaktionären Hezer und die erbärmliche Feigheit der bornierten deutschen Spießer verschlang, sich als einziger mitten im Zusammenbruch der wilhelminischen Herrlichkeit um ihr Schicksal ernsthaft kümmerte, während die gestürzten Machthaber und ihre Trabanten durch verlogene Proteste ihrer Sache nur schaden.

Die Resolution zur Kriegsgefangenenfrage, die Kurt Eisner mit den Genossen Pierre Renaudel und Karl Rautsky in Bern zur Annahme brachte, lautete folgendermaßen:

Die Berner Konferenz erklärt es für unverträglich mit den Gesetzen der Menschlichkeit, daß das Martyrium der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen länger geduldet werde. Sie fordert, daß alle Gefangenen frei in die Heimat zurückgeführt werden und sie verabschiedet jede Art Zwangsarbeit als Zwangsarbeiter beim Wiederaufbau zerstörter Gebiete zu verwenden; eine solche Zwangsarbeit würde den Sieger entehren und den neu sich gestaltenden Völkern und gleich im Entstehen mit dem Geist des alten Systems vergiften.

Im Besonderen fordert die Konferenz:

1. Die sofortige Auslieferung Kranker und Verwundeter.
2. Die bei Frankreich beantragte Zulassung einer Abordnung des Roten Kreuzes zum Besuch der nach Nordfrankreich verlegten 200 000 Kriegsgefangenen.
3. Wiederaufnahme der in Dnest (Sibirien) eingerichteten deutschen Fürsorgekommissionen zur Rettung der in Sibirien befindlichen 50 000 Deutschen.
4. Allgemeine Entsendung kleiner deutscher Kommissionen nach Frankreich und England zum Besuche der Gefangenenlager.

Nur mit dem Gefühl der tiefsten Ergriffenheit kann man die Rede lesen, die Eisner zur Begründung dieser Entschließung gehalten hat, weil sie gerade heute so aktuell ist wie an dem Tage, an dem sie gehalten wurde:

Die vorliegende Resolution trägt gemeinsam die Unterschrift eines Franzosen und eines Deutschen. Ich hoffe, daß dies auch ein Anfang der neuen Völkerveröhnung ist. Ich erwarte, daß in dieser gemeinsamen Resolution die Kraft steht, daß das, was wir wünschen, auch unmittelbar ausgeführt wird. Ich protestiere nicht. Um keinen Preis! Sollen wir protestieren? Dürfen wir protestieren? Nein! Das ist ja spießig! Dürfen wir uns entziehen über Zwangsarbeit, wo wir es gesehen haben, daß Zehntausende, vielleicht Hunderttausende in Zwangsarbeit verschleppt wurden? Daß wir Sitten wieder in den Krieg einführen, die nicht einmal das Mittelalter kannte, die vielleicht seit dem Altertum nicht wieder angewandt worden sind? Wenn ich nicht protestiere, so denke ich daran, wie man in Nordfrankreich schonungslos junge Mädchen verschleppt hat, wie man die Bewohner der besetzten Gebiete in verrückter Bosheit zwang, die eigene Industrie zu zerstören. Ich erinnere mich, daß in Nordfrankreich 4200 Kilometer Bahnen zerstört sind, 400 Brücken und 220 Schiffe. Ich stelle mir vor, wie die Franzosen sich in ihre Heimat zurückziehen, vor wüsten Trümmerhaufen stehen, und daß es vielleicht an Arbeitskräften fehlt, das Zerstörte aufzubauen. Das sind die Gründe, die mich bewegen, nicht zu protestieren. Aber dennoch und gerade deshalb habe ich das Vertrauen, daß das Los der Gefangenen zu mildern die erste Aufgabe unserer neuen Zeit sei. Ich erwarte, daß das Martyrium der Gefangenen, das jetzt schlimmer ist als je zuvor, weil das Ungewisse die Qualen unendlich vermehrt, bald zu Ende sein wird.

Es war kurz nach der bayerischen Revolution, da war es eine unserer ersten Arbeiten, daß wir einen erbärmlichen Gefangenenführer, einen hohen Offizier, unfählich machten. Ich vergesse es niemals, wie ich gemeinsam mit französischen Offizieren in ein bei München gelegenes Gefangenenlager ging. Man hatte von Berlin aus den Abtransport organisiert. Aber man verteilte die Gefangenen nur immer wieder, ohne ihnen zu helfen. Es waren allerdings viele Schwierigkeiten vorhanden, wegen Kohlenmangel und weil wir Eisenbahnmateriale abliefern mußten. Und weil von Berlin aus nichts geschah, entschlossen wir uns, von München aus selbständig zu handeln. Die Gefangenen wurden von uns abtransportiert. In diesem Gefangenenlager sah ich entsetzliche Szenen. Wohl 12 000 Gefangene waren es. Ich habe Kameradschaften in der Revolution mitgemacht und vieles andere. Aber nichts war so schrecklich wie die furchtbaren Qualen dieser von der Ungewissheit hin und her getriebenen Gefangenen, die hofften, durch die Revolution nun endlich frei zu werden.

Die Zustände in diesem Lager waren so, daß wir kein Recht haben, uns über die Gefangenenlager in den Entente-Ländern zu entziehen. Wer es gesehen hat, wie in diesen dunklen Holzbaracken, in denen eine furchtbare Seuche, die Grippe herrschte, die aber nicht viel anders war als die Pest, wer gesehen hat, wie Sterbende neben Gefunden lagen, Tode, Leichname, Särge, der hat wohl ein Gefühl dafür gewonnen, daß unter allen Schrecken dieses Krieges das Los der Kriegsgefangenen das furchtbarste, die größte Anklage gegen die Menschheit ist.

Aus diesen Empfindungen heraus stelle ich die Forderung, daß man auf die Gefühle der Rache verzichte und die Gefangenen großmütig freilasse. Auch die Angehörigen der Gefangenen stürzen um das Los ihrer Brüder und Väter. Nichts regt sie so auf als die Nachrichten, daß die Gefangenen zur Zwangsarbeit verwendet werden sollten. Das wäre nur eine schwache Vergeltung für das, was wir selbst getan haben. Aber ich möchte meinen: auch Frankreich sollte einsehen, daß der Aufbau eines durch den Krieg zerstörten Gebietes nicht in Schande durch Zwangsarbeit vollzogen werden sollte. Wenn in Nordfrankreich Arbeitskräfte fehlen, ist es die ehrenvollste Aufgabe der deutschen Entschlossenheit, wenn wir unsere Arbeiter ausfordern, freiwillig mitzuhelfen an dem Aufbau des Landes, zu dessen Fortschritt sie gezwungen waren. Nicht

nur Arbeiter sollten es tun. Auch unsere studierende Jugend sollte mitwirken am Bau der neuen Welt im eigentlichen Sinne des Wortes. Ich für mein Teil will diesen Aufbruch an die deutschen Arbeiter richten, freiwillig zu kommen und mitzuhelfen.

Man hat mir vorgeworfen, daß ich so sehr für die französischen Gefangenen gelange und für die deutschen kein Wort gefunden hätte. Darauf erwidere ich: In dem ich für die französischen Gefangenen gelange, habe ich am besten für die deutschen Gefangenen gelange.

Glauben Sie uns in Deutschland: Das deutsche Volk ist ernstlich entschlossen, im neuen Geiste zu leben. Es ist unerschrocken den Verbrechen der Vergangenheit. Wenn es eine Schuld hat, dann die, daß es sich durch die Blige irreführen ließ. Heute sind wir frei und weil wir frei sind, können wir die Wahrheit sprechen, und weil wir die Wahrheit sprechen, darum können wir fordern, daß man Menschlichkeit auch gegen uns übe. (Stürmischer anhaltender Beifall bei allen Nationen.)

Das war also die Sprache, mit der Eisner als Deutscher die Wahrheit sagte, die Kriegsgefangenen befreite und für die er von den heutigen reaktionär-chauvinistischen Protestlern solange geachtet wurde, bis der Revolver des Grafen Arco losging.

## Breitscheid vor dem Völkerbund.

### Zwei Empfehlungen der deutschen Delegation.

SPD Genf, 24. September.

Die Sonnabendvormittag-Sitzung des Völkerbundes wurde mit einer Debatte über die Weltwirtschaftskonferenz ausgesetzt. Von der deutschen Delegation sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid. In einer bemerkenswerten und von den Delegierten sehr beachteten Rede wies er einleitend auf die Rede 'Johanna' über die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung des Völkerbundes hin. Sodann legte Breitscheid namens der deutschen Delegation zwei Empfehlungen vor: 1. Es möchte den Entschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz, monach keine Zollherabsetzungen mehr vorgenommen werden sollen, von den Regierungen die größte Beachtung und Befolgung geschenkt werden. Deutschland hat vor dem deutsch-französischen Handelsvertrag bereits eine allgemeine Herabsetzung des Zolltarifes angebahnt und außerdem den Reichswirtschaftsrat beauftragt, die Herabsetzung weiterer Zollpostitionen zu prüfen. Die 2. Empfehlung geht dahin, es möchte die Völkerkollektiv die Frage der Herabsetzung übertriebener Zollpostitionen prüfen. Dieses kollektive Vorgehen stelle einen neuen Weg dar, welcher in den Entschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz noch nicht enthalten ist.

Breitscheid wies dann auf die Regelung der Verhältnisse für die Kohle und das Eisen hin und erklärte, daß auch für andere Produktionszweige ähnliche Abkommen angestrebt werden könnten. Ich glaube, führte er dazu aus, daß das keine Utopie ist, zu sagen, daß wir in Europa auch genügend Brotgetreide produzieren könnten, wenn die verschiedenen Getreidearten dort angebaut werden könnten, wo die besten natürlichen Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Für Eisen und Stahl hat die private Initiative unter Kontrolle der Regierungen eine gemeinsame Ordnung herzustellen begonnen. Warum sollte ähnliches nicht auch für Kohle und andere wichtige Produktionen möglich sein? Breitscheid schloß mit einem Hinweis auf die wirtschaftliche Organisation, die nicht nur den Zweck hat, Profite zu erzielen. Hinter den kalten Zahlen über Produktion, Handel, Kapitalrenten und Arbeitslöhne stehen die Menschen, die den Wirtschaftsorganismus bewegen, immer wieder die Menschen mit der alten biblischen Frage: „Was essen und was trinken wir und wovon kleiden wir uns?“ Man kann sagen, daß das richtige Gleichgewicht zwischen der Bedürfnisdeckung der Millionen Menschen, die die verschiedenen Völker bilden, eine unerlässliche Voraussetzung bildet für die friedliche Zusammenarbeit der Völker, und wir erfüllen somit eine mit den Zielen des Völkerbundes ganz übereinstimmende Aufgabe, wenn wir energisch und im Geiste der Verständigung und des guten Zusammenarbeitens die Lösung der Wirtschaftsprobleme anpacken.

Schließlich wurde der Bericht Loucheurs über die Weltwirtschaftskonferenz angenommen. Dann begründete Social die schon viel erörterte polnische Resolution über die Verhinderung der Kriege.

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

## Dissidenten als Schulaufsichtsbeamte.

### Das Reichsgericht gegen Keudell's Schulgesundheitswurt

Der Entwurf des von Herrn von Keudell vorgelegten Reichshulgesetzes befaßt sich in seinem § 13 mit der Schulaufsicht. Es heißt dort wörtlich:

Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. Bei der Besetzung der Stellen der unmittelbaren sachmännlich vorgebildeten Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht zu nehmen.

In die örtlichen Schulverwaltungsgörpers, denen Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht erteilt werden darf, ist je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaft (evangelischer Pfarrer, katholischer Pfarrer, Rabbiner) mit Stimm und Stimme aufzunehmen.

Der Vertreter der Religionsgesellschaft beruft die Schulaufsichtsbehörde auf Vorschlag der betreffenden Religionsgesellschaft.

Im Falle des § 5 Absatz 3 ist entsprechend zu verfahren.

Der Gesetzesentwurf geht also davon aus, daß die Schulaufsichtsbeamten ihrer religiösen Einstellung oder Weltanschauung nach den ihnen unterstellten Schulen (Bekenntnisschulen oder konfessionsfreie Schulen) entsprechen sollen. Die Ernennung eines Dissidenten zum sachmännlichen Schulaufsichtsbeamten für Bekenntnisschulen würde infolgedessen unzulässig sein. Herr v. Keudell hält offenbar auch diese Bestimmung seines Gesetzesentwurfs für vereinbar mit dem Reichsrecht. Da ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die am 16. September 1927 herausgegebene Nummer 30 des Reichsgesetzblattes I die Bekanntmachung einer Entscheidung des 4. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 11. Juni 1927 enthält, die sich gerade mit der Frage auseinandersetzt, ob die Uebertragung der Schulaufsicht an einen Dissidenten überhaupt mit dem Reichsrecht vereinbar ist. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte auf Grund des preussischen Gesetzes, betreffend die Besetzung der Unterrichts- und Erziehungswesen vom 11. März 1872, im Landkreise Dortmund I die Schulaufsicht an einen Dissidenten übertragen, wogegen die Kirche und ein Teil der von ihr parlamentarisch beherrschten Gemeinden Sturm ließen. Es wurde behauptet, diese Gesetzesauslegung und Gesetzesanwendung stehe mit Artikel 174 Satz 1 der Reichsverfassung im Widerspruch. Dort wird bestimmt, daß bis zum Erlaß des im Artikel 146 Absatz 2 der Verfassung vorgezeichneten Reichsgesetzes — des jetzt von Herrn von Keudell vorgelegten Reichshulgesetzes — die bisherigen Vorschriften weiter angewandt werden sollen. Da nun in Preußen früher Dissidenten nicht mit der Schulaufsicht beauftragt worden waren, meinten die kirchlichen Kreise, diese Neuerung enthalte einen Verstoß gegen diesen Artikel 174 der Reichsverfassung.

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung und dem dazu ergangenen Ausführungsgesetz vom 8. April 1920 hatte deshalb die preussische Regierung die Entscheidung des Reichsgerichts darüber beantragt, ob diese landesrechtliche Vorschrift und die Anwendung, wie sie vom preussischen Schulminister in der Dissidentenfrage erfolgt war, mit dem Reichsverfassungsrecht vereinbar sei oder nicht.

Das Reichsgericht hatte ausnahmsweise einmal einen guten Tag und entschied, daß der Standpunkt des preussischen Schulministers einwandfrei ist.

Dissidenten können also nach dieser Entscheidung zu Schulaufsichtsbeamten auch über Bekenntnisschulen ernannt werden! Daraus ergibt sich aber, daß der entgegengekehrte Standpunkt, den der Reichshulgesetzentwurf einnimmt, mit dem Reichsrecht nicht vereinbar ist und mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht.

## Der nachsichtige Kultusminister.

Auf die Kleine Anfrage im preussischen Landtag wegen des Vortrags, den Prof. Menzer bei der amtlichen Verfassungsfest in Halle gehalten hat, antwortet, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, wie folgt:

Die über die Verfassungsfest in Halle angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Festredner Prof. Menzer die Absicht einer Verunglimpfung der Reichsverfassung nicht vorzulegen hat und daß eine solche auch tatsächlich nicht erfolgt ist. Infolgedessen bestand kein Anlaß zu disziplinarer Einschreiten. Menzer hat jedoch die Aufgabe der Verfassungsfest vollkommen verkannt und sich in der Form seiner Rede vergreifen. Daher habe ich ihm mein lebhaftes Bedauern darüber ausgedrückt, daß ihm als akademischem Lehrer das Gefühl dafür abgegangen sei, in welchem Maße seine Ausführungen die geistige Weitung und das Ansehen der Universitäten in dem Bewußtsein des Volkes zu schädigen geeignet waren.

Die preussische republikanische Regierung betrachtet es also nicht als eine Verunglimpfung der Republik und der Verfassung, wenn der Redner bei einer amtlichen Verfassungsfest Republik und Weimarer Verfassung überhaupt ignoriert, dafür aber über die Sebanfeiern im Kaiserreich redet und den ehemaligen Kronprinzen verherzt. Sind die Herren im Ministerium nicht der Ansicht, daß das Ansehen der Republik unter solchen Feiern ebenso leicht wie das der Universitäten, um das sie anscheinend mehr besorgt sind?

## Juristisches Chaos in Polen.

### Der Konflikt zwischen Regierung und Sejm.

WTB Warschau, 25. September.

Der Sejm hat in seiner vorletzten Sitzung das als Verordnung des Staatspräsidenten erschienene Dekret und das Dekret über die Verbreitung unwahrer Nachrichten und Beleidigungen durch einfachen Beschluß annulliert. Nun hat Warschau Billiubski an Sejmarschall Katoj einen Brief gerichtet, worin er ihm mitteilt, daß der Sejm eine Verordnung, die Gesetzeskraft erlangt habe, laut Artikel 44 der Verfassung nur durch einen neuen Gesetzgebungsakt, nicht aber durch einfachen Beschluß außer Kraft setzen könne. Infolgedessen könne dieser Sejm-Beschluß im Reichsgesetzblatt nicht veröffentlicht werden, weshalb auch diese beiden Dekrete ihre Gesetzeskraft behalten.

Der umstrittene Artikel 44 der Verfassung lautet: „Verordnungen verlieren ihre verpflichtende Kraft, sofern sie nicht dem Landtag innerhalb von vierzehn Tagen nach der ersten Sejm-Sitzung vorgelegt werden oder sofern sie nach ihrer Vorlage vom Sejm aufgehoben werden.“

Die oppositionelle Presse bekämpft diese Rechtsauslegung der Regierung. Der sozialdemokratische Robotnik macht darauf aufmerksam, daß seiner Zeit vom Landtag die ursprüngliche Fassung des Artikels „vom Sejm auf dem Wege eines Gesetzes aufgehoben werden“ ausdrücklich festzulegen worden sei, was klar auf die Absichten der Gesetzgeber hinweise. Weiter erinnert das Blatt daran, daß ein im Jahre 1923 vom Landtag gefaßter Beschluß, daß sich Warschau Billiubski um das Vaterland verdient gemacht habe, im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden ist. Warum sei, was damals erlaubt war, heute nicht gestattet? Polen trete jetzt in eine Periode des juristischen Chaos.

Das vom Sejm aufgehobene Dekret zur Anebenung der Presse ist gerade in den letzten Tagen mehrmals wieder angewandt worden, z. B. zur Beschlagnahme von Zeitungen in Lodz und Königshütte.

## Die Gemeindevahlen in Böhmen

### ausgeschrieben.

Die politische Landesverwaltung für Böhmen hat auf Grund des tschechoslowakischen Gemeindevahlgesetzes die Neuwahl der Bezirksvertretung der Hauptstadt Prag für Sonntag, den 18. Oktober, ausgeschrieben. Desgleichen wird die Wahl der Ortsauschüsse für den 23. Oktober festgesetzt. Gleichzeitig wurden die Gemeindevahlen für das ganze Gebiet der Tschechoslowakei für jene Orte, in denen die Wahlperiode abgelaufen ist, unter denselben Bedingungen ausgeschrieben. Eine Reihe der Großstädte, wie Pilsen, Troppau, Olmütz und viele andere werden jedoch nicht wählen. Im ganzen werden etwa 70 Prozent aller Orte der Tschechoslowakei ihre Gemeindefunktionäre am 18. Oktober wählen.

## Neue Schandlatten der bulgarischen Polizei.

Aus Sofia berichtet der Soz. Pressedienst: Das gewalttätige Faschistenregime der bulgarischen Polizei, das sich besonders in den Provinzorten zeigt, nimmt trotz aller Proteste der Opposition und Verpöndungen des angeblich demokratischen Ministerpräsidenten und Volksministers Raptischew kein Ende. Das Bauernorgan Semebedski Sname (Bauernfahne) befindet sich in einer seiner letzten Nummern wieder von unmenlichen Grausamkeiten, die in verschiedenen Dörfern gegen politische unschuldige Bauern verübt worden sind. So wurden in dem Dorfe Rudinzi vier Einwohner von den örtlichen Polizeiorganen bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und mißhandelt. Zwei von diesen Einwohnern mußten sich, wie das veröffentlichte ärztliche Attest bezeugt, für mehrere Wochen in ärztliche Behandlung begeben. Auf den zerstückten Körpern und Schlagwunden von 15 Zentimeter Länge und 7 Zentimeter Breite festgestellt worden. In dem Dorfe Bresowo wurde ein Bauer verhaftet und mit Faustschlägen ins Gesicht traktiert, weil er es gewagt hatte, dem Ministerpräsidenten Raptischew eine Bitte um Ermäßigung einer Gemeindesteuer vorzutragen.

## Todesurteile gegen russische Monarchisten.

WTB Moskau, 25. September (Telegraphenagentur der Sowjetunion).

In dem Prozeß gegen die fünf Monarchisten Balmassow, Gollit, Strojnow, Samajlow und Wertas verurteilte das Gericht in Leningrad die ersten vier Angeklagten zum Tode, den letzten zu 10 Jahren Gefängnis.

Deportation portugiesischer Ausländer. Die portugiesische Regierung hat, wie aus Paris gemeldet wird, 13 Führer der längsten Aufstandsbewegung zusammen mit einigen Kommunisten nach Afrika deportiert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Alfred Herre in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inzeratenteil:  
Hugo Seppand in Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.  
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.







# Ende gut, alles gut.

## Ausklang der Tagungen des Verbandes der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter.

Nachher, als nach der Fülle des noch vorhandenen Stoffes zu erwarten war, ging die Tagung des neugeborenen Verbandes zu Ende. Nachdem am Sonnabendvormittag noch die Wahlen befristet worden waren, soweit dies nicht schon am Freitag geschehen, wurde der Entwurf des neuen Verbandsstatuts diskutiert. Abgeschlossen wurde vom Berichterstatter der Statutenberatungskommission deren Standpunkt und die Änderungen zum vorliegenden Entwurf vorgetragen und die meisten Punkte ohne Widerspruch angenommen. Eine Meinungsverschiedenheit tauchte auf im § 2 wegen der Einfügung „unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen“. Solbner-Berlin möchte diesen Passus nicht im Statut haben, um den Weg zu den übrigen Kulturorganisationen der Arbeiterschaft nicht zu versperren. Die Mehrheit stimmt jedoch auch aus Zweckmäßigkeitsgründen (Agitation!) für Beibehaltung. Weitere Meinungsverschiedenheit entsteht zu einem Antrag der Brüder, wonach Verbandsangehörige mit 65 Lebensjahren pensioniert werden sollen. Die Brüder sind dagegen und begründen ihre Stellungnahme mit der daraus erwachsenden finanziellen Belastung. In der namentlichen Abstimmung gehen die übrigen drei Verbände fast geschlossen gegen die Brüder und Maschinenarbeiter, welche unterliegen. In der Gesamtsitzung wird das Statut mit überwältigender Mehrheit gegen wenige Stimmen der Opposition angenommen. Ein kommunistischer Redner der Opposition versucht vergebens, unter dem Vorwande einer „Erklärung“ eine Kritik anzubringen. In dem entstehenden Ärmel ist es ihm vollkommen unmöglich, zu Wort zu kommen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß bis zum endgültigen Inkrafttreten des neuen Statuts das der bisherigen vier Verbände jeweils gelte.

Träger (Brauer) gibt sodann eine Erklärung ab: Was bisher von den einzelnen Organisationen vertreten worden ist, soll nach einstimmigem Beschluß nunmehr von der neuen Organisation vertreten werden. Die Brüder und die Wähler sind Mitglieder des Ausschusses gegen das Gemeindefeststellungsrecht. Sie sind der Meinung, daß das so bleibt und die Redaktion verpflichtet ist, die Mitglieder in diesem Sinne zu unterstützen. Widerspruch erfolgt nicht.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der Wahl des Vorsitzenden und des Stabs zum Verbandsauschuss, liegen drei Anträge vor. Der Denag will Wähner, die Fleischer Hamburg und die Brauer Frankfurt. Auch hier entspinnt sich — zum letztenmal — eine lebhafte Debatte, deren Ende wieder eine Art Kampfabstimmung ist. Da die Wähler in der Mehrheit mit den geschlossenen für ihren Antrag stimmenden Bräu'n gehen, verläßt die Mitglieder der Denag und die Fleischer auf die Abstimmung, zumal das Resultat sowieso unabweisbar ist: Die Brauer haben bestegt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung (nächster Verbandstag) wird dem Vorstand überlassen.

Nunmehr ergreift Gräbmann die Gelegenheit zum Schlusswort: „Ueberraschend schnell ist die Tagung zu Ende gegangen, ein Beweis, wie gut vorbereitet worden ist. Ich glaube, daß trotz der kleinen Meinungsverschiedenheiten alle Delegierten Leipzig verlassen in dem Gefühl, daß sie nicht nur für ihre Organisation, etwas geschaffen, sondern darüber hinaus etwas geleistet haben, was für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung und das Ausland maßgebend sein wird. Ich begrüßwünsche Sie namens des ADGB und wünsche nur, daß der vorwärtsstrebende Geist der Versammlung hinausgetragen werde in die weiten Kreise der Mitglieder, zum Vorteil der gesamten Arbeiterschaft!“ (Bravol lebhafter Beifall.)

In seinem Schlusswort betont der nunmehrige Vorsitzende, Bacher, daß auch alle Gegner sich von dem Gedanken hätten leiten lassen, das Beste für ihre Organisation zu erstreben. Nun wo die Vereinigung vollzogen sei, werde man in der neuen Organisation genau so treu arbeiten, wie bisher in der alten. Sodann sprach Bacher den Leipziger Kollegen und dem Vertreter des ADGB seinen herzlichsten Dank aus für die große Arbeit, die sie für das Zustandekommen der Tagung geleistet hatten. Danach erklärte er die erste Tagung des neuen Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands geschlossen. Ein dreifaches Hoch auf den neuen Verband bildete den endgültigen Abschluß am Sonnabendvormittag.

## Unfallrenten für Landarbeiter.

### Unhaltbare Berechnung.

Bei den Oberversicherungsämtern wurden im vorigen Jahre Ausschüsse gebildet, die den durchschnittlichen Jahresverdienst der Landarbeiter festsetzen und nach ihm die Unfallrenten zu berechnen hatten.

Die Hoffnung der Landarbeiter, daß diese Ausschüsse die unhaltbaren Zustände von früher beseitigen würden, hat sich nicht erfüllt. Die letzte Nummer des Landarbeiter-Archivs bringt eine Uebersicht, aus der hervorgeht, daß die festgesetzten Jahresverdienste sehr oft hinter dem wirklichen Verdienst zurückbleiben. Dadurch werden die Arbeiter geschädigt, welche einen Unfall erleiden, weil ja die Rentenberechnung nach dem festgesetzten Jahresverdienst erfolgt. Dafür einige Beispiele:

In Döpreußen hat der erwähnte Ausschuss einen durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst von 480 M. für Deputatarbeiter unter 21 Jahren und von 600 M. für solche über 21 Jahre festgesetzt. Der wirkliche Gesamtarbeitsverdienst beträgt aber nach den auch von den Behörden anerkannten statistischen Lohnübersichten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes 950,50 M. Damit verbleibt bei den jüngeren Deputatarbeitern ein Differenzbetrag von 470,50 M. und bei den Älteren ein solcher von 350,50 M. Der für Pommern festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst beläuft sich auf 801 M. bzw. 636 M. Diesem Satz steht ein wirklicher Gesamtarbeitsverdienst von 1174,71 M. gegenüber, was bedeutet, daß der Differenzbetrag bei den jüngeren Arbeitern 373,71 M. und bei den älteren 538,71 M. beträgt. In Westfalen ist es besonders schlimm. Dort sind für den Deputanten über 21 Jahre 780 M. für den unter 21 Jahren 585 M. festgesetzt. Der Deutsche Landarbeiter-Verband errechnet aber einen wirklichen Gesamtjahresverdienst in Höhe von 1258,71 M. Die Differenz beträgt 478,71 M. bzw. 673,75 M.

Für die landwirtschaftlichen Freiarbeiter könnte ein ähnliches Bild aufgemacht werden. Die Bedeutung der Differenz zwischen dem wirklichen Lohnsätzen und den festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdiensten zeigt sich am besten an folgendem Beispiel:

Ein 20- bis 21-jähriger landwirtschaftlicher Arbeiter in Westfalen erleidet einen Unfall, an dessen Folgen er vollständig arbeitsunfähig wird. An Rente würden 66% Prozent von dem sich auf 585 M. belaufenden durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst, also 390 M. zur Auszahlung gelangen. Der wirkliche Gesamtjahresverdienst macht aber nicht 585 M., sondern, wie bereits gesagt, 1258,71 M. Würden hiervon, wie es richtig ist, 66% Prozent berechnet werden, käme eine Rente von 839,19 M. oder eine Summe heraus, die um 449,19 M. höher ist als die erstgenannte.

Jeder Mensch wird einsehen müssen, daß das ein unhaltbarer

Zustand ist. Der Landarbeiter muß sich auf Grund seines niedrigen Gesamtjahresverdienstes sowie schon mit weit kleineren Unfallrenten abfinden als jeder andere Arbeiter. Er kann deshalb mit Recht verlangen, daß ihm wenigstens das Restlos gewährt wird, was ihm gesetzlich zusteht.

## Der Gemeindearbeiterverband im Jahre 1926.

Der Geschäftsbericht des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für 1926 gibt ein reiches Bild seiner im verflochtenen Geschäftsjahr entfalteten Wirksamkeit und darüber hinaus auch eine knappe, aber interessante Würdigung der deutschen Wirtschaftspolitik.

Im Oktober 1926 feierte der auf der Grundlage der zentralen Betriebsorganisation aufgebaute Verband sein 30-jähriges Bestehen. Am Jahresabschluss 1926 gehörten dem Verbande in 850 Kreislagen 208 674 Mitglieder an, darunter rund 81 000 weibliche. Zu erwähnen sind bei der Organisationsfrage auch die Verhandlungen über eine Verschmelzung mit drei anderen Verbänden, dem Deutschen Berufeverband, dem Deutschen Eisenbahnerverband und dem Verbande der Maschinen- und Heizer zu einem großen gewerkschaftlichen Organisationsgebilde. In der Stellung des Verbandes zu den verschiedenen Fragen der Kommunalpolitik kommt zum Ausdruck, daß besonders gegen die Bestrebungen privatkapitalistischer Kreise auf Entkommunalisierung der von den

Gemeinden unterhaltenen werden den Wirtschaftsbetriebe Front gemacht wurde. Aus der Uebersicht über die Organisationszugehörigkeit der Beschäftigten in den öffentlich-rechtlichen Betrieben ergibt sich, daß von den 802 400 durch den Verband statistisch erfaßten Beschäftigten 69,7 v. H. Mitglieder des Verbandes sind.

Unter den 367 Tarifverträgen, die der Verband abgeschlossen hat, nimmt der Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter (R.M.T. Gemeindearbeiter) eine überragende Rolle ein. Er erstreckt sich auf 4388 Betriebe mit 180 041 Beschäftigten. Die Bestrebungen des Reichsverbandes der Deutschen Gemeinde- und Gemeindeverbände auf Abbau der tariflich vereinbarten sozialen Leistungen sind im wesentlichen abgewiesen worden. Lohnbewegungen wurden nach dem Bericht 58 geföhrt, an denen insgesamt 105 167 Beschäftigte in 4434 Betrieben beteiligt waren.

## Lohnkämpfe.

Z. B. Die Textilarbeiter Nordböhmens haben zum 1. Oktober ihre Lohnverträge für die Gebiete von Friedland und Reichenberg gekündigt und eine Lohnforderung von 15 Prozent gestellt. Ueberdies ist von den Kommunisten der Vertrag für das übrige nordböhmische Gebiet gekündigt worden, so daß rund 60 000 Textilarbeiter in die Lohnkämpfe einbezogen sind.

Der Kampf der Prager Bauarbeiter dauert nun schon die sechste Woche, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Ueberdies dürfte die Zahl der Streikbrecher schon etwa 30 Prozent erreicht haben — von den 12 000 im Kampfe stehenden Arbeitern sind nur rund 3500 organisiert — so daß die Aussicht auf eine allgemeine günstige Beilegung gering ist.

# Das Wohnungselend in Zahlen.

Die Wohnungsmisere in Deutschland gehört zu den am schwersten zu lösenden Aufgaben des Staates. Die Volksgesundheit erfordert baldigste Besserung. Aber nicht nur aus hygienischen Gründen muß sofort Abhilfe geschaffen werden. Oft genug sind auch an dieser Stelle die Gründe besprochen worden, die eine ungenügende Verteilung des Wohnungselends zuwege bringen. Wie notwendig aber die Förderung des Wohnungsbauwesens ist, das zeigt erst mit ganzer Deutlichkeit die von Reichs wegen im Mai 1927 erhobene Fählung der vorhandenen und der fehlenden Wohnräume. Ihr Ergebnis liegt größtenteils vor, die amtlichen Stellen kennen jetzt das Ausmaß des Wohnungsmangels. Hoffen wir, daß sich dieser Erkenntnis auch die Tat zur Besserung anschließen wird.

In Deutschland sind kommen auf 100 Wohnungen 8,2 Familien — Familien, nicht Personen! — ohne selbständige Wohnung, die also als Untermieter erscheinen, ohne Möglichkeit, sich in ihren Räumen frei zu bewegen, dagegen in der überwiegenden Zahl der Fälle mit dem Zwang, als Untermieter übermäßige Mietpreise zu bezahlen. Am höchsten ist der Prozentfuß der zwangswise Untermieterfamilien naturgemäß in den Großstädten. Wir lassen hier die Zahlen für die Ortsgrößenklassen folgen, damit sich der Leser selbst ein Bild machen kann. Danach kam am 16. Mai 1927 auf je 100 Wohnungen die folgende Anzahl der Familien ohne selbständige Wohnung:

in Orten unter 1000 Einwohnern	5,8
in Orten mit 1000 bis 2000 Einwohnern	6,1
in Orten mit 2000 bis 5000 Einwohnern	6,4
in Orten mit 5000 bis 20 000 Einwohnern	7,3
in Orten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern	7,8
in Orten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern	9,1
in Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern	10,3

Mit steigender Ortsgröße steigt also auch die Wohnungsnot. Das ist sicher zum großen Teil auf die Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten zurückzuführen. Aber die Begründung allzu sehr in den Vordergrund zu stellen, wie das manche amtlichen Stellen gern tun, ist falsch; denn wenn hier der Hauptgrund läge, so müßten die kleineren und kleineren Orte nicht nur keine Wohnungsnot haben, sondern geradezu einen Ueberfluß. Daß hiervon absolut keine Rede sein kann, geht aus der zitierten amtlichen Aufstellung hervor.

### Und in Sachsen?

Wie verhält es sich nun mit der sächsischen Wohnungsnot? Es ist wohl am besten, wenn wir die gleiche Tabelle für den Freistaat Sachsen hier folgen lassen. Danach kam am 16. Mai 1927 auf je 100 Wohnungen die folgende Anzahl der Familien ohne selbständige Wohnung:

in Orten mit unter 1000 Einwohnern	5,4
in Orten mit 1000 bis 2000 Einwohnern	5,7
in Orten mit 2000 bis 5000 Einwohnern	6,3
in Orten mit 5000 bis 10 000 Einwohnern	7,0
in Orten mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern	7,1
in Orten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern	8,5
in Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern	11,4

Rechnet man den Durchschnitt aus, so ergibt sich der gleiche Satz wie im Reichsdurchschnitt: 8,2. Die Entwicklung der steigender Ortsgrößenklasse ist ähnlich wie im Reich, nur daß sich die Tendenz noch stärker fühlbar macht, die in Großstädten die Wohnungsnot größer werden läßt als in kleineren und mittleren Orten. Die Kurve der Entwicklung ist steiler.

Schließlich wollen wir uns noch ansehen, wie sich die Wohnungsnot zahlenmäßig in den uns besonders interessierenden sächsischen Großstädten bemerkbar macht. Zuerst Leipzig! Bei 179 102 insgesamt vorhandenen Wohnungen sind 604 unbewohnte Häuser handelt, wenn sie trotz der allgemeinen Nachfrage nicht belegt werden konnten. In den rund 179 000 Wohnungen sind 201 114 Familien untergebracht — abgesehen von den Einzelpersonen, die in Untermieterfamilien wohnen —, so daß 11,2 Prozent der einheimischen Familien über eine eigene Wohnung nicht verfügen können.

Dasselbe gilt für Chemnitz und Plauen. Chemnitz verfügt über 90 571 Wohnungen, wovon 228 leer stehen. Auf 100 Wohnungen kommen 9,3 Familien ohne eigene Wohnung. Nach dem Bericht der Stadtverwaltung von Chemnitz sind aber die Chemnitzer Textilarbeiter besonders zahlreich in den umliegenden Ortschaften angelehnt. Man müßte also, um ein ganz eindeutiges Bild von der Chemnitzer Wohnungsnot zu bekommen, auch diese Gemeinden in die Betrachtung einbeziehen. — Plauen schließlich, das bei einer Gesamtzahl von 30 527 Wohnungen über 123 unbewohnte verfügt, zählt auf 100 Wohnungen 7,1 Familien ohne eigene Wohnung.

Damit haben wir das Wichtigste herausgegriffen, was uns die bisher veröffentlichten Zahlen der Wohnungsnot sagen können. Mit Ungehörigkeit erwarten wir das Schlußergebnis, das uns auch die Wohnrichtigkeit mitteilen soll, also das Verhältnis der untergebrachten Personenzahl zur Größe des Wohnraumes. Erst nach seiner Kenntnis wird man das ganze Ausmaß des Wohnungselends erkennen können.

Daß in Deutschland Wohnungselend herrscht, ist keine Neuigkeit; auch nicht, daß dieses Wohnungselend so groß ist, daß es ein geordnetes Leben der arbeitenden Bevölkerung weitestgehend unmöglich macht. Man hätte also schon seit Jahren erwarten können, daß Reich, Staat und Städte alle Hebel in Bewegung setzen, um diesem Grundübel zu steuern. Das ist nicht geschehen. Man hielt es für wichtiger, dem Reichswehretat so viele Mittel einzugliedern, daß davon die Wohnungsnot mit einem Schlage hätte entschieden

gemindert, wenn nicht behoben werden können. Die Fählung läßt uns wieder einmal auf den guten Willen der amtlichen Stellen hoffen, daß jetzt endlich etwas geschehen soll. Trotzdem dürfen wir uns mit der vagen Hoffnung nicht begnügen, sondern müssen den Druck der Arbeiterschaft dahinterziehen, damit endlich so schönen Reden zu wirksamen Taten im Wohnungsbau übergegangen wird.

## Ford als Gummierzeuger.

Der amerikanische Handelsminister Hoover ist fast Jahr und Tag bestrebt, die Gummiverfertigung Amerikas vom englischen Gummikapital unabhängig zu machen. Muß doch die Industrie der Vereinigten Staaten, die den größten Teil der Weltproduktion an Gummi vornehmlich für die Automobilherzeugung in Anspruch nimmt, einen gewaltigen Tribut an England entrichten. Der Plan der Errichtung von Gummipflanzungen auf den philippinischen Inseln konnte infolge der dort bestehenden Bodenbesetzung, deren Wänderung von der amerikanischen Regierung mit allen Mitteln versucht wird, nicht verwirklicht werden. Ein amerikanischer Großkapitalist Firestone hat vor einigen Jahren die Grundlagen für ausgedehnte Gummipflanzungen in Liberia, einer unter amerikanischem Einfluß stehenden afrikanischen Kolonie, gelegt; diese Pflanzungen bringen bereits größere Mengen Gummi auf den Markt.

Jüngsten Berichten zufolge hat sich nun Henry Ford entschlossen, die Gummiverfertigung der Vereinigten Staaten aus eigener Kraft von England unabhängig zu machen. Er hat in Brasilien 1200 000 Acres Land zu einem Preis von 8 Millionen Pfund Sterling aufgekauft und soll demnächst weitere 2 800 000 Acres ankaufen, um auf diesen Gebieten eine Gummierzeugung im größten Umfang einzurichten. In der Vorkriegszeit hat der im Urwald gesammelte „Wildkautschuk“ den größten Teil des Weltbedarfs an Gummi befriedigt. Erst während des Krieges hat man mit der Produktion von Plantagen gummi in Indien (Malayische Inseln, Ceylon und holländische Indien) in großem Umfang begonnen. In der englischen Presse werden die Pläne Henry Fords als unmöglich und geradezu wahnwitzig bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Produktionskosten in Brasilien unergiebiglich höher sein müssen als in Indien mit seiner dichten Bevölkerung und seinen billigen Arbeitskräften. Um in Brasilien Gummi im großen Umfang zu erzeugen, müßte Ford erst große Siedlungen schaffen, Wohnhäuser bauen usw., um Arbeitskräfte in die gegenwärtig vollkommen menschenleeren Gebiete bringen zu können. Die Kosten dieser Siedlung würden aber etwa 75 Pfund Sterling pro Acre betragen, und so müßte Ford Milliardensummen für die Durchführung seines Planes ausgeben. Aus diesen Gründen werden die Ueherungen Fords über seine Gummipflanzungen als ein Kollapsfeldzug bezeichnet. Man muß gespannt sein, ob Fords Plan wirklich zur Durchführung gelangt und welches Schicksal ihm beschieden sein wird. Der berühmte Erfinder Edison arbeitet zur selben Zeit an einer Produktionsmethode, welche die Gummiproduktion in den Vereinigten Staaten selbst ermöglichen soll. Auch er hat den Ehrgeiz, die Gummiverfertigung der Vereinigten Staaten von England unabhängig zu machen.

## 30 Millionen Dollar Anleihe für Preußen.

Amlich wird gemeldet: Der Preussische Staat hat an das Bankhaus Harris, Forbes u. Co. in Newyork, als Führer eines Konsortiums, eine mit 6 Prozent verzinsliche, 25 Jahre laufende Anleihe im Gesamtbetrag von 30 Millionen Dollar begeben. Die Anleihe, die unter der Bezeichnung „sechszwanzigprozentige amortisierbare Goldanleihe des Freistaates Preußen, Auslandsanleihe von 1927“ zur Ausgabe kommt, wird am Montag, dem 28. September in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu voraussichtlich 98% Prozent — ein Teilbetrag auch in Holland — zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Erlös der Anleihe wird für Zwecke der Landwirtschaft und zum Ausbau von Häfen Verwendung finden.

Für die Anleihe ist eine Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen. Den preussische Staat hat sich das Recht vorbehalten, die Anleihe nach Ablauf der ersten 7 Jahre, d. h. vom 15. Oktober 1934 ab, jederzeit mit sechsmonatiger Frist zu einem Zinstermin im ganzen oder in Teilbeträgen zu kündigen. Daneben ist vereinbart, daß die Anleihe mit einem jährlichen Tilgungsfonds ausgestattet wird, durch welchen im Wege der Auslosung die Rückzahlung der gesamten Summe in gleichen jährlichen Beträgen unter Zuwachs der durch die Tilgung erparierten Zinsen bewirkt wird. Die erste Rückzahlung findet am 15. Oktober 1928 statt. Die Zinsperiode sind halbjährlich am 15. April und 15. Oktober, erstmalig am 15. April 1928, fällig. Die Rückzahlung erfolgt zu pari.



# Merztliche Fürsorge im Gefängnis

Zeit längerer Zeit beschäftigt sich die deutsche Öffentlichkeit wieder besonders stark und kritisch mit unsterblichen. Erztzuehweise wendet sich dabei das Interesse nicht mehr nur dem Verfahren bis zum Urteil, dem sog. „Erkenntnisverfahren“ zu, man beschäftigt sich jetzt auch mit dem, was nach dem Urteile kommt, dem Strafvollzug. Es liegt auf der Hand, daß dies der wichtigere Teil der Strafrechtspflege ist, denn in ihm könnte wenigstens der Versuch einer pädagogischen Umstellung des kriminellen Menschen gemacht werden. Dabei muß nun von vornherein ausfallen, daß dieser Strafvollzug sich abspielt in Anstalten, in denen sich sehr oft auch Untersuchungsgefangene befinden. Jeder Menschenkenner wird sich sagen, daß das zu einer schweren Beeinträchtigung der Rechte der Untersuchungsgefangenen, der noch nicht Verurteilten führen muß. Leider ist dieser unerquickliche Zustand mit dem Reichsrecht vereinbar. Es liegt auf der Hand, daß die lange Freiheitsbeschränkung, die einseitige, monotone Kost, der Mangel an Umgang mit andern Menschen, die ganze Gefängnisatmosphäre seelisch und körperlich auf den Gefangenen außerordentlich ungünstig einwirkt. Es stellen sich Gefängnispsychosen ein, alte schon überwundene körperliche Leiden kommen wieder zum Vorschein, der durch die Aufregungen des Prozesses und der Haft geschwächte Organismus vermag Krankheitsreize nur geringeren Widerstand entgegenzusetzen. Der Gefängnisarzt wird unter diesen Umständen zu einer Person, auf der eine ungeheure Verantwortung und Arbeitslast ruht.

Da gibt nun zunächst ein Umstand zu denken, daß die sonst so gesprächige Sächsische Strafvollzugsordnung für die Sächsischen Justizgefängnisse vom 21. Juni 1924 sich nur sehr kurz und ungenügend über den ärztlichen Dienst in den Anstalten ausspricht. Die 10 Paragraphen des 12. Abschnitts der Strafvollzugsordnung (§ 118—127) regeln die „besondere Gesundheitspflege“. Es wird davon gesprochen, daß „auf die Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit der Gefangenen dauernd Bedacht genommen“ wird, daß allmonatlich das Gewicht des Gefangenen festgestellt wird, daß gegen die Übertragung ansteckender Krankheiten, insbesondere von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, und gegen die Verbreitung von Ungeheuer die erforderlichen Maßnahmen getroffen“ werden. In § 121 heißt es dann weiter, daß der Gefängnisarzt die krankgemeldeten Gefangenen untersucht, aber da kommt schon eine sehr unerfreuliche Einschränkung: er tut das nämlich „in der Regel zu den für den ärztlichen Dienst vorgesehenen Zeiten“. Nur, wenn Gefahr im Verzug ist — und darüber haben die Anstaltsbeamten so ihre sonderbaren Anschauungen — wird „augenblickliche ärztliche Hilfe gewährt“. Ist da der Gefängnisarzt nicht erreichbar, so wird ein anderer Arzt zugezogen.

Man vergegenwärtige sich nun einmal eine solche Anstalt mit vielen hundert Gefangenen, die infolge der Haft alle mehr oder weniger krank oder seelisch labil, aus dem Gleichgewicht herausgeworfen sind. Jeden Tag werden sich 50 oder 70 oder 100 neue Kranke. Ein vor einiger Zeit verstorbenen Arzt einer großen sächsischen Gefängnisanstalt erzählte, daß sich mitunter bis zu 200 Personen krank gemeldet hätten. Zur Bewältigung dieser ungeheuren Arbeit stehen dann ein oder höchstens zwei Ärzte zur Verfügung. Die Resultate einer so geringen ärztlichen Versorgung liegen auf der Hand: der Arzt kann sich um den einzelnen Patienten kaum ernstlich kümmern, er hat auch gar nicht die Zeit, sich selbst genügend fortzubilden — was in einer Periode sprunghafter Entwicklung der medizinischen Wissenschaften ein unbedingtes Gebot ist — er wird durch das Übermaß der Arbeit und Verantwortung abgelenkt und reizbar, es gelingt ihm infolgedessen nicht, die so wesentliche persönliche Beziehung mit dem Gefangenen herzustellen, dessen Vertrauen zu erwerben.

Es wird dann ohne sorgfältige Untersuchung darauf losgedoktort. Gegenüber Untersuchungsgefangenen genau so wie gegenüber schon Verurteilten! Leider hat die deutsche Öffentlichkeit gegenüber solchen Vorgängen ein viel zu kurzes Gedächtnis. Wer hat noch die Vorgänge in Erinnerung, die durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Todes des früheren Reichspostministers Dr. Hoefe festgestellt wurden? Der entsinnt sich noch

der geradezu haarsträubenden Berichte, die die beiden Landtagsabgeordneten Dr. Geymel und Mengel im September und Dezember 1920 in der Berliner demokratischen Presse über die Verhältnisse in den ostpreussischen Anstalten Marienburg, Insterburg, Stuhm und Königsberg veröffentlichten? Entsinnt man sich noch der Feststellungen aus dem Belebungsprozeß, den die bayerische Justizverwaltung im September vorigen Jahres gegen den Münchner Schriftsteller Albert Winter anstregte wegen eines Artikels über die Ursache des Todes des am 16. März 1923 in Niederneuhöfenfeld verstorbenen Räterepublikans Hogemeister? Hogemeister litt an einer schweren Rippenfellentzündung und starb schließlich an einer dadurch verursachten Herz- und Lungenlähmung. Noch am 15. März war ihm gesagt worden, er sei ein Simulant; am Tage darauf war er tot. — Jetzt lenkt die deutsche Liga für Menschenrechte durch eine im August der Presse übergebene Eingabe an den bayerischen Justizminister erneut die Aufmerksamkeit auf diese Fragen: ein anderer Münchner Räterepublikaner, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, Rudolf Greiner befindet sich in bedenklichem Zustande; er erbricht sich täglich 5 bis 6mal, was als Zeichen von Magenkrampf gedeutet wird. Er hat deshalb um Durchleuchtung gebeten. Der Arzt aber hat ihm erklärt, er habe „dafür kein Interesse“, die Anstalt könne sich nicht wegen ihm einen Röntgenapparat anschaffen, er sei ein Hypochonder und Neuraseniker.

Die Erinnerung an all diese häßlichen Eindrücke vom deutschen Strafvollzug werden lebendig, wenn man jetzt von einem Prozeß hört, der Ende des Jahres 1926 und Anfang 1927 in Leipzig vor dem Landgericht und vor dem Oberlandesgericht in Dresden gespielt hat. Da klagt ein Mann namens Binnenböfel, der vom 21. Dezember 1922 bis zum 12. März 1924 in Waldheim Strafe verbüßt hatte. B. war am 12. März 1924 wegen eingetretener Strafvollzugsunfähigkeit beurlaubt worden, am 27. Mai 1925 wurde er für den Rest seiner Strafe begnadigt. Er war beim Strafantritt völlig gesund. Jetzt ist er zu 80 Prozent erwerbsunfähig. B. hat für seine Frau und drei Kinder im Alter von 5, 7 und 13 Jahren zu sorgen. Er leidet an einer Lähmung der Beine und an einer schweren Kniegelenkentzündung. In der Klage konnte er darauf hinweisen, daß er während des Strafvollzugs fälschlich wegen Hämorrhoiden und wegen angeblicher Syphilis behandelt worden ist, daß ihm gegen seinen ausdrücklichen Willen und zum Teil gewaltsam Salvarsaninjektionen verabreicht worden sind, obwohl die Untersuchung seines Blutes negativ verlaufen war; daß die spätere schwärzliche Untersuchung auf das Vorhandensein von Manganen im Harn hinwies; daß er schon im Februar 1923 nicht mehr gehen konnte; daß er wegen seines Widerstands gegen die notorisch verkehrten ärztlichen Anordnungen in eine Loge des Anstaltskrankenhauses gesperrt worden sei; daß er schließlich im Mai 1923 in die Heilanstalt übergeführt worden sei. Aber das hat ihm alles nichts genützt. Seine Klage gegen den Staatsfiskus auf Entschädigung ist abgewiesen worden. Das Gericht erklärte, es fehle an einem Beweise, ja auch nur an einer Wahrscheinlichkeit dafür, daß seine Erwerbsunfähigkeit ganz oder teilweise durch einen ärztlichen Kunstfehler verursacht worden sei. Der Bericht der Ärzte, die Beschwerden des Klägers durch die Salvarsaninjektionen und durch diätetische und medikamentöse Behandlung zu beseitigen, sei richtig gewesen — es sei sehr wahrscheinlich, daß die Erwerbsunfähigkeit des Klägers auf dessen „Mangelsvorstellungen hinsichtlich seines vermeintlichen Schadenersatzanspruchs“ zurückzuführen sei.

So geschehen „im Namen des Volkes!“ Die Inhaftierten sterben — aber nur weil sie Simulanten sind; sie haben den Magenkrebs — aber nur infolge ihrer eignen Hysterie; sie bekommen nach notorisch unrichtiger Behandlung wegen Syphilis und Hämorrhoiden eine Beinlähmung und werden zu 80 Prozent erwerbsunfähig — aber nur auf Grund von „Störungen der Nerven“ und auf Grund ihrer eignen „Mangelsvorstellungen hinsichtlich des vermeintlichen Schadenersatzanspruchs“. O, welche Luft, ein Krüppel zu sein!

Es wird wahrscheinlich die höchste Zeit, daß mit diesen Zuständen aufgeräumt wird!

## Zugung des sächsischen Textil-Einzelhandels in Dresden.

Vor einigen Tagen hielt der Landesverein Sachsen vom Reichsbund des Textileinzelhandels, e. V., seine Landestagung im Plenarsitzungslokal des Landtages ab. In der Tagung nahmen außer Vertretern der verschiedensten Wirtschaftsverbände auch zahlreiche Vertreter der Ministerien und sonstiger Behörden teil. Der Vorsitzende des Landesvereins, Handelsgerichtsrat Heinrich, wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß in der Textilindustrie der Höhepunkt der Konjunktur bereits überschritten sei. So würden die Fabrikanlagen heute bereits wieder über fließende Zahlungsengpässe klagen.

Über das Thema „Neue Aufgaben — Neue Wege“ sprach der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Kastner. Dieser erklärte in seinem Referat, daß der Einzelhandel in Zukunft sich besonders den inneren Vorgängen im eigenen Geschäft widmen müsse. Staatliche Erfassung der Betriebe, Reklame, Kundenbehandlung, Schaufenster- und Platzgestaltung und die damit zusammenhängenden Probleme beschäftigen den Verband in dieser Zeit besonders stark. Von der kommenden Besoldungserhöhung erhoffte man sich eine weitere Belebung des Marktes. Es müßte aber schon jetzt gegen die Absichten der Gemeinden protestiert werden, die Realsteuern und die Wertsteuern zu erhöhen.

Weiter behandelte Handelsgerichtsrat Hecht in einem Vortrage die Frage des Nachschubes im Eigengeschäft. Er forderte eine gute kaufmännische Ausbildung für die Meisterlehrlinge und -jünger, damit diese später das Geschäft des Vaters ordentlich weiterführen könnten.

## Rechtsprechung in Aufwertungssachen.

Das Oberlandesgericht Dresden hat sich in einer Entscheidung vom 26. April 1927 (veröffentlicht im Sächsischen Justizministerialblatt, Seite 82) mit einer recht interessanten Frage beschäftigt, die in der Praxis des Rechtslebens eine ziemlich große Rolle spielt. A hatte gegen B vor der Aufwertungsstelle einen Aufwertungsanspruch geltend gemacht. Demgegenüber machte B in erster Linie geltend, daß er berechtigt sei, gegen diesen Anspruch zum mindesten in Höhe eines Teilbetrages mit Gegenansprüchen aufzurechnen. Er behauptete mit seiner Gegenerklärung, daß der aufzuwertende Anspruch überhaupt nicht mehr bestünde, sondern durch die Aufrechnung bereits erloschen sei. Die Aufwertungsstelle und das Landgericht als Beschwerdestelle hatten sich in ihren Entscheidungen auch über diese Aufrechnungsfrage schlüssig gemacht. Demgegenüber erklärte das Oberlandesgericht in seiner Entscheidung, daß die Aufwertungsstelle und das Landgericht als Beschwerdestelle sich mit der Aufrechnungsfrage überhaupt nicht hätten beschäftigen dürfen, weil der Aufrechnungsanspruch nicht zu ihrer Zuständigkeit gehöre. Sie hätten sich nur mit der Höhe des Aufwertungsanspruchs zu befassen, nicht dagegen mit der Frage, ob denn der Anspruch überhaupt begründet sei, also mit dem Grunde des Anspruchs. Die Entscheidung über den Grund des Anspruchs, über sein Bestehen, siehe der Aufwertungsstelle und der Beschwerdestelle nur dann zu, wenn in dieser Beziehung zwischen dem Prozeßparteien eine Vereinbarung der Zuständigkeit gemäß § 71 des Aufwertungsgesetzes erfolgt sei. Eine solche Vereinbarung könne in jedem Stadium des Verfahrens erfolgen. Sie ergäbe sich aber nicht schon daraus, daß keine der Parteien die Unzuständigkeit der Aufwertungsstelle und des Landgerichts gerügt hätten.

## Das Grubenversicherungsamt für Sachsen.

Durch Verordnung des Finanzministeriums vom 17. März 1927 ist für den Steinkohlenbergbau und den Braunkohlenbergbau im Freistaat Sachsen die Bildung eines Grubenversicherungsamtes angeordnet worden. Die Verordnung trat am 1. April 1927 in Kraft. Das Grubenversicherungsamt setzt sich zusammen aus: einem Vertreter des Oberbergamtes (technisches Oberbergamtsmitglied), zwei Vertretern der Bergämter, und zwar je einer für den Steinkohlen- und für den Braunkohlenbergbau, zwei Vertretern der Werksbesitzer aus dem Steinkohlenbergbau, zwei Vertretern der Arbeiter aus dem Steinkohlenbergbau (darunter ein technischer Beamter oder Angestellter), zwei Vertreter der Arbeiter aus dem Braunkohlenbergbau (darunter ebenfalls ein technischer Beamter oder Angestellter). Der Vertreter des Oberbergamtes, Oberbergamtsrat Koch, führt den Vorsitz. Am 15. September hielt das Sächsische Grubenversicherungsamt seine erste Sitzung im Oberbergamt zu Freiberg ab, dem es als beratende Stelle angegliedert ist. Zur Eröffnung war der Finanzminister erschienen. Das Grubenversicherungsamt hat die Aufgabe, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie den Gefahren des Bergbaus mehr als bisher begegnet werden kann.

## Aus dem Landtage.

Heute abend findet im Landtage vor den Abgeordneten und geladenen Gästen ein Lichtbildvortrag über das Unwetter im sächsischen Erzgebirge statt. Ministerialrat Dr. Sorger wird dazu einen erläuternden Vortrag halten. Morgen Dienstag tritt dann der Landtag zur Beratung der Regierungsvorlagen zusammen.

Freiberg. Der Konkurs des Ratskellers. Auf Antrag der deutschen nationalen Fraktion setzen die Stadtverordneten einen Untersuchungsausschuß ein, der die Vorgänge bei der Wahl des bisherigen Ratskellers prüfen soll. Der Stadtrat hat den Betrieb schließen lassen. Der Wähler ist nach kaum drei Wertschwankungen in Konkurs geraten. Zahlreiche Geschäftsleute sollen Vermögensverluste erlitten haben.

Dippau. Verhängnisvolle Nachlässigkeit. Ein Gutsbesitzer aus Erzgebirge verlor sich an einer landwirtschaftlichen Maschine ganz gering die Hand, ohne die Wunde zu beachten. Durch nicht genügende Behandlung schwoll die Hand an, bald zeigte sich alle Merkmale der Blutergießung, bis zum Tode des Verletzten führte.

Borna. Zwei Personen durch elektrischen Strom getötet. Bei einem starken Sturm riß auf dem Dache des Rittergutes in Thierbach ein elektrischer Leitungsdraht. Der 65 Jahre alte Nachwächter, der den Draht anfachte, blieb daran hängen. Um dem Nachwächter zu helfen, eilte der Buchhalter Bergmann in das Haus, nahm die Sicherung heraus, um den Strom abzustellen und ließ dann zur Hilfeleistung zu dem noch immer an dem Draht hängenden Nachwächter. Dabei wurde aber auch Bergmann vom elektrischen Strom getroffen, denn der Draht gehörte zu einer Fernleitung, die nicht im Hause abgestellt werden konnte. Ein Arzt befreite die Verunglückten, doch waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Dahlen. Siebenhundertjahrfeier. 1928 begeht Dahlen seine Siebenhundertjahrfeier. Zur Vorbereitung der Festlichkeiten wurde ein Ausschuß gewählt.



# Wandern und Reisen

## Verwaltungs-Sonderzüge.

Von einem Teilnehmer an den Fahrten der Verwaltungs-Sonderzüge erhalten wir eine längere Zuschrift, die sich im wesentlichen mit unserer hier wiederholt dargelegten Auffassung über den Zweck und Charakter der R.-S.-Züge deckt. Aus Raum-mangel ist es uns leider nicht möglich, die Zuschrift ganz abzufragen. Wir entnehmen ihr deshalb nachstehende Stellen, die uns besonders beachtenswert erscheinen. (In der Frage der Reparationslasten und ihrer Auswirkungen auf die Tarifpolitik der Reichsbahn sind wir anderer Auffassung als der Verfasser.)

Es sind der Reichsbahn häufig Vorwürfe gemacht worden, daß sie wohl die äußere Form eines kaufmännischen Unternehmens, nicht aber auch kaufmännischen Geist sich zu eigen gemacht habe. Soweit diese Vorwürfe zu Recht bestehen, dürften sie doch nicht für die Ressorts zutreffen, denen die Bearbeitung und Einrichtung der Verwaltungs-Sonderzüge übertragen ist. Das ergibt sich schon allein aus dem bedeutenden Ausbau dieser Institution, aus der steigenden Benutzerzahl und der wachsenden Beliebtheit, der sich die Verwaltungs-Sonderzüge in immer größerer Schichten der Bevölkerung zu erfreuen haben; alles Beweise dafür, daß die Reichsbahn nicht nur einem Bedürfnis entsprochen hat mit der Einlegung dieser Züge, sondern auch eine glückliche Hand in der Belegung der Stellen hatte, denen die Bearbeitung und Durchführung dieser Züge obliegt. Denn man vergesse nicht, daß sich die Einnahme der Reichsbahn bei diesen Zügen streng auf die gefahrenen Kilometer begrenzt, ihre Fürsorge indes bedeutend weitergeht, sich in steigendem Umfang auch auf Unterbringung und Verpflegung am Zielort erstreckt und so eine Arbeitslast einschleift, zu deren Erledigung kaufmännische Gewandtheit und Routine erforderlich sind, die weit über das Maß einer bloßen Beamtenleistung hinausgehen. An dieser Stelle ist ja von anderer Seite schon mehrfach darauf hingewiesen worden, wie sehr sich gerade die Beamten, denen die Ausführung und Begleitung der Verwaltungs-Sonderzüge übertragen ist, von bloßen respektvollenden Dienstleistungen zu Hilfsberufen, lebenswürdigen Mitarbeitern für die Wünsche des Publikums gewandelt haben, und so zu ihrem Teil nicht wenig dazu beitragen, für diese Züge zu wirken.

Die Beweggründe, die die Reichsbahn zur Einrichtung von Verwaltungs-Sonderzügen veranlassen, sind in erster Linie, wie sie selbst immer betont, sozialer Art; darüber hinaus verpflichtet sie sich von den Fahrten eine Propagandawirkung, und erst an letzter Stelle rangiert das Gewinnstreben. Es scheint aber doch, daß trotz des sozialen Prinzips der Billigkeit für die finanzielle Erfolg betragt gestellt hat, daß über die Deduktion der Unkosten hinaus noch ein Ueberschuß erzielt wird. Das wird kein Mensch einem Unternehmen verargen, das so mit Reparationslasten bedacht ist, wie die Reichsbahn. Um so weniger, wenn man berücksichtigt, daß die Fahrten trotzdem sehr preiswert gehalten sind, und es dem glücklichen Ergebnis wohl zuzuschreiben ist, daß man bereits 1926 dazu überging, auch mehrtägige Fahrten einzurichten. Damit erst hat man das geschaffen, was man als eigentliche Erholungs-fahrten und als weitergehende Besichtigungs-fahrten ansprechen kann, die den Kreis der Benutzer dieser Züge beträchtlich ausdehnten und sich auch wohl für die Reichsbahn als vorteilhaft erwiesen haben. Die Gewähr für die weitere Ausgestaltung oder doch wenigstens Weiterhaltung der Züge in dem bisherigen Umfang ist also durch die Beliebtheit, der sie sich beim Publikum zu erfreuen haben, und durch den wirtschaftlichen Erfolg, den sie der Reichsbahn erbringen, gegeben.

Weiterhin liegt es im Interesse der Reichsbahn, wenn sie sich — wie ja auch erfreulicherweise schon geschieht — noch weniger als bisher der Vermittlung privater Unternehmen bedient. Diese gehen naturgemäß auf Gewinn aus und kalkulieren ihr Risiko, das darin besteht, daß sie oft erst im letzten Augenblick die Zahl der Teilnehmer erfahren, in die Preise ein, die dann natürlich nicht dem Prinzip der Billigkeit entsprechen. Es ist nicht nur falsch, wenn der Erwerb von Fahrkarten von dem gleichzeitigen Kauf von Zusatzkarten, die der Unternehmer vermerkt hat, abhängig gemacht wird; es entspricht auch schon nicht dem sonst von der Reichsbahn streng eingehaltenen Prinzip der Billigkeit, wenn überhaupt die Vermittlung eines privaten Unternehmers oder Unternehmens in Anspruch genommen wird. Das widerspricht den sozialen Gesichtspunkten und ist auch nicht dazu angetan, für stärkere Benutzung der Züge zu wirken. Man braucht dabei gar nicht an die unliebsamen Szenen erinnern, die sich dann oft noch abspielen, und bei denen die Teilnehmer zum Teil die Leidtragenden sind. Der Unternehmer hat fernerhin das Bestreben, möglichst viel zu „arrangieren“, um zu verdienen. Der Reichsbahn ist daran nichts gelegen, da sie nur an den gefahrenen Bahnkilometern verdient. Höchstens käme die Reklamewirkung für sie in Frage, die in dem bunt aufgemachten Arrangement enthalten ist. Sie dürfte aber nicht so groß sein, daß sie die Nachteile überwiegt, die der Reichsbahn als der verantwortliche unter dem Fahrprospekt zeichnenden Gesellschaft entstehen können. Viel richtiger wäre es, wenn sich die einzelnen Verkehrsämter und Direktoren in direkte Verbindung mit Gemeinden und in ähnlichen Verkehrsämtern usw. setzen würden, denen nicht so sehr am eigenen Gewinn als vielmehr an dem Heranziehen der Teilnehmer nach ihrem Orte gelegen ist. Das dürfte keineswegs schwer halten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein mehrtägiger Zug im Durchschnitt für den Zielort, je nach der Zahl der Teilnehmer, einen Betrag von 80—100 000 Mk. oder einen Kapitalzufluß in dieser Höhe bedeutet, für manchen Baderort also immerhin bei der kurzen Dauer einem einträglichen Geschäft gleichkommt. Diese, wenn man so sagen darf, kapitalmäßige Stoffkraft verleiht der Reichsbahn bei den Verbindungen ein einschneidendes Übergewicht, und man kann sich leicht vorstellen, daß mancher kleine Baderort sehr gern sich als Endpunkt eines Verwaltungs-Sonderzuges sehen würde.

Darf endlich noch eine Anregung gebracht werden, so wäre es die, daß man wenigstens die Erholungs-fahrten — als solche sind wohl ausgesprochen nur die nach einem Baderort geleiteten und dort endenden anzupreisen — über freien Tage, nicht, wie bisher, nur vier bis fünf Tage ausbehalte. Man scheint hier noch der falschen Ansicht zu sein, daß jemand, der eine Woche Urlaub hat, die letzten Tage zu Hause vorbringen möchte. Wer aber einmal Erholungs-fahrten mitgemacht hat, weiß, daß das Bedauern über die frühe Abfahrt erst ist und über die übliche Wehmut beim Scheiden von einem schönen Ort hinausgeht. Acht Tage Urlaub — die wollen ausgenutzt sein! Und wer sich zur Erholung an die See oder ins Gebirge begibt und die billige, bequeme Gelegenheit zur Benutzung eines Verwaltungs-Sonderzuges ergreift, der bleibt gern bis zum letzten Tage, ehe er sich wieder für ein Jahr vielleicht in den Alltag begibt!

So weit die Zuschrift. Wie wir hören, werden die künftigen Er-fahrungen, die manche Gemeinden mit privaten Reiseunternehmern gemacht haben, sowohl diese, Gemeinden als auch vor allem die Reichsbahn veranlassen, eine Änderung herbeizuführen. Unseres Erachtens sollen solche allgemeine Erholungsreisen nur von öffentlichen Institutionen (Bahn, Gemeinden) oder von Vereinigungen (Arbeiterorganisationen usw.) durchgeführt werden.

## Mehr als 70 000 Familien genießen nur das gute Konsumbrot!



# Selbstverwaltung und Demokratie.

Am Freitag sprach in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der SPD Groß-Leipziger Bürgermeister Genosse Dr. Karl Herz aus Berlin über: Selbstverwaltung und Demokratie. In großzügiger Linie behandelte Genosse Herz das Thema vom grundsätzlichen Standpunkt der sozialistischen Erkenntnis und Forderungen. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem theoretisch hochstehenden Referat, das gewiß mit dazu beitragen wird, über den Kreis der Versammlungsbesucher hinaus die Debatte über die behandelten Probleme innerhalb der Arbeiterschaft zu vertiefen. Das Referat bewegte sich in folgenden Gedankengängen:

Die Arbeiterbewegung ergreift immer weitere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens. Im ersten Jahrzehnt nach dem Fall des Sozialistengesetzes habe sich die Partei nur mit der Reichspolitik und den Reichstagswahlen befaßt. Landes- und Kommunalpolitik hätten damals eine untergeordnete Rolle gespielt, jeder Versuch, in die Landesverwaltung einzudringen, sei — wie in Sachsen im Jahre 1896 — sofort von den herrschenden Klassen mit einem Wahlschicksal beantwortet worden. Die Grundlegung zu einem Kommunalprogramm sei erst im Jahre 1904 auf dem Bremer Parteitag geschaffen worden. Die damals aufgestellten Forderungen seien heute Selbstverständlichkeiten geworden, deren Beseitigung auch von bürgerlicher Seite anerkannt würde, ein sprechender Beweis für den Wandel der Verhältnisse und für die Fruchtbarkeit einer vorausschauenden sozialistischen Politik. In der Kriegs- und Nachkriegszeit sei dann die Gemeinde Trägerin der inneren Kriegswirtschaft geworden und habe damit, namentlich nach dem Fortfall des reaktionären Wahlrechts, in erhöhtem Maße das Interesse des Proletariats an sich gezogen. Stark sei namentlich die Wohlfahrtspflege in den Vordergrund getreten, wie schon die zahlenmäßige Verschiebung innerhalb des Finanzbedarfs der deutschen Städte beweise: Während 1913 die Wohlfahrtspflege nur etwa 12 Prozent der gesamten Haushaltsmittel der Gemeinden beansprucht habe, sei sie 1925 mit 32 Prozent vor allen Verwaltungsweisen an erste Stelle getreten. Die hingebende Tätigkeit, mit der zahllose ehrenamtliche männliche und weibliche Funktionäre der Arbeiterschaft sich in den Gemeinden der Fürsorge widmeten, sei eine der erfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart. Aber man dürfe nicht vergessen, daß dieses notwendige und fast gesteigerte Interesse für die kommunale Fürsorge politisch und gesehen unter den großen leitenden Gesichtspunkten unserer programmatischen Gesamtaufassung auch eine bedeutende Nebenwirkung zeitigen könne. Gerade wer, wie der Referent, seit fast zwei Jahrzehnten in der praktischen Gemeindegearbeit stehe, könne darüber offen sprechen, ohne der Gefahr der Mißdeutung ausgesetzt zu sein. Es bestehe nämlich die Gefahr, daß der politische Aergernis der Selbstverwaltung verloren gehe. Heute gelte die Gemeinde nur als Wirtschaft- und Wohlfahrtsverband, während die politische Verwaltung, die sogenannte Hoheitsverwaltung, wie namentlich die Polizei- und Schulwesen, dem Staat, richtiger der Staatsbürokratie zugeweiht würden. Diese Einschränkung auf Wohlfahrts- und Wirtschaftspflege würde dem großen politischen Gedanken nicht gerecht, aus dem die Idee der Selbstverwaltung geboren und vom Freiherren vom Stein in selbstbewußtem Willen verwirklicht worden sei. Die Selbstverwaltung sei sowohl von der Demokratie des Bürgerrechts wie von den großen sozialistischen Theoretikern gedacht als Waffe gegen das Fürstentum und vor allem die von den Fürsten gegründete, auch heute noch, nach dem Wegfall der Fürsten im Eigenleben fortführende hohe Staatsbürokratie. Die Selbstverwaltung solle hier als dienen zur Schaffung einer den proletarischen Interessen angepaßten öffentlichen Verwaltung. Der politische Gegensatz von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung sei, wie ein Schweizer Staatsrechtslehrer einmal richtig bemerkt habe, nur im Deutschland vorhanden, er ginge in der fortgeschrittenen Demokratie in den umfassenden Begriff der Selbstregierung auf. Alle öffentliche Verwaltung sei danach Verwaltung durch die örtlich organisierte Bürgerschaft, der Unterschied zwischen örtlicher Staatsverwaltung — wie etwa in den Großstädten durch den staatslich ernannten Polizeipräsidenten — und örtlicher Kommunalverwaltung durch Rat und Stadtverordnetenkollegium sei hier unbekannt. Wir stehen vor einem tiefgehenden Gegensatz, der durch die bürgerliche und sozialistische Demokratie hindurchgeht und gerade in der gegenwärtigen Situation zur Entscheidung drängt, trotzdem die Tragweite dieses Gegensatzes weiten Kreisen noch nicht zum Bewußtsein gelangt ist. Die Frage ist dahin zu formulieren: Wollen wir das zentralistisch-bürokratische System, das von oben nach unten die Verwaltung von der ministeriellen Zentralstelle aus leitet und alle Exekutive durch nachgeordnete, dem Dienstbefehle der Zentrale unterworfenen Beamte unterworfen läßt, oder wählen wir für die proletarischen Interessen das dezentralisierte kommunale System, das von unten nach oben aufsteigend alle Verwaltung durch die örtlich oder provinziell organisierten Verbände der genossenschaftlich organisierten Staatsbürger ausführt und mit der laufenden Verwaltung die von diesen Verbänden gewählten Funktionäre (Gemeindevorstand) beauftragt? In sich erscheint das zentralistische System als die konsequente Entfaltung der parlamentarischen Demokratie, die Minister seien in diesem System die Beauftragten der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit und hätten dafür zu sorgen, daß die

Exekutive im Sinne dieser Mehrheit geführt werde. Dieses System empfehle sich besonders in einer Zeit, in der die ungeheuren sozialen Spannungen im gesellschaftlichen Körper die Notwendigkeit einer streifen Zusammenfassung durch eine oberste Stelle erfordere. Tatsächlich sei auch in der Praxis die Verwaltungspolitik der Nachkriegszeit zentralistisch und der Selbstverwaltung wenig günstig gesinnt. Wollen wir eine grundlegende Umgestaltung der Staatsmaschine und ihre Anpassung an die proletarischen Bedürfnisse, so dürfen wir auf diesem Wege nicht fortzueilen. Der Zentralismus hätte gerade die Macht der höheren Bürokratie und deren innere Unabhängigkeit vom Parlament, das allein von sich aus den immer größer werdenden Verwaltungskörper der modernen Staaten nicht meistern könne. Diese ungeheure Maschine entwickle unabhängig vom Parlament und parlamentarischen Ministern ein durch Jahrhunderte Tradition gestiftete Selbstverständnis. Hinter dem unburchtastigen Gewebe von Gesetzen und Vollzugsvorschriften, durch das die öffentliche Kritik nicht hindurchdringe, können die alten Herrschaftsmächte ihre Klassen- und Einzelwünsche am leichtesten verwirklichen. Gehege nützen nichts, weil eine anders gerichtete Handhabung und Auslegung des Gesetz und damit den parlamentarischen Willen sabotieren könne. Es bleibe also nur übrig, diesen großen Verwaltungskörper zu dezentralisieren, und zwar in der Form, daß die örtlichen Verbände die Verwaltung übernehmen und daß damit den im Volke lebendigen Kräften der direkte Zugang unmittelbar in die Verwaltung hinein eröffnet würde. Dagegen werde auch von Parteigenossen der naheliegende Einwand erhoben, daß das die Auflösung des modernen Staates bedeute. In Wahrheit handle es sich aber nicht darum, Angelegenheiten, die ihrer Natur nach zentral verwaltet werden müßten, von der staatlichen Zentralinstanz abzutrennen, sondern lediglich darum, die örtliche und provinzielle Verwaltung ihrer inneren Natur gemäß durch die örtliche und provinziell organisierte Genossenschaft der Staatsbürger zu erledigen. Ebenso sei es selbstverständlich, daß die Grundzüge für die Verwaltung einheitlich sein müssen, Einheitlichkeit in den allgemeinen Grundzügen sei sogar im Interesse des Proletariats geboten. Die Wohlfahrtspflege habe z. B. früher jede Gemeinde nach eigenem Gutdünken gehandhabt. Die Grundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge, an die sich jede Gemeinde gebunden sei, seien demgegenüber ein Fortschritt, da sie die Gleichmäßigkeit in den Leistungen der Fürsorge in allen Orten gewährleisteten. Die richtige Grenzcheidung zwischen dem zentralen Staatsprinzip und dem dezentralisierten Selbstverwaltungsprinzip, die jetzt verschoben sei, ginge dahin: Die ministerielle Zentrale beschränke sich auf die allgemeinen Grundzüge für die Verwaltung, die Verwaltung selbst aber liege in den Händen der Selbstverwaltungskörper. Staatseinheit und Selbstverwaltung gelangen damit zur inneren Verbindung. Welche politische Bedeutung haben nun diese Gedankengänge im Gesamtrahmen unserer politischen Auffassung? Die Kommunisten wollen den heutigen Staat zerbrechen und dem Erblosen gleichmachen, wir wollen ihn umbilden und, wie das überreichliche Parteiprogramm richtig sagt, den Staatsapparat den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anpassen und ihn als Staatsmittel gegen das Kapital benutzen. Diese Anpassung des Staatsapparats ist nur möglich, wenn wir die organisatorischen Formen bereinigen, in denen die gesellschaftliche Kraft des Proletariats das Höchstmögliche politische Machtwort erreichen kann. Ob dann diese Formen richtig ausgenutzt werden, hängt ab von dem Maße an Kraft und geistiger Reife, die im Proletariat selbst gelegen ist, hier liegt ein gesellschaftlicher Faktor vor, der auch durch die beste Organisationsform nicht künstlich geschaffen werden kann, wie die Erfahrungen der Revolution beweisen. Da aber die Arbeiterbewegung sich jetzt wieder innerlich neu kräftigt und wir in absehbarer Zeit damit rechnen können, wieder einen erheblichen Anteil an der Macht zu erlangen, so müssen wir uns jetzt schon mit der Frage befassen, nach welchen Grundzügen wir diese Macht ausüben wollen, welche Verwaltungsform also den proletarischen Interessen am dienlichsten ist. Denn in der Verwaltung liegt die entscheidende Macht. Von diesem Gesichtspunkte aus folgt als Ergebnis: Die parlamentarische Demokratie, die Demokratie des Stimmzettels genügt nicht, sie soll nicht, wie die Kommunisten wollen, abgeschafft, sondern ergänzt werden durch die kommunale Demokratie. Wir wollen nicht nur die Spitze, sondern die Grundlagen der öffentlichen Verwaltung, nicht nur die Ministerien, sondern auch die Verwaltung und Gerichtsinstanzen erobern. Das hat gerade auch Karl Marx unter dem Eindruck der Erfahrungen der Märzrevolution von 1848 in einer Rede vor den rheinischen Gewisoren besonders betont. Wenn wir in diesem Sinne die Staatsmaschine umbauen werden wir „das alte mosaische Ding, den Staat“, umschaffen in einen Staat des proletarischen Klasseninteresses und haben damit eine Etappe erreicht, von der wir dann weiterhin mit dem neuen Staat auch den neuen Geist und den neuen Menschen bilden können.

## Die Aussprache

wurde vom Genossen Drebusch-Markleeberg eröffnet, der besonders darauf hinwies, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden vielfach praktisch aufgehoben wird durch die Finanznot der Gemeinden, weil ihnen vom Reich und von den Ländern die Einnahmen beschlagnahmt sind, ohne daß entsprechende Zuweisungen erfolgen.

Genosse Freitag wünschte, daß das Referat des Genossen Herz als Broschüre erscheinen möge, damit es die Parteigenossen befruchten könne. In Sachsen habe die Selbstverwaltung mit der Preisgabe der Gemeindeordnung von 1923 durch die damalige Fraktionsmehrheit den schwersten Schlag erlitten.

Genosse Liechmann konnte mitteilen, daß Genosse Herz in nächster Zeit über das Thema eine Broschüre veröffentlichen werde. So bedeutend auch unser Kampf um einen besseren Finanzausgleich und um die Erfüllung der gemeindlichen Wohlfahrtsaufgaben sei, das wichtigste sei doch in einer Gemeindeverfassung, die Form zu finden, die es der Arbeiterschaft ermöglicht, ihren Einfluß in der Gemeinde zur Geltung zu bringen. Darum stehe in erster Linie unsere Aufgabe der Kampf um eine demokratische Gemeindeverfassung.

Genosse Dichte wies besonders auf die Notwendigkeit der Schulung für die Gemeindeverwaltung hin. Auf die praktische Mitarbeit und auf die Beherrschung der Gemeindeverwaltung müsse der größte Wert gelegt werden, wenn sich der Wille der Arbeiter in der Gemeinde durchsetzen solle.

Genosse Schwarzenberger wünschte, daß der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden noch mehr Wert beigemessen werde, als es manchmal bei uns erfolge. Er freue sich, daß der Referent die Probleme schärfer und konsequenter herausgearbeitet habe, als dies kürzlich von seinem Namensbruder geschehen sei.

Genossin Starckmann-Hunger besprach eingehender die Notwendigkeit der Betätigung in der Wohlfahrtspflege, wozu vor allem unsere Genossinnen herangezogen und geschult werden müßten. In seinem Schlußwort hob Genosse Herz hervor, er habe abschließend nicht ein Referat über praktische Arbeit in der Gemeinde, sondern ein politisches Referat über unsere grundsätzliche Einstellung zur Demokratie und Selbstverwaltung gehalten, damit der Parteigenossenschaft diese ersten Voraussetzungen für die Arbeit in der Gemeinde wieder nahegebracht werden.

Wie nach dem Referat, so dankten die Versammelten dem Referenten auch nach dem Schlußwort mit lebhaftem Beifall. Damit war die interessante und höchst anregende Versammlung beendet.

## Rundfunkprogramm

Dienstag, den 27. September. Wirtschaft, 10 Uhr: Wirtschafts- nachrichten: Holz- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmel- dungen des Vorabends. 12.50 und 13.25 Uhr: Geschäftliche Mitteilun- gen. 14.45 Uhr: Wirtschafts nachrichten: Baumwolle, Landwirts- schaft, Berliner Del Noiz und Berliner Butter. 15.30 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 16 Uhr: Wieder- holung von 14.45 und 15.30 Uhr und die tausenden Produktionsbörsen, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 16.08 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft. 17.25 Uhr: Geschäftliche Mitteilun- gen. 18 Uhr: Wirtschafts nachrichten: Letzte Notierungen. Unter- haltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Borausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Huppeld-Edipholon. (Übertragung aus dem Huppeldhaus, Leipzig, Petersstraße 4.) 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Briefe- und Börsenbericht. 16.30-17.25 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Wagnie. Übertragung aus dem Sport- und Modehaus Hermann Mühlberg, Dresden. 17.30-18 Uhr: Releproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.05-18.30 Uhr: Frauenfunk. Frau Dr. Ulrich-Dresden: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenbewe- gung.“ 18.30-18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Esleren und C. M. Welter: Spanisch für Anfänger. 18.55 Uhr: Wetter- vorausage und Zeitangabe. 19 Uhr: Übertragung aus der Staats- oper, Dresden: „Così fan tutte.“ (Es machen's alle.) Komische Oper in zwei Akten von Lorenzo da Ponte. Deutsche Bearbeitung von Ferdinand Levy. Musik von W. A. Mozart. Musikalische Leitung: Fritz Busch. Spielleitung: Otto Erhardt. (Zugleich Über- tragung auf den Süddeutschen Rundfunk, Stuttgart.) 22.15 Uhr: Preisbericht und Sportfunk. 22.30-24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Dresdner Rundfunkkapelle.

## Eingelaufene Schriften

Erwin Kleinknecht, Vom Wesen des deutschen Beamtenums. Ein gesellschafts- wissenschaftlicher und politischer Versuch auf geschichtlicher Grundlage. — Wilhelm Klotz, Der Kampf des normalen menschlichen Individuums (Einzelschritte zur Selbst- und Erlösung). Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W. 8.

Ollo Kühle, Die Revolutionen Europas. Verlag Rader & Co., Dresden.

Wolff Johannesson, Leitlinien für Sprachlehre. Herausgegeben im Auftrag des Reichsausschusses für Bildungsarbeit. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61.

Paul Keller, Die Heimat. Roman. — Hermann Dittl, Fortsetzt den Liebes- Roman „Die gelben Wälder.“ In Ullstein-Verlag, Berlin.

Erhard von Goss, Rosen im Apfelmännchen. Eingewählte Novellen. Verlag Hoff & Beyer, Leipzig.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Pikantes Fleischmus mit Ei und grünem Salat 75 J. Mecklenb. Klopfsbraten mit Kartoffelmus 75 J. Morgen: Gefüllter Weiskohl mit Kartoffeln 85 J. Tiroler Schinkenknödel mit Specktunke 40 J.

## Heinrich Volkmann.

Ein Roman aus dieser Zeit.

Von Erich Grisar.

22) Nachdruck verboten!

Dann aber lächelte sich etwas in ihm. Diese Gesellschaft, die immer wieder sein Glück zerstört, ihn aus dem Arm der Geliebten gerissen, sein Kind getötet, noch ehe es geboren war, diese Gesell- schaft, deren Stille er war, sollte stürzen. Und die Geliebte, deren Nähe er ersehnte, sollte an seiner Seite eingehen in das Land einer neuen Gemeinschaft. Ihre Kinder sollten unter neuen Bedingungen emporenwachsen und frei werden von dem Druß, der ihn immer wieder von seinem Wege abgezogen hatte. Die Arbeit sollte ihren tiefsten Sinn wieder erhalten. Sollte der einzige Weg zum Glück der Menschen werden. Nicht Knechte, Freie sollten an den Maschinen stehen, die bis heute die Menschen geknechtet mit ihrem Tempo, ihrer Kälte, nun aber die Diener, die Freunde der Menschen sein würden.

Nicht mehr der Trug ständig sich entwertenden Geldes, das Schwanken der Spekulation sollte die Massen betäuben. Ware sollte gekauft werden gegen Ware. Arbeit gegen Arbeit, Kraft gegen Kraft, Freiheit gegen Freiheit.

So müßte es kommen. Und überwältigt von seinen Gefühlen, befürt von Gefühlen, in denen die endlosen Heere schaffender Männer sich erhoben, eine neue Zeit emporschoben, schloß er die Tür seiner Bude und stieg hinunter in die Werkstatt.

Er sah die Hände sich müde regen, er hörte das gefühllose Anrücken der Maschinen, doch auch den Trost in den Augen der Männer sah er, er hörte den dumpfen Takt anmarschierender Massen und sein Auge warf den Trost zurück.

„Ich gehöre zu euch, ihr seht alle seine Sinne. Und die Massen verstanden ihn.“

Nachmittags kam Eber, der Schreiner zu ihm.

„Was hast du heute morgen mit dem Direktor gehabt?“

Nicht wichtig. Er wollte seinen Vorwurf gegen den Millstrath. Bald wird er froh sein, wenn er noch was zu geben hätte.

„Gehst los?“

„Nein.“

„Es muß los gehen. Es gibt keinen anderen Weg. Und du gehst?“

„Immer bei Euch. Immer vorne.“

Danke. Ihre Hände fanden sich. Und halt's Maul, wenns so weit ist, sage ich dir Bescheid.“

Jeder ging seinen Weg.

Am nächsten Morgen lebten, von unsichtbaren Händen an- gebracht, überall in den Werkstätten Mafate, die die gleiche Unter- schrift trugen, wie das Flugblatt, das am Tage zuvor ausgeteilt worden.

Die Direktion gab einen Anschlag heraus, daß sie jeden, der beim Ankleben von Flugblättern gefaßt würde, entlasse.

Fünf Minuten darauf lag der Anschlag zerstoß am Boden.

Die Meister wurden zum Direktor gerufen. Der tobte. Stellen Sie den Mann fest, der das gewagt hat. Machen Sie mir den Betrieb sauer.“

Die Meister schauerten sich an. Keiner nannte einen Namen.

Tun Sie Ihre Pflicht. Wachen Sie auf die Leute, schreie der Direktor. Ich mache Sie verantwortlich für alles, was geschieht. Soll leben, daß er sich rechtzeitig aus dem Staube macht, sonst hängt er eines Tages ober an einer Bogenlampe, sagte Meister Frank, als sie in die Werkstatt zurückgingen.

Heinrich wunderte sich nur. Derselbe Mann, der sonst mit dem Direktor durch die und blünn gegangen, der nicht genug auf die Arbeiter schimpfen konnte, die ihm durch ihre Trägheit wieder und wieder die Aussicht auf die Lohngelddienste verlor, war nun blutrünstig, wie er noch keinen Revolutionär gekostet hatte.

„Weiß Gott, es würde nicht schwer halten, das Werk zu erobern. Aber dann, Vorsicht. Doppelte Vorsicht vor diesen Schmeimern, die immer nach dem letzten Schornstein sehen, um zu wissen, wie der Wind weht.“

In der Werkstatt ließen einige Männer, die den Schleiffen umlagerten, häufig etwas verschwinden. Scheinbar interessiert ging er vorüber. Auf seiner Bude angekommen, nahm er einen Spiegel und hielt ihn so, daß man ihn nicht sehen, er aber alles sehen konnte.

Ein altes Seitengewehr kam zum Vorschein. Wahrscheinlich wollte man es härten. Er drehte den Spiegel. Einige andere bestimmten den Meier, daß er ihnen ein Stück Schlauch von der Preßluftleitung abschneide. In das Schlauchende füllten die Männer ein Rief fest ein. So verwandelte sich harmloses Werkzeug zur gefährlichen Waffe.

„Machmachung!“ ging es Heinrich durch den Kopf. „Wohin er nun blüfte, sah er, wie das Volk sich vorbereitete auf den Kampf.“

Er konnte ein selbes Lächeln nicht unterdrücken. Was halfen diese unzulänglichen Waffen gegen gut ausgerüstete Bataillone. Aber sie hoben das Selbstbewußtsein der Kämpfenden. Be- seelten ihren Jörn. Und nur auf den Jörn kam es an. Der war echt. Emporgewacht in jahrlanger Not, gestiftet durch die tiefste Überlegenheit der Herren, genährt durch die Unzulänglichkeit derer, die berufen waren, die Rechte des 1918 mündig erklärten Volkes zu wahren, schickte es sich an, seinen Tisch zu machen.

Furchtbare Rache würde das Volk an all seinen Bedrängern nehmen. Das fühlte er. Das fühlten auch die andern. Unerbitt- lich würde es sein und noch war nicht zu übersehen, wer alles unter den Opfern dieses neuen Ansturms sein würde.

Doch der Ansturm war unermesslich. Der Druß war uner- träglich geworden und der kommende Zustand würde eine Ent- spannung bedeuten für alle.

Tage vergingen. Immer drohender wurden die Stimmen der Massen, die wieder und wieder vor dem Lohnbüro des Werkes sich ballten. Nur mit leichter Mühe konnten die Obkute sie davon zu- rückhalten, in die Stadt zu fluten und sich mit Gewalt das zu holen, was man ihnen verwehrte. Nur die ständig wiederholte Ver- leumdung: „Wir rufen Euch, wenn es so weit ist, dann te den Aufbruch.“

Heinrich, vom Fieber des Aufstandes ergriffen, wie alle andern, wunderte sich, daß man nicht loszuschlag, wunderte sich, daß die großen Arbeiterparteien noch nicht zum Generalaufstand riefen in einem Augenblick, da die Gefahr, die von den Rechtsverbänden drohte, beständig wuchs.

An der Grenze Bayerns sammelten sich die Heere der Reak- tion. Wohl ein Duzend junger Männer, die er kannte, zumeist Schreiber und Kaufleute, ehemalige Offiziere und solche, die es zu werden hofften, hatten sich ihre Papiere geben lassen und waren nach Bayern abgereist.

In Sachsen war die Reichswehr einmarschiert. In Hamburg standen die Arbeiter schon auf den Barrikaden.

Warum zögerte man noch?

Warum?

Sah es nicht aus, als sollte der Sturm vorübergehen? Sollte diese ungeheure Welle der Empörung, die das ganze Volk erfasst hatte, ungenutzt vergehen?

Ausnahmsgesetze waren erlassen worden, die jeden mit dem Tode bedrohten, der es wagte, zum Aufstand zu rufen. (Fortsetzung folgt.)



Finnensfilm und Finnenbühne.

Von Erich Gottgetreu.

Besteht, im Herbst.

Finnland ist kein Filmland — man wundert sich fast, da es geographisch doch zwischen Rußland und Schweden gelegen ist, geistig wohl dem kleineren Nachbar näher lebt als dem großen; dann gäbe auch eine feurige, überwaldete, schwerwellige Landschaft so viel her als Hintergrund und Untergrund. Aber zu beachten ist dies: Alles finnische, auch der Wille zur ureigenen Kunst, ist erst mit der politischen Geburt des Staates im Jahre 1917 wachstumsfähig, freiläufig geworden. Vermutlich werden also auch die anständigen Filme laufen, sobald sich die richtigen Regisseure gefunden haben. Man kann davon überzeugt sein, daß sie da, nur noch nicht an ihrem richtigen Posten sind.

Drei finnische Filmgesellschaften mit einer Jahresproduktion von ungefähr zehn Filmen begnügen sich mit Sagen- und Romanverfilmungen, knüpfen dabei an älteste Traditionen hinsichtlich Darstellung und Manuskriptbearbeitung an — obwohl die Schauspieler außergewöhnlich begabt sind —, die Photographie taugt gleichfalls nicht viel oder vielmehr soviel, wie allerdings auch Geld da ist: wenig; aber es handelt sich hier ja nicht um Gründe und Entschuldigungen, sondern nur um eine Feststellung. Soeben fand die erste Uraufführung der Saison des Suomi-Films, der führenden Firma, statt; der Film hieß „Der Hengschwurm“, und man braucht zu seiner Charakterisierung nur zu sagen, daß zwischen dem Text auch Bilder eingestreut waren.

Vorkünftig hat man also in Finnland mehr Genuß, wenn man ins Theater geht. Das Finnische ist mit seinem Vokalreichtum eine prachtvolle Theatersprache, und man möchte sich ein eventuelles ausländisches Gespielt der Besten Nationaltheater-Truppe, die unter Railmas Leitung ein erstaunlich gutes Ensemble bildet, von diesem Gesichtspunkt aus noch am interessantesten vorstellen. Denn vom Theater dieses neuen Staates gilt, Schein's, dasselbe wie vom Film, man muß warten, die Zeit wird kommen. Dabei bin ich überzeugt, daß das Theater eines dem Staat identische Entwicklung, die sich nicht vorausnehmen läßt, durchmachen wird; Deutschland, wo bisweilen die Bühne das Primat der zeitgeschichtlichen Bewegung hat, ist europäisches Ausnahmeland.

Den Finnen kommt eins zustatten: das ist ihr überall sich zeigender Sinn für Geschmackslos; ihre Dekorationen haben alle jene Einfachheit und diesen unverfälschten Realismus, der dem ganzen Proletariat zu eigen ist. So ist die Bahn frei, und Hoftheater braucht in seiner Form und Verzierungen überwinden zu werden. (Den Mangel an Tradition gibt Funteg, der Opernleiter und Herr über wundervolle Stimmen, für die Oper allerdings als Reparaturman an: Die Freude an der Musik ist groß, nicht so sehr aber die Seligkeit für Mozart. Sollte das nun nicht wieder an „werteren, etwas unheimlicheren Volkscharakter liegen?“ Lebensfälle findet man auf den Brettern und im Zuschauerraum echte Theaterfreude. Das Gute wird, auch vom allerersten Landpublikum, instinktiv gewahrt. Die Gesellschaft ist nicht so gespalten, nicht so kapitalisiert und nicht so proletarisiert wie bei uns; der Bühnen-Querschnitt ist hervorragend. Finnland hat nur eine große Stadt, Helsinki — Helsinki, aber allein zehn sehr anspruchsvolle Stadttheater über die ganze Provinz verteilt, drei Schwedenbühnen und über zwei in der Arbeitertheater, deren Spielgrundlage ein höchst literarisches Repertoire ist, das sich in nichts von dem der Bürgerbühnen unterscheidet. Diese Arbeiterbühnen sind sämtlich Dilettanten-theater und nur einige von ihnen haben ein paar Berufsschauspieler in ihren begeisterten Reihen; gespielt wird meistens im Volkshaus der einzelnen Orte. Eine Kartenzentralsorganisation nach dem Muster des deutschen Volkshausverbandes ist hier fremd, aber finanziell leicht die in Finnland sehr mächtige Sozialdemokratische Partei ihre Unterstützung. Auf der anderen Seite ist auch kein Verzicht möglich mit den zahllosen deutschen lächerlich herumdisputierenden Theaterpielenden „Klubs“: die Finnen sind von Natur aus begabt, und der Ehrgeiz, aus dem Kunstformen gleich einen Hauptberuf zu machen, ist in der Natur seltener als in unseren fasttrauen Städten.

Es geht hier den Dingen wirtschaftlich besser als bei uns. Geht sie hier wie ihnen aber bestimmt ferner als sie von uns. Das Verständnis für die Probleme der Zeit ist vorhanden; Toller, Kaiser, die anderen alle, würden zustimmen sein, wenn sie sehen, wie sie hier auf Arbeiter- und Berufsbühnen gespielt werden. Im übrigen findet man hier alles, was sonst mit Erfolg über die europäischen Bühnen gegangen ist; soeben hat das schwedische Theater „Hänsel und Gretel“ (mittelmäßige) herausgebracht, das Nationaltheater hat u. a. für den Winter Zweis des Jonsens „Wolpene“ und Werfels „Paulus unter den Juden“ gelehrt.

Keine Nationen haben eben erst recht die Verpflichtung, in der Kunst international zu sein; aber ob nun auch die finnischen Stücke gut sind, ist schwer zu sagen, da ja kaum was überlegt wird (während Uba Korra in Berlin alles Wichtigste aus dem Deutschen ins Finnische überträgt), und vom bloßen Sehen her kann man natürlich nicht urteilen. Immerhin scheint es, als ob die Dichter und Schauspieler etwas tragische (und wirtschaftlich unangenehme) Situation witternde in einem kleinen Volke zu sein, die Stücke von Arvi Raiman und Lauri Saarja hindert, so bekannt zu werden, wie sie es vielleicht verdienen.

Arbeitermusikultur.

Die Arbeiterschaft ist in den letzten Jahren mit steigendem Erfolg ein ausschlaggebender Faktor im gesamten Kulturleben, auch dem der Arbeiterkultur, geworden. Es ist ihr vorbehalten, den sozialen Charakter der Musik auszuwerten und sie aus einem Vorbehaltsgut der bestehenden Sichten zum Gemeingut aller zu machen. Beschränkte sich bisher die Arbeiterkultur der Arbeiterschaft im wesentlichen auf die Pflege des Männerchors, nicht so sehr auf die Musikpflege gemeinhin, so ist, in den letzten Jahren erfreulicherweise von einzelnen Arbeiterbrigaden das Interesse für große musikalische Chorwerke, für musikalische Jugendzweige, für instrumentale Musik gemaßt und gefördert worden. Gerade in der Leipziger Arbeiterschaft, deren Konzertpflege für die deutsche Arbeiterschaft Vorbildlich geworden ist, regten sich Kräfte, die das musikalische Ziel weiter zu fester streben und die Aufgaben in ihrer Gesamtheit sowohl vom künstlerischen als auch vom volksbildnerischen Standpunkt aus zu erfassen suchten.

So entstand der Gedanke, die in der internationalen Arbeitermusikbewegung wirkenden Kräfte zusammenzufassen, um dadurch zu einer Einheit und Klarheit der künstlerischen Absichten und zum Bau einer Organisation zu gelangen, die zur Schaffung einer lebendigen Arbeitermusikultur der Arbeiterschaft unumgänglich ist. Die ersten Schritte zur Verwirklichung dieser Absicht sollten auf einem Arbeitermusiktag in Leipzig getan werden. In einer von Leipzig Genossen einberufenen Sitzung, zu der Einladungen an die Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft und an führende Persönlichkeiten der Arbeitermusikulturbewegung ergingen und die am 9. April 1927 in Leipzig unter Leitung der Genossen Weimann-Berlin, Dr. Bist-Wien, Dr. Rein-Weimar, Licht, Didiem und Bauer-Leipzig stattfand und an der sich aus persönlichem Interesse heraus auch Prof. Dr. Straube beteiligte, wurden die ersten Vorberatungen gepflogen und alleseitig die Anregungen auf Ausbau der Arbeitermusikultur lebhaft begrüßt. Man kam

in den Beratungen zu dem Ergebnis, daß die Musikpflege nicht losgelöst werden könne von den anderen Kulturzweigen, in denen sich die Arbeiterschaft bildet und die sie fördert, und einige sich, als die gegebene Organisation zur Inangriffnahme der Arbeiten den Sozialistischen Kulturbund und ins Auge zu fassen und den Gedanken auf einer besonders einberufenen Tagung der Chorleiter und Vertreter der Bildungsorganisationen anlässlich der Frankfurter Musikwoche weiterzuspinnen.

Anfang August hat in Frankfurt die Tagung stattgefunden, auf der Genosse Dr. Kestenberg-Berlin ein grundlegendes Referat über „Volksmusikultur“ erstattete. Nach längeren Beratungen kam man zu dem Ergebnis, einen Ausschuß beim Sozialistischen Kulturbund unter Heranziehung aller in Frage kommenden Organisationen (Arbeiter-Sängerbund usw.) einzusetzen und diesem die weiteren Vorarbeiten zu übertragen.

Es ist erfreulich, daß die von Leipzig ausgegangene Anregung auf einen fruchtbaren Boden gefallen ist. Zu wünschen ist, daß die Bearbeitung der Aufgaben sowohl nach ihrer problematischen wie auch nach ihrer technischen Seite hin mit aller Energie aufgenommen und weitergeführt wird, damit die Arbeiterkultur der Arbeiterschaft in nicht zu ferner Zukunft dem bürgerlichen Konzert- und Musikbetrieb der Gegenwart mit seinem rein geschäftlichen Hintergrund und seinem Star- und Wettbewerbsystem ein Paroli bieten und führend mitwirken kann an der Neugestaltung und Neuformung des Musiklebens.

Die erfolgreiche individuelle und kollektive Gestaltung der Musikpflege des Proletariats hängt ab von der musikalischen Jugendzweige in der Volkshochschule, in Jugendchören (Kammermusikalisch und volkstümlich), von der Weiterentwicklung der Arbeiterchöre (Oratorien, Madrigal, Massensätze), von der Pflege des Instrumentalmusikens in Musikgruppen (Arbeiterkammerorchester), von der Erkenntnis der sozialen Werte der Musik und ihrer Auswertung (proletarische Musikfest), von der programmatischen Musikermittlung unter Ausschaltung der Spekulation (Gründung von Musikgemeinschaften, Jugendnachmittage, Musikergiebungsende, Rundfunk) und schließlich nicht zuletzt von der Lösung der organisatorischen Aufgaben (Schaffung einer Zentralstelle zur Beseitigung der Zerplittertheit der Kräfte, einheitliche Richtlinien für die künstlerischen Absichten und Ziele, gemeinsames Arbeitsprogramm, Austausch von Ideen und Erfahrungen, Herausgabe eines Mitteilungsblattes usw.).

Kleine Chronik.

Beginn der Konzertzeit. Der Klavierabend von Elisabeth Krauth eröffnete soeben die Saison und begab sich, das ist neu und also bemerkenswert, im Welken Saale des Zoo. Günstig ist der Raum nicht. Der hintere Teil des Podiums mit den Vorhängen verdeckt viel Klang. Doch hörte man dafür an feinen Stellen die Anstrengung eines Gelangvereins im großen Saale. Im übrigen hörte ich keine Notwendigkeit heraus, daß Kräulein Krauth ihr wackeres Durchspielen eines soliden Programms der Offenheitlichkeit darbietete. Alles bewegte sich in einem flachen trockenen Mittelmaß; die Schlässe veränderten; agilen, mollusksich ließen die Nummern ab.

Wichtig für die Ausführenden, wenn auch noch nicht ethendend für die Hörer, das letzte Erwerbungsprogramm. Auf die Bedeutung und gute Wirkung des Unternehmens würde im Fall dieses Jahres hingewiesen. Und wenn ich damals schrieb, daß dieses aus erwerbslosen Musikern gebildete Orchester durchaus den Anforderungen für eine gute Varietät genügt, so bleibt das bestehen. Die Konzerte können ja nun im Winter in die Säle verlegt werden, ohne ihren Charakter als Nebenkonzert zu verändern. Denn Fortschritt seit damals kann ich nicht feststellen. Das etwas primitive Tätigkeitsverhältnis zwischen Dirigenten und Orchester besteht noch unverändert. Man musiziert ein wenig fleißig. Das machte natürlich den Wendelsohn langweilig und den Licht-Reiter am Schluß plump. Am besten geriet Max Steinigers sehr gefühlvolle Opern-Quartette, am wenigsten klanglich gebunden die Begleitung zu den Liedern der Janowsta. H. W.

Die Bohème, jene Oper, in der Puccinis musikalische Psychologie Triumphe der Wesensgleichheit von Figur und Melodie feiert, hörte ich in einer gelanglich und ordentlich ausgeführten Aufführung. Felix Jochels Rudolph plänt noch mehr als sein Turbuld. Ist wünscht man, er dämpfte an manchen Stellen, der Situation wegen, die erscheinende Schönheit seiner hohen Töne. Winda Thiele überzeugte mich als Muffete leichter als in anderen Figuren. Das Rühle und Erreichte des Spiels und ihres sauberen Gelangs traf ungefähr den verlangten Typus. Die Mimik aber der Gerö war das Kostbarste des Abends, sie stellt in Ton, Bewegung und Miene einen rührend echten Menschen auf die Szene, so leise erblühend wie verfinstert. Neben ihr muß ich das Orchester nennen, das diesmal mit sehr befriedigender Präzision und Distinktion begleitete. Oskar Braun hält die Tempi wunderbar zusammen, paßt so scharf auf jeden Rhythmus, daß der von manchen wegen allzu viel Schmelzendem geschmähte erste Akt unter ihm durchaus beschwingt, ohne ein Unheil Sentimentalität erlittig. (Schabe, immer wieder, daß das dritte Bühnenbild an Altränderer Lebtuchen erinnert.) H. W.

Alles Theater. Für Anfang Oktober wird Ernst Tollers neues Werk „Hoppla, wir leben!“ in der Inszenierung von Alwin Kronacher vorbereitet. — Alice Schnoor und ihre Tanzschülerinnen veranstalten Sonntag, den 9. Oktober, im Alten Theater eine Tanzmorgenfeier.

Filmchen.

Die beiden komischen Figuren Pat und Patagon hatten sich durch alljährliche Heranziehung ihrer Motive schon ein bißchen abgenutzt und waren ausgleichig geworden. Jetzt, da sie am Nordpolfestrande austauschen, Patagon der Dide, immer noch verstimmt, der lange Pat mit den ewig traurig-treuen Hundeaugen, entdeckt man von neuem, daß ihre Komik doch nicht ohne tiefere Bedeutung ist. Sie verfürpern die Menschen, die sich zwar lieben, aber durch Schikane das Leben schwer machen. Man findet hier Momente, die, nicht um der äußerlichen Reminiscenz willen, Chaplins würdig sind. So z. B., wie den beiden das Haus im Wirbelsaum davon liegt und sie, vom Sande fast verflüchtigt, darüber streiten, wer die Tür zumachen soll. Mit hülfen, auf Menschenbeobachtung beruhenden Mitteln hat man hier ein zu respektierendes Ergebnis erzielt. (Emella.)

Die drei Grundbedingungen des guten Films (Logik, Spannung, Tempo) werden in Püsch und Püschowski erfüllt, und überdies findet man hier noch eine selten glückliche Darstellung. Aber dieser Film hat das Pech, ein Mädchenhändlerfilm zu sein und außerdem die relativ abgegriffene Pointe zu verwenden, daß die Tochter des Mädchenhändlers in eine der Gruben fällt, die ihr Vater zu graben pflegt. Die Polizeibehörden bejammern es zum mindesten als sehr fragwürdig, ob es einen (gewaltsamen) Mädchenhandel gebe, die Anhänger der inneren Mission als absolut gewiß. Im Streite der beiden Meinungen sagte bisher als lagendes Drittes (schon sehr oft) das Kino. Schenswert ist der Film der beiden Gegenspieler wegen: Ernst Deutsch als glitzer, nach oben strebender, doch stets betrogener Betrüger, und der brutale, blutjauger Steinrück, der sich abends in den behäbigen Familienpieler verwandelt. (U. T. D. S. P. I. o.)

Der kleine Spagh.

Von Pierre Descaves.

Mit seiner hohen, vergitterten Umarmung gleicht der Flugplatz des 10. Artillerie-Fliegerregiments vor den Toren des rheinischen Dörfchens einem riesigen Vogelkäfig — nur daß man statt Vogelgefangenes nichts als das Schnauben der Motoren hört.

Eine Gruppe von Soldaten, wie verloren auf dem weiten Landungsplatz, verhandelt eifrig: die „Alten“ instruieren die „Neuen“, die erst gestern zum Ertrag aus Frankreich gekommen sind. „Seht doch“ sagte einer der Neuen, „wer ist nur der kleine Keel, der uns überall nachläuft?“

Wirklich, seit über einer Stunde schon folgte ein wildiges Büßchen ihnen auf dem Fuß, wie einer, der dazugehört. „Das ist unser kleiner Spagh, unser „Wagelchen“; fast hätten wir vergessen, auch den an euch abzuliefern!“

Ein Alter tritt aus der Gruppe heraus und zieht das Kind liebevoll zu sich, während der andere fortfährt:

„Das ist der Junge vom Sergeanten Lesfore, der hier voriges Jahr umgekommen ist. Man sieht noch die Spur des Unglücks. Wie ein Flug hat das Flugzeug eine tiefe Furche in den Boden gemacht; man hat sie nicht wieder aufgefüllt, und so blieb es ein schlechtes Loch, das man liegen ließ. Die Mutter ist Deutsche, sie ist die Tochter des Wirts, der die große Kantine am Ausgang des Flugplatzes hat, da, wo wir gestern Abend unseren Vorkranz.“

„Aber ihr habt sie ja auch gesehen — erinnert ihr euch, jene große, bleiche Frau, die öfters durch den Saal kam, wo wir tranken? Das ist sie. So ist sie seit dem Tode Lesfores! Ihr werdet sie greifen: sie standen eben vor der Hochzeit! Sie hätten ein hübsches Paar gegeben, schöne, stattliche Menschen, alle beide! ... Ein Verlust für den Flugplatz! ... Wir haben den Jungen übernommen. Es ist, als ob er unter Nooptikind wäre! ... Das Leben ist nicht rosig für ihn; er hat nur noch seinen Großvater, der ein verschlossener, alter Mann ist, und seine Mutter, deren Verstand gelitten hat.“

„Ach, Lesfore war so stolz auf diesen tüchtigen, geschickten, kleinen Schlingel! ... Man hatte ihm beigebracht, zu sagen, wenn sein Vater flog, was die kleinen Christen sagen, wenn ihr Vater gestorben ist: „Er ist im Himmel! ...“ Als Lesfore nicht mehr zurückkam, konnte das Kind ruhig weiter so sagen! ... Und das war vielleicht noch ein Grund mehr, an ihm zu hängen! ... Es gibt nicht viele Jungen, für die das Vatermörder diesen ausgeprochenen Sinn hat! ...“

Die kleine Waise ist sonderbar gekleidet. Aus einem alten Fliegeranzug hat man ihm eine Art Kittel zusammengeschultert, und aus dem Überrocken eines alten Wollensrocks hat man eine Soldatenmütze gemacht, die ihm über die Augen fällt. Sein Alter? ... So etwa neun Monate nach der Befehung.“

Unterdessen ist der Dienstäler weitergegangen und teilt rasch seine Befehle aus. „Hierin einen Posten, einen anderen dort unten hin! — Bericht an das Magazin!“

Dann fährt er fort: „Am auf den Kleinen zurückkommen — ich brauche nicht zu sagen, daß er nichts vom Tode seines Vaters weiß! ... Er hat noch viel Zeit, zu erfahren! ... nicht wahr? ... Da ist das Alarmsignal für Feuergefahr! Also, selbstverständlich, wir legen euch den kleinen Spagh ans Herz! ...“

Der kleine Spagh musterte verstohlen die Unbekannten, denen er anvertraut ist. Die Bekanntheit ist schnell gemacht, er läßt sich von zwei jungen Soldaten bei der Hand fassen, die ihn zwischen sich nehmen; über seinen Kopf weg, läßt sie sich zu! ... Sofort ist ihnen der Gedanke gekommen, ihn als Dolmetscher zu benutzen: „Sag uns, Spagh, bist du ein Franzos oder ein Deutscher?“

„Ich bin Flieger“, sagt das Kind und redt sich hoch.

Früh am Nachmittag ist der kleine Teufel wieder zum Flugplatz zurückgekommen. Durch eine Luke im Baum schlief er sich ein — aber dann läuft er frei herum. Wenn er auch ein paar neue Köpfe sieht — die Arbeit, die Uniform ist die gleiche geblieben. Und so bleibt für ihn alles beim alten. Er setzt sich auf seinen Platz, in die Nähe des Apparates, der Stärke und Richtung des Windes anzeigt; die Hände in die Taschen, mit gerümpeltem Rücken legt er den Kopf auf die Seite, wie um den Himmel auszufundschaften. Er hat ein Matten gehöhrt, und schon steht er auf und schreit: „Ein Flieger!“

Die Nase in der Luft, verfolgt er alsbald den Apparat. Aus der Art, wie dieser zur Erde gleitet, errät das Kind den Landungsplatz; und noch ehe die „Neuen“, die seine Erfahrung in Stammen steht, zur Stelle sind, läuft er dem Flugzeug entgegen, das schwankend hinter den Baracken landet. Aus der Gondel kommt mühsam ein formloses Etwas heraus. Man könnte es für einen Taucher halten, der sich in die Lüfte gesenkt hat und der nun wieder zutage kommt.

Der kleine Spagh hat sich in die erste Reihe gedrängt. Wenn das endlich sein Papa wäre! Denn er wartet immer auf ihn, und die gleiche Erwartung, die alle tragen, gibt seiner Hoffnung immer wieder Nahrung. Aber als der Pilot seinen Helm und seine Brille abgenommen hat, ist der Kleine wieder einmal enttäuscht. Trotzdem mag er zu fragen: „Hast du meinen Papa dort oben nicht gesehen?“

Der Flieger, der nicht zum Geschwader gehört, lächelt und ärgert mit der Antwort, während die anderen versuchen, die Aufmerksamkeit des Jungen abzulenkten, wie man ein Kind von einem Schauspiel entfernt, das es nicht sehen soll. „Seht spielen, Spagh, hier ist kein Platz für dich!“

Der Spagh bleibt hartnäckig stehen. „Komm, hilf uns!“

Das hilft. Glück, daß er sich nichtlich machen darf, spannt sich der Junge vor den Apparat, den man in den Schuppen stellt.

Am Abend bringen die Soldaten ihren kleinen Gefährten in das Wirtshaus zurück. Hier dient er zunächst als Dolmetscher zwischen ihnen und einem därtigen, schweigenden Koloss, seinem Großvater. Der große Bayer scheint ganz schüchtern seinem Enkel gegenüber. Dieser Irwish, dieser behende und wiffige kleine Keel beunruhigt ihn und beglückt ihn zugleich. Aber eine Frau kommt jetzt heran, wie wenn sie ihr Eigentum zurücknehmen wollte, das sie diese fremden Leute fortgenommen haben. Schon ist der Kleine in ihren Armen und erkärt ganz schnell auf deutsch: „Mütterchen, der Korporal Benoit will mich mitnehmen, wenn ich zehn Jahre alt bin, weil man nicht früher fliegen darf! Dann besuche ich meinen Papa, der dort oben immer Dienst machen muß.“

Die Soldaten sehen schweigend die Frau mit dem selbstvollen Antlitz an, und auch sie sieht sie an, ohne ein Wort zu sagen — aber in ihren Augen ist eine unendliche Dankbarkeit für ihre Mühe, für ihre hellen Lüge! ... Sie möchte sie anders, besser ausdrücken, sie sagt noch: „Sie trinken ein Glas mit uns?“

Sie beraten untereinander und nehmen schließlich an. „Da kann man nicht Nein sagen.“

Einer der Soldaten zieht das Kind zwischen seine Arme, streichelt ihm über die Haare, hält es so eine Zeitlang fest, und beunruhigt sein Angestimm; als ob er Angst hätte, ihn zu früh in die Lüfte fortfliegen zu lassen — diesen kleinen Spagh, der ihnen in Wahrheit vom Himmel gefallen ist! ...

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.)





Elektrisches Licht im Hinterhaus.

Ja, liebe Nachbarn, man kann im Hinterhaus so manche Vorteile genießen, besonders, wenn man einen Wirt hat, der mit fast väterlicher Sorge um das Wohl seiner Mieter besorgt ist.

Doch nun zum Licht! Liebe Nachbarn, wir bekommen nämlich eine Treppenbeleuchtung. Das Gas auf der Treppe war auch wirklich eine Schande.

Oberliebe Nachbarn, wie fein das ist z. B., wenn ER einmal später nach Hause kommt und dann natürlich auf unserer Treppe alles im Finstern verträumt ruht und plötzlich geht doch noch das Licht an.

Und als wir das gehört haben, da haben wir uns alle schnell gedacht, was unser Wirt doch für ein Knoten ist.

Heinrich Teubers letzter Gang.

In der Stille des Krematoriums hatten sich am Sonnabend die Angehörigen und nächsten Parteifreunde Heinrich Teubers versammelt, um von dem, was sterblich an dem schlachten, aufrechten Kampfgenossen war, Abschied zu nehmen.

Unter den Harmoniumklängen „Ein Sohn des Volkes“ sang der Sarg mit der sterblichen Hülle Heinrich Teubers in die Tiefe.

Ein platter Justizbeamter.

2 Jahre Zuchthaus für Große! 13 Monate Gefängnis für Meyer!

Der dritte Verhandlungstag begann mit der weiteren Aufklärung des Verhältnisses Großes bei den „erfolglosen“ Pfändungen. Sie förderten nichts wesentlich Neues zutage.

Das Wädover des Staatsanwalts. Der Staatsanwalt bezeichnete diesen Bestechungsprozess als einen kleinen Teilschnitt aus dem Treiben Meyers.

Schutz gegen Kinderlähmung.

Wie schützt man Kinder?

Vom Stadtbezirksarzt wird der Presse über die spinale Kinderlähmung und die gegen sie zu ergreifenden Schutzmaßnahmen mitgeteilt:

- 1) das erkrankte Kind, und zwar ganz besonders in den ersten Stadien der Erkrankung, in welchen neben Fieber hauptsächlich katarrhalische Erscheinungen (Schuppen, Nachen, Husten, Niesen, Augenbindehaut, seltener Magen- und Darmkatarrhe) vorhanden sind, Lähmungen aber noch vollständig fehlen können;

Vorsichtsmaßnahmen zu a: Bei jedem plötzlich an Fieber mit katarrhalischen Erscheinungen erkrankenden Kinde ist zur Zeit an die Möglichkeit einer Erkrankung an spinale Kinderlähmung zu denken.

Gefährdet ist hauptsächlich das Kleinkind, schon weniger das Schulkind, am wenigsten der Erwachsene. Man vermeide es, Kleinkinder, möglichst auch Schulkinder, in Massenansammlungen von Kindern, aber auch in Massenansammlungen von Erwachsenen zu bringen.

Am zweckmäßigsten ist es, wenn sich die Familie, soweit dies möglich ist, auf den Verkehr im eigenen Kreise beschränkt.

Kunden, die Konjunktur strupplos auszunutzen. Der Staatsanwalt wies auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme nach, daß Meyer und Große sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben.

Das Urteil ging unter die Strafanträge. Das Gemeinsame Schöffengericht verurteilte Große, juristisch dem Staatsanwalt folgend, zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und 150 M. Geldstrafe; die Bestechungssumme von 200 M. verfiel dem Staat.

In der Urteilsbegründung wurde das Hauptgewicht auf die ideellen Schäden gelegt, die durch diese Durchschieberien entstanden seien. Das Ansehen der Beamten sei schwer geschädigt und das Vertrauen zur Gerichtsvollzieherei wäre erschüttert.

Rechtsanwalt Ewald, der sich in letzter Zeit gegenüber dem Gericht ein Verhalten erlaube, das wir am Sonnabend, als empörend kennzeichnen mußten, verfuhr gleichfalls, sich in der widerlichsten Weise an der Presse zu reizen.

Für Schulfreiheit und Schulfortschritt. Die 5 Bezirksverbände, die der Leipziger Lehrerverein in Verbindung mit den weltlichen Elternräten am 23. September in 5 großen Sälen Leipzigs veranstaltete, nahmen einen glänzenden Verlauf.

Neuer weltlicher Sieg in Lindenau. Trohdem die weltliche Elternschaft des Westens schon in der christlichen Elternversammlung am Mittwoch so stark vertreten war, daß die Leitung derselben polizeilichen Schutz herbeifolte und eine Resolution gegen den Entwurf gegen wenige christliche Stimmen angenommen wurde, gestaltete sich auch die vom Leipziger Lehrerverein und den weltlichen Elternräten des Westens einberufene Versammlung am Freitag, dem 23. September, im Deutschen Haus zu Lindenau zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den reaktionären Reichsschulgesetzentwurf.

Steigende Butterpreise. Auf dem Buttermarkt macht sich zur Zeit eine Preissteigerung bemerkbar, wie sie seit längerer Zeit nicht zu verzeichnen war.

Table with 3 columns: Date, I. Qualität, II. Qualität, III. Qualität. Rows for dates from 21. Juli to 26. September.

Die Notierungsberichte lauten für die Verbraucherseite ungünstig. Am 24. September wird von Berlin berichtet: „Die Aufwärtsbewegung am Buttermarkt macht weitere Fortschritte.“

Ein Geflügelpark errichtet der Leipziger Geflügelzüchterverein e. V., Geschäftsstelle Leipzig, W 31, Bauhofsstraße 15, auf Marktlebener Platz.

statt. Die Kinder sollten deshalb viel ins Freie gebracht werden, aber auch hier ist vor unnötigen Zusammenkünften zwischen den Kindern verschiedener Familien zu warnen.

In Wohnungen ist auf gute Durchlüftung und peinlichste Sauberkeit besonders zu achten. Zahn- und Mundpflege, fleißiges Gurgeln, sorgfältige Körperpflege, größte Reinlichkeit, fleißiges Händewaschen, namentlich nach Berührung von Kindern, sind selbstverständliche Unterstüzungsmittel im Kampfe gegen die Krankheit.

Der Stand der spinalen Kinderlähmung. Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.

Am 24. September ist ein Jugungs von 13 Krankheitsfällen zu verzeichnen, davon sind 5 in Krankenhausbehandlung. Insgesamt liegen 124 Krankheitsfälle vor, davon werden 82 im Krankenhaus behandelt.



# Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Saugh. Morgen Dienstag, 19 Uhr, im Rathaus.

Wohlfahrtspflege.

Heute 20 Uhr im Gartenhof des Volkshauses Vertrauensleute und Distriktsvorsteher. Parteibuch dient als Ausweis.

Frauen.

Alt-Leipzig. Mittwoch, 28. September, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2. Bericht der Genossin Schult vom Stenografenkurs. Gäste willkommen!

Thonberg-Neurudnik. Dienstag, 27. September, 20 Uhr, im Himmelreich Frauenabend. „Genossin“ Nr. 9 ist mitzubringen. Gäste willkommen!

Entscheid. Montag, 26. September, 20 Uhr, im Golenischischen. Vortrag der Genossin Hammermeister: „Unfreiwillige Mutterschaft“ Gohlis. Die Genossinnen, die sich am 2. 10. an dem Ausflug nach Köhler beteiligen wollen, melden sich bis Mittwoch bei der Genossin Boldt oder in der Volkszeitungskassale. Fahrpreis und Mittagessen 2.50 Ml.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Sonntag, den 2. Oktober, Ausflug der Frauengruppe Groß-Leipzig nach dem Gewerkschaftshaus Köhler. Genossinnen, die sich daran beteiligen wollen, müssen sich bis spätestens Mittwoch, den 28. September, beim Genossen Schindrodt, Filiale Obermannstraße, oder beim Genossen Vogt, Filiale Weissenfeller Straße, melden.

Connewitz. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Golenischischen, Bornaische Straße, Frauenabend. Wir wollen uns über einen Ausflug unterhalten.

Grotzsch. Morgen Dienstag, 20 Uhr, Frauenabend im alten Schützenhaus. Vortrag des Gen. Lehrer Bauer.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Wahlung. Kassierer! Am Freitag, dem 30. September, findet im Städtischen Jugendheim, Töpferstr. 2, Zimmer 8, eine Kassierer-Zusammenkunft statt. Alles Nähere aus dem Rundschreiben ersichtlich. Beginn 19.30 Uhr. Erscheinen aller Kassierer der Gruppen erwünscht, im Verhinderungsfalle ist ein Vertreter zu entsenden.

Jungsozialisten.

Eiden. Heute abend, 20 Uhr, Schornhorststr. 27. Bericht von der Landeskonferenz. Jeder muß erscheinen, da wichtige Parteiarbeit zu leisten ist.

Lindenau. Mittwoch, 19.30 Uhr. Vortrag des Gen. Raumann über den Bitterbund. Gäste herzlich willkommen.

Genossenschaft.

Veranstaltungsankündigungen siehe im heutigen Inseratenteil.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Entscheid. Eltern, welche ihre Kinder in den Ferien 4 Tage mit nach Döberitz schicken wollen, sind zu einer Aussprache am Dienstag, dem 27. September, abends 19 Uhr, in der Bibliothek eingeladen.

Deutsches. Dienstag, 8 Uhr, Treffen der Kinder über 10 Jahre an der Schule zum Spaziergang. 20 Pfg. mitbringen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung 1. Montag, den 28. September, 20 Uhr, Monatszusammenkunft im Volkshaus.

Abteilung 6. Heute Montag abend, 19.30 Uhr, Monatszusammenkunft mit Frauen in Ostende, Döberitzstr.

Mitglieder-Veranstaltungen

Schönefeld. Heute, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus: Mitglieder-versammlung.

# Reichsschulgesetzentwurf

und die Gewissensfreiheit der Eltern.

Dem neuen Entwurf zum Reichsschulgesetz wird nachgerühmt, er bringe endlich Gewissensfreiheit für die Eltern und gebe jedem das Seine. In Wirklichkeit ist es anders. Überall dort, wo Eltern einer religiösen oder, was gleichbedeutend ist, einer weltanschaulichen Minderheit die vorgeschriebenen 40 Stimmen für eine Sonderschule nicht zusammenbringen, wird das Wort von der Gewissensfreiheit zur leeren Phrase. Sie müssen dann ihre Kinder in Schulen schicken, in denen sie in allen Fächern „gemäß dem Glauben“, der ihnen widerstrebt, oder in einer „Weltanschauung“, die sie nicht wollen, unterrichtet werden. Sie werden ihre Kinder von dem betreffenden „Bekennnisunterricht“ abmelden — und wenn sie einer Religionsgesellschaft angehören, Minderheitsreligionsunterricht verlangen können, aber daß ihre Kinder in den anderen Fächern vergewaltigt werden und einen doppelten Gesinnungsunterricht erhalten, einen ungewollten und einen gewollten, darf „ihre Gewissensfreiheit“ nicht bedrücken. Und wie steht es mit dem gleichen Recht für alle? Der Gesetzesentwurf macht 3 Abstufungen. Die Eltern, die ihre Kinder bekennnislos erziehen wollen, können für sie keinen Gesinnungs- oder religionsgeschichtlichen Unterricht erhalten. Sie werden mit dem Makel der Religionsfeindschaft behaftet. Die Eltern bestimmter Weltanschauungsgruppen, die ihrer Struktur nach den Religionsgesellschaften gleich zu achten sind, kön-

# Die Ursache des Schleizer Flugzeugunglücks.

Noch keine restlose Klärung.

SPD Die Untersuchung des bei Schleiz verunglückten Verkehrsflugzeuges durch die Sachverständigen der Deutschen Luftkassa, des Reichsverkehrsministeriums, der Versuchsanstalt für Luftfahrt und der Dornier-Werke in Friedrichshafen haben eine einwandfreie Klärung der Ursache des schweren Unglücks noch nicht erbracht. Aus dem vorläufigen Bericht der Untersuchungskommission geht hervor, daß an scheinbar der Propeller kurz nach dem Start des Flugzeuges in Leipzig-Schleußig irgendwie eine Beschädigung erlitten haben muß, die nicht bemerkt wurde. Diese Beschädigung scheint dann nach etwa einstufiger Fahrt zur Folge gehabt zu haben, daß ein Stück des Propellers abgebrochen ist. Dadurch ist eine zu starke Beanspruchung der Tragflächen eingetreten. Infolgedessen scheint sich eine der Stäben der Tragfläche gelöst und die Tragfläche selber durchgehoben zu haben. Dadurch geriet Luft in die Tragfläche, worauf wahrscheinlich auch die zweite Stäbe brach und die eine Seite der Tragfläche abbrach. Das hatte natürlich den sofortigen Absturz des Flugzeuges zur Folge, so daß eine Notlandung, wie sie der Flugzeugführer allen Anzeichen nach noch versucht hatte, nicht mehr möglich war. Die Überreste der verunglückten Maschine sind am Sonnabendmittag gesammelt worden und werden nach Berlin in die Versuchsanstalt für Luftfahrt gebracht, um dort einer genaueren Prüfung unterzogen zu werden. Die Annahme, daß der Piloter plötzlich von einem Unwohlsein oder einem Herzschlag betroffen worden sein könnte, wird von der Luftkassa mit dem Hinweis abgelehnt, daß dann der Bordmonteur in der Lage gewesen wäre, die Maschine weiterzuführen und mit ihr zu landen. Trotz des Unglücks bei Schleiz wies am Sonnabend sän-

tlige von Berlin abfahrenden Flugzeuge keine geringere Zahl von Fahrgästen auf. Durch das Unglück von Schleiz treten die Versicherungsgesellschaften, die für jeden Flugzeugreisenden im Fahrpreis enthalten sind, voll in Kraft. Der Reisende ist für den Fall des Todes oder der dauernden Invalidität mit 25 000 Mark versichert. Auch Flugzeugführer und Bordmonteur sind außer in der Reichs-unfallversicherung noch in einer Privatversicherung. Das Flugzeug selbst ist mit der vollen Summe seines Wertes versichert. Da dieser für das verunglückte Flugzeug 100 000 Mark beträgt, und für jeden der sechs tödlich Verunglückten je 25 000 Mark fällig werden, so wird die Versicherung durch das Unglück mit einer Viertelmillion Mark belastet.

MIV Schwerin, 2. September.

Der Sarg mit den sterblichen Resten des verunglückten deutschen Volkshäufers Freiherrn von Malitzan traf Sonntag 16.17 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge über Berlin auf dem Bahnhof Volkstrasse ein. Der Bruder des Verstorbenen und dessen Gattin waren auf dem Bahnhof anwesend, von wo aus die Leiche mit einem Leichenwagen nach dem 4 Kilometer entfernten Groß-Ludow, dem Gute des Vaters des Verstorbenen, übergeführt wurde, wo die Beerdigung stattfinden soll.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend um 10.45 Uhr in Stettin, als das fahrplanmäßige Flugzeug nach Stettin starten wollte. Während die beiden Motoren die üblichen Probetouren machten, wurde der Bordmonteur Walter Harber von einem der Propeller getroffen und ins Wasser geschleudert. Da er anschließend durch den Schlag des Bewußtseins verloren hatte, verlor er sofort und war nicht mehr aufzufinden.

Stadtschulgeschichtliches Museum. Die Sonderausstellung „Aus den Verlagsarchiven alter Leipziger Firmen“ ist Sonntag, den 2. Oktober, zum letztenmal zu besichtigen.

Stadtschulgeschichtliches Museum. Öffnungszeiten vom 1. Oktober bis 31. März: Sonntags 10 bis 13 Uhr, Montags 12 bis 15 Uhr, Dienstags bis Sonnabends 9 bis 14 Uhr. Eintritt frei, nur Montags Erwachsene 1 Mark, Kinder 20 Pfennig.

Schülerinnen der städtischen und privaten 8-klassigen höheren Lehranstalten. Infolge des Schulstufens müssen die von der Berufsberatungstelle Leipzig und Umgebung für die Zeit vom 28. September bis 24. Oktober 1927 angekündigten berufsunfähigen Aufklärungsvorträge bis auf weiteres verschoben werden. Die späteren Termine werden wiederum durch die Schulen rechtzeitig bekanntgegeben.

Der linke Fuß abgequetscht. In einem Fabrikbetriebe in Wiederritz ereignete sich am 22. September ein schwerer Betriebsunfall. Einem 23 Jahre alten Maschinenführer wurde von einer Furniermaschine der linke Fuß abgequetscht. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht, wo ihm der Fuß amputiert werden mußte. Vermutlich ist der behauerliche Unfall dadurch entstanden, daß ein an der gleichen Maschine mittelgeschäftiger Tischler den Jurrus des Verletzten, den Ganghebel der Maschine auszuschießen, im Geräusch des Betriebes nicht gehört hat.

# Polizeinachrichten

Von einem Motorradfahrer umgefahren. Zeugen gesucht! Am 31. August, in der 17. Stunde, wurde in der Kaiser-Wilhelm-Straße vor dem Grundstück Nr. 28 eine Frau von einem Motorradfahrer umgefahren. Bei dem Sturze zog sie sich eine stark blutende Wunde am Hinterkopf zu. Sie wurde von dem Motorradfahrer mit Hilfe von Passanten zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der ihre sofortige Ueberführung ins Krankenhaus St. Jakob anordnete. Zur Zeit ist sie noch nicht vernehmungsfähig. Zur Klärung der Schuldfrage werden Zeugen des Unfalles gebeten, sich beim Kriminalamt oder der nächsten Polizeidienststelle zu melden.

Warnung vor Handtaschendiebstahl! Am 20. September, in der 19. Stunde, hatte sich eine Frau auf eine Bank in den Anlagen des König-Albert-Parkes gesetzt, um auszuruhen. Nach kurzer Zeit bemerkte sie ein Rascheln im Gebüsch. Sie drehte sich schnell um und bemerkte einen unbekannten Mann, der mit einer Hand nach ihrer Handtasche, die neben ihr auf der Bank lag, griff. Schnell rief sie die Tische an sich und stürzte auf, worauf der Unbekannte flüchtete. Er war etwa 40 Jahre alt, mittelgroß, ziemlich stark, blickte mit brauner Manischesterhose, graubraunem Sportjackett, grauem Blazer mit schwarzen Streifen und Wildgamaschen. Vor dem Unbekannten wird gewarnt. Zu seiner Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Bermittelt wird seit dem 16. September die 18 Jahre alte Silke Minna Kirpling. Sie ist etwa 1,68 Meter groß, hat blondes Haar, rötliche Augen und rundes, gesundfarbiges Gesicht. Ihre Kleidung ist nicht bekannt. Beim Betroffenen ist sie in Schutzhaft zu nehmen.

# Großfeuer in der Berliner Straße.

In einem Häufschuppen der Bleiche- und Maschinenfabrik Otto Ulrich, Berliner Straße 57, brach in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 1.30 Uhr Feuer aus, das in den dort lagernden Borräumen an Verpackungsmaterial, Holzwaolle, Oelen und Kohlenstaub reichliche Nahrung fand. Der über 20 Meter lange Schuppen stand bald in Flammen. Die mit vier Wasserleitungen herbeigeleitete Feuerwehre konnte auch nicht einen Teil des Schuppens retten, der vollständig ausbrannte und schließlich zusammenstürzte. Der Feuerwehre gelang es nach anstrengter Arbeit, wenigstens die angrenzenden Lageräume und die Werkwohnung vor dem Feuer zu retten. Bis 7 Uhr hatte die Feuerwehre mit der Beseitigung zu tun. Dabei zog sich ein Feuerwehrmann leichtere Verletzungen zu. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

Das Sächsische Akademische Kunstfischamt für Studien- und Berufsfragen, Leipzig, das zuständig ist für die akademische Berufsberatung in Sachsen, veranstaltet in diesem Herbst Vorträge über akademische Berufe zur Auffklärung der vor der Berufswahl stehenden Abiturienten (-innen). Der erste Vortrag sollte am 27. September stattfinden. Er wird wegen der Vorverlegung der Ferien auf Dienstag, den 11. Oktober, verschoben.

Arbeitsgemeinschaft Döbmitzer Chöre. Dienstag, 27. September, alle Frauen- und Männerstimmen um 20 Uhr im Gartenhof zur Gesamtprobe für die Sachantaten. Auch die Sänger vom Zentrum-Süd.

# Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat Oktober: Dienstag, den 27., u. Mittwoch, den 28. September, 18-20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** — Die mit \* versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Nach Ablauf des Anmeldetages können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat Oktober nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Verbilligtes Zeitungs-Abonnement für Arbeitslose

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen.

- Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:**
- Alt-Leipzig\*: Filiale der Volkszeitung, Zeltzer Str. 32.
  - \*Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 10/21. I. rechts.
  - Döberitz: L.D.M., Filiale der Volkszeitung, Elisabethstr. 19. L. Schönefeld\*: Filiale der Volkszeitung, Steintiner Str. 64. L. Stötteritz: Bibliothek Gölitz Silina, Thielemannstr. 1. L. Paunsdorf: Bibliothek, Gölitzstr. Engelsdorf, Bibliothek Hauptstraße 5. Althen, Gölitzhof.
  - Neuherr Döberitz: Taucha, Bibliothek, Leipziger Straße. Döbitz, Gottfried Buhstump. Panitzsch, Richard Noack, Quercstraße 54. Vorchitz, Albert Wohlfahrt Nr. 35 h.
  - Südostbezirk: L. Thonberg, Bibliothek, Zärtlicher Str. 17. L. Stötteritz\*: Filiale der Volkszeitung, Ferdinand-Jost-Str. 27.

- L. Proßheide, Bibliothek, Ruffenstr. 14. Großpöna, Wlil Wegner, Hauptstr. 24. Holzhausen, Heinrich Köhne, Bahnhofstraße 30. Niederwolkwitz, Paul Gebhardt, Markt 1. Müllau, Wilhelm Ruttig, Hauptstr. 17. Zweinaundorf, Otto Ling, Hauptstraße 26. Stetzitz, Albin Sommer, Döbmitz Nr. 9. Sidritzhau, Otto Krause, Nr. 42. Wachau, Joh. Garmann, Am Bach 27 c.
- Südbezirk: L. Connewitz, Bibliothek, Döliger Str. 18 (Hof). L. Döbmitz, Traugott Unger, Lößtädter Str. 15. Cröbern, Karl Bahl, Kirchstr. 11. Martleeberg, Walter Franks, Bergstr. 14. Döbmitz, Julius Schmidt, Gaußsch, Albin Weidner, Selmen, Adolf König, Zöbiger, Albrecht, Albrecht, Koburger Str. 9. Zwenkau, Artur Wolf, Bahnhofstr. 5. Großpöna, Otto Pflüger, Turnerstr. 5, 1.
- Westbezirk: L. Lindenau\*, Filiale der Volkszeitung, Obermannstraße. L. Plagwitz-Schleußig\*, Filiale der Volkszeitung, Weissen-

- feller Straße. L. Kleinschöcher\*, Filiale d. Volkszeitung, Diestaustraße 5. L. Großpöna, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 38. L. Leußsch, Restaurant Vater Rahm, Lindenauer Str. 32. Köhler, Thonberg, Bibliothek, Leipziger Str. 44. Bösdorf, Arno Keller, Zwenkauer Str. 37 f. Anaußleeburg, Otto Jonad, Leipziger Str. 32. Rüdamsdorf, Albin Langrod, Frankenheim. Schönau, Paul Wiedemann, Vögner Str. 31.
- \*Kühreer Westbezirk: Markranstädt\*: Filiale der Volkszeitung, Schleußiger Str. 15. Döbmitz, Reinhold Geort.
- Westbezirk: L. Cöttrich, Bibliothek, Wilhelmstraße 23. L. Gohlis, Filiale der Volkszeitung, Lindenthaler Str. 22. L. Müßern, Rest. Reiche, Bibliothek, Budsorffstr. 27. V. Wahren, Albert Naclius, Hallische Str. 387. Quasmitz, Kasino, Lindenthal, Mag Bauer, Herrstr. 8. Bobowitz, Franz Selmann, Nr. 20. Wiederritz\*, Konsumverein, Modau, Richard Hessel, Gontardweg 106.



# Wißgütiger Anschlag auf das Streikrecht.

## Der zulässige Sympathiestreik.

Der Vor dem dritten Zivilsenat des Oberlandesgerichts Dresden als Berufungsinstanz wurde in der Schabenerstraße die Firma Sächsische Wollgarnfabrik G.m.b.H., vormals Tittel und Krüger, Leipzig, gegen den Deutschen Textilarbeiter-Verband (Zentrale Leipzig) und den Gewerkschaftssekretär Georg Panzer, Leipzig, verhandelt.

Am 25. März 1927 hatte der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie mit dem Textilarbeiterverband (Gau Freistaat Sachsen) und anderen Arbeitnehmerverbänden einen Manteltarifvertrag geschlossen, der bis 30. November 1928 für beide Teile un kündbar ist. Gemäß § 10 des Manteltarifvertrages gilt zur Regelung der Entlohnung der Arbeitnehmer zwischen den Tarifvertragsparteien der Lohnarbeitsvertrag vom 17. Dezember 1926, der bis 30. September 1927 un kündbar ist. Die Arbeiter im Betriebe der Antragstellerin werden gemäß diesen Vertragsbestimmungen entlohnt.

Am 22. April 1927 ließ der Textilarbeiterverband — nach den gerichtlichen Bestimmungen erster Instanz — vor dem Betriebe der Leipziger Firma ein Flugblatt „An die Arbeiterschaft von Tittel u. Krüger“ verteilen, in dem — wie die Firma behauptet — „ganz offen zu einem bevorstehenden Streik“ „aufgehetzt“ und auf diesen vorbereitet wurde. Am gleichen Tage ließ Panzer an die Arbeiter in der Abteilung Ring- und Seltfaktorspinnerei der Firma Tittel u. Krüger einen Handzettel verteilen, in dem zu einer Versammlung eingeladen wurde. Am 25. April traten bis auf vereinzelte Ausnahmen die in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter in den Streik, ohne daß der Firma von irgendeiner Seite Mitteilung von dem beabsichtigten Streik und seinem Grund und Ziel gemacht oder ihr Gelegenheit gegeben worden war, zu irgendwelchen Forderungen der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Am gleichen Tage ließ die Firma unter ihren Arbeitern ein Gegenflugblatt verteilen. Am 20. April fand die Versammlung statt, in der auch Panzer sprach und die Arbeiter aufforderte, zu streiken.

Die Antragstellerin behauptet nun, die Antragsgegner hätten sich dadurch, daß sie den Streik veranlaßt hätten und insbesondere durch Gewährung von Streikgeldern unterstützt, einmal eines Tarifvertragsbruchs, zum anderen einer unerlaubten Handlung im Sinne von § 829 BGB. schuldig gemacht. Auf Grund des geltenden Manteltarifvertrages bestünde für den Textilarbeiterverband eine Friedenspflicht. Wenn diese auch nicht ausdrücklich im Vertrag festgelegt sei, so ergebe sie sich doch aus den Bestimmungen des § 8 des Manteltarifvertrages. Die Antragstellerin habe keinen Anlaß zum Streik gegeben, sie halte den Tarifvertrag ein, habe auch keinerlei Aufträge von solchen Firmen übernommen, in deren Betriebe gestreikt werde, sondern nur eigene Aufträge erledigt. Dieses Verhalten des Antragsgegners sei

„offener Tarifbruch und verstöße auch gegen die guten Sitten, weil der Streik zum ausgesprochenen Ziele habe, „den Betrieb der Antragstellerin zu erschöpfen“

und in seinem wichtigsten Teile, der Ring- und Seltfaktorspinnerei, von denen die anderen Betriebsabteilungen abhängig seien, zu schädigen, und zwar gerade in einem Zeitpunkt, in welchem sich die Konjunktur gebessert habe. Der Kampf werde also auf hinterlistige Weise geführt und solle die Seele des Betriebes treffen. Panzer habe mit Wort und Tat das Verhalten des Textilarbeiterverbandes unterstützt. Durch diese Handlungswiese sei der Firma ein erheblicher Schaden erwachsen.

Auf Grund des Antrages der Antragstellerin hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig durch Beschluß vom 2. Mai 1927 eine einstweilige Verfügung

erlassen, welche den Antragsgegnern zur Vermeidung einer hohen Geldstrafe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung verbietet; den Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen, sei es durch Anwendung der Streikförmigkeit oder durch Aufforderung zum Streik, postenweise oder durch Gewährung von Streikunterstützung oder durch irgendwelche andere Mittel, ferner noch weitere Arbeiter der Firma zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermuntern. Die Antragsgegner haben am 3. Mai 1927 gegen die einstweilige Verfügung Widerspruch erhoben. Sie haben geltend gemacht, die Antragstellerin gehöre dem Norddeutschen Wollkammerei- und Kammgarnspinnerei-Konzern (N.W. u. K. Kammgarn) an, zu welchem 17 Betriebe, u. a. auch die Firma Kammgarnspinnerei Langensalza G.m.b.H. und ein Betrieb in Delmenhorst und Eisenach gehörten. Der Konzern kaufe für die ihm angeschlossenen Betriebe die Rohstoffe gemeinsam ein, nehme die Aufträge entgegen und verteilte sie auf die einzelnen Firmen. Diese müßten einander unterstützen. Die Antragstellerin sei also wirtschaftlich unselbständig. Das ergebe sich auch daraus, daß ihr Betrieb der Kontrolle des Konzerns unterliege.

Nun seien Anfang April in den dem Konzern angeschlossenen Betrieben in Langensalza, Eisenach und Delmenhorst die Arbeiter in den Streik getreten, weil diese Firmen sich weigerten, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Die Verwaltung des Konzerns in Delmenhorst habe, um die Produktionsausfälle auszugleichen, welche durch den Streik in Langensalza, Eisenach und Delmenhorst verursacht worden seien, den anderen Betrieben, so auch dem der Antragstellerin, mehr Aufträge, insbesondere solche, die an sich den Betrieben in Langensalza, Eisenach und Delmenhorst zugefallen wären, zugewiesen. Langensalza habe auch Garne in die Ring- und Seltfaktorspinnereibetriebe der Antragstellerin geschickt, damit sie dort für sie verarbeiteten und zur weiteren Verarbeitung und Erledigung der Aufträge zurückgegeben würden. Die Antragstellerin hätte daher die vordem besonders dringliche Herstellung von 48er Garn alsbald nach Ausbruch des Streiks in Langensalza plötzlich eingestellt und 28er Garn hergestellt. Sie habe also ihren Arbeitern zugemutet, Streikarbeit zu leisten.

Aus diesem Grunde seien die Arbeiter der Antragstellerin ebenfalls in den Streik getreten, weil sie ihre Arbeitsgenossen in den Betrieben in Langensalza, Eisenach und Delmenhorst, mit denen sie gegenüber dem Konzern eine Interessengemeinschaft bildeten, nicht in den Klinken hätten fallen wollen. Der Streik sei also aus rein ideellen Gründen erklärt worden, um schwer kämpfenden Klinkengenossen zu helfen. Ein solcher Streik sei erlaubt in gleichem Maße, wie eine Aussperrung als Kampfmittel der Arbeitgeber erlaubt sei. Ein solcher Streik und seine Unterstützung würde auch dann nicht gegen die guten Sitten verstößen, wenn er wirklich einen Vertragsbruch darstellte, denn nicht jeder Vertragsbruch verstöße ohne weiteres gegen die guten Sitten.

Ein Tarifvertragsbruch liege aber in Wahrheit nicht vor. Aus dem geltenden Manteltarif ergebe sich keine allgemeine Friedenspflicht.

Die einstweilige Verfügung verstöße gegen Artikel 169 der Reichsverfassung, weil sie die Unterstützung der Streikenden, die ein Ausschluß der Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sei, verbiete. Sie laufe darauf hinaus,

die Streikenden dem Hunger preiszugeben.

Das Landgericht Leipzig hat darauf den Beschluß vom 2. Mai 1927 aufgehoben und den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

In den Entscheidungsgründen wurde gesagt, daß das im Beschluß vom 2. Mai ausgesprochene Verbot, den Streik durch Wort und Tat zu unterstützen, rechtlich zulässig war. Durch das Verbot werde kein geschütztes Recht beschränkt oder verletzt. Die Zahlung von Streikgeldern sei kein Ausschluß der Vereinigungsfreiheit, sondern lediglich das wesentliche Mittel, den Streik durchzuführen. Auf Grund der mildmütigen Verhandlung und der erhobenen Vorwürfe ergebe sich aber ein anderer Sachverhalt, der auch zu einer anderen rechtlichen Würdigung führen müsse. Es habe sich um einen Sympathiestreik gehandelt.

Der N. W. und K. Konzern erscheine als eine Wirtschaftseinheit, wenn auch ohne eine rechtliche Form. Es sei eine unvermeidliche Folge hiervon, daß sich gegenüber einer solchen Wirtschaftseinheit, die so nach Art und Zahl der Betriebe eine größere oder geringere Macht im Wirtschaftsleben darstelle, eine Interessengemeinschaft der ihr dienenden Arbeitnehmerschaft bilden muß, die ihrerseits wieder einen Machtfaktor im Wirtschaftsleben bildet.

Die Langensalzaer Firma habe die im Tarifvertrag ausdrücklich festgelegte Erhöhung des Spitzenlohnes nicht gewährt. Es ist nicht ausgeschlossen (obwohl das keinesfalls glaubhaft gemacht ist), daß gleichwohl an sich die Arbeiter die gleiche Höhe des Lohnes

erreichen können, jedenfalls aber nur auf Grund eines Prämien systems, auf dessen Festsetzung sie keinen Einfluß haben und das im Tarifvertrag nicht vorgesehen ist. Die Arbeiter erklärten deshalb die Firma Langensalza für vertragsbrüchig und sind aus diesem Grunde in den Streik getreten.

Die Kammer erachtet eine solche Ermächtigung, wie sie der Verband der Thüringer Textilindustrie, E. L., seinem Vorstand eingeräumt hat, für unzulässig und rechtlich unwirksam. Wäre derartige zulässig, so würde es letzten Endes den Verband tarifunfähig machen.

Der Streik bei der Kammgarnspinnerei Langensalza ist also ein Abwehrstreik der Arbeiter gegen einen Tarifbruch der Arbeitgeber. Als solcher erscheint er sogar objektiv gerechtfertigt, mindestens aber subjektiv gerechtfertigt von Seiten der Streikenden. Seine Unterstützung kann danach gleichfalls nicht als ungerechtfertigt erscheinen, keinesfalls verstößt sie gegen die guten Sitten.

Demnach ist der Antragsgegner weder unter dem Gesichtspunkte einer unerlaubten Handlung noch dem der Vertragsverletzung ein Anspruch gegen die Antragsgegner gegeben.

Die Entscheidung, die das Oberlandesgericht getroffen hat, lautet:

Es bewendet bei der Erklärung der Antragstellerin, daß sich die Hauptsache erledigt hat.

Im übrigen wird ihre Berufung gegen das Urteil der 4. Zivilkammer beim Landgericht Leipzig auf ihre Kosten zurückgewiesen.

Das Urteil ist vollstreckbar.

Damit hat diese große Unternehmerraktion gegen die Gewerkschaften mit einem kläglichen Plasto geendet.

# Neue Unwetterkatastrophen.

## In der Schweiz und in Tirol.

WTB Landquart (Schweiz), 25. September.

Die Regengüsse der letzten Tage haben im Bündner Rheintal zu einer Hochwasserkatastrophe geführt. Der Rheinstrecke zwischen Reichenau und Disentis wurde eingestellt. Die Staatsstraße wurde bei Trimmis durch eine Mauer auf eine Länge von 60 Meter weggespült. Verkehr und Telefon sind unterbrochen. Die Rheinbrücke bei Halbenstein wurde schwer beschädigt. An der Rheinbrücke in Untervaz wurde der Mittelspanner weggerissen. Da der Rhein fortgesetzt steigt, ist mit einem weiteren Anwachsen der Hochwassergefahr zu rechnen.

WTB Bellinzona, 25. September.

Durch das Unwetter im Tessin sind alle Verbindungen von Bellinzona aus unterbrochen. Die Maggadino-Ebene ist ebenfalls überflutet.

WTB Gené, 25. September.

Die heftigen Regengüsse der letzten Tage haben ein starkes Steigen der Aare zur Folge gehabt. Der Fluß ist an mehreren Stellen über die Ufer getreten. In der Stadt Gené sind einige Keller unter Wasser gesetzt. Die Feuerwehrlöcher sind alarmiert.

WTB Lugano, 25. September.

Infolge des heftigen Sturmes, der in der Nacht auf den Sonntag über Lugano wüthete, ist der Dampfer Ticino im Hafen von Lugano gesunken. Der Dampfer war im Jahre 1905 in Dienst gestellt worden. Er hatte eine Länge von 48 Metern und eine Breite von etwa 5 Metern und konnte 400 Personen befördern.

WTB Chur (Schweiz), 25. September.

Die Verbindungen mit dem Oberland und Tirol sind immer noch unterbrochen. In Tavanna wurde ein großes Doppelwohnhaus und ein Wohnwärfelhaus von den Fluten mitgerissen. Acht Einwohner sind ertrunken. In Bergell sind die Verbindungen mit dem Engadin unterbrochen. Der Wildbach in Casaccia hat das Dorf überflutet, so daß die Einwohner sich nur mit Innapper Retten konnten. Am Abend begann in der Höhe Schnee zu fallen. Der Rhein ging um etwa einen Meter zurück, so daß man hoffen kann, daß die größte Gefahr überstanden ist.

WTB Innsbruck, 25. September.

Die Regengüsse, insbesondere der Regen der letzten Nacht, der auch den ganzen Tag über angehalten hat, hat auch in Tirol Hochwasserläufe verursacht. Besonders schwer ist das Zillertal bei Kaltenbach sowie das Wipptal heimgesucht, wo auch das Elektrizitätswerk der Stadt Innsbruck gefährdet gewesen sein soll. Es wurden auch mehrere Holzbrücken fortgeschwemmt.

Wien, 24. September.

Ein Mißgeschick hat in einigen Orten der Umgegend von Graz angeheueren Schaden angerichtet. In St. Rupprecht wurde ein auf dem Acker arbeitender Bauer von der Windhose zwei Meter hoch emporgehoben und 90 Meter weitergetragen; er erlitt dabei eine Gehirnerschütterung. Fünf Personen wurden durch umherfliegende Dachziegel verletzt. In Unterrohr wurde ein Bauernbursche getötet.

## Levine gibt auf.

SPD Wien, 25. September.

Nachdem der Versuch des Amerikaners Levine, mit seinem Flugzeug „Mik Columbia“, mit dem englischen Flieger Hinchliff als Führer, einen Dauerflug von etwa 6000 englischen Meilen durchzuführen, bereits nach 800 Meilen in Wien aufgegeben werden mußte, hat er nunmehr auf die Fortsetzung des geplanten Indienfluges überhaupt verzichtet. Levine

will von Wien aus nach Venedig fliegen und dort mit seinem Flugzeug an einem internationalen Schnelligkeitswettbewerb teilnehmen. Sein Flugzeugführer Hinchliff erklärt, ein Ozeanflug läme in der jetzigen Jahreszeit überhaupt nicht mehr in Frage, ein solches Unterfangen sei klarer Selbstmord.

WTB Venedig, 20. September.

Levine ist mit der „Mik Columbia“ hier eingetroffen.

## Großfeuer bei der UEG.

WTB Berlin 25. September.

In einem Lager- und Bureaugebäude der Abteilung für Beschäftigung der UEG in der Luisenstraße 35 brach heute mittig ein Baumaterialienlager aus noch unangeführter Ursache ein Brand aus, der an den Holz- und Kistenvorräten reiche Nahrung fand und sich mit schrecklicher Schnelligkeit über sämtliche vier Stockwerke des Gebäudes ausbreitete, das im Verlauf des Nachmittags völlig ausgebrannt ist. Das daneben gelegene Umformerwerk der UEG konnte durch die Feuerwehrlöcher, die mit zahlstreichem Löschgüß eingriff, gerettet werden. Personen sind, da wegen des Sonntags die Arbeit ruhte, nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist erheblich. Der Polizeipräsident Bürgel, der Kommandant der Schutzpolizei Heimannberg und Oberbaurat Dr. Böß waren auf der Brandstätte erschienen. Um 7 Uhr wurden, nachdem die Gewalt der Flammen gebrochen war, neue Mannschaften für die Aufräumarbeiten eingesetzt. Insbesondere müssen die voll Wasser stehenden Kellerräume ausgepumpt werden.

Berlin, 26. September.

Der Brand auf dem Grundriss der UEG, dessen Bekämpfung ein Aufgebot von 10 Löschgruppen und mehreren Turmleitern erfordert hat, machte eine vorübergehende Stilllegung des neben der Brandstätte liegenden Umformerwerkes nötig, so daß dem Montagabend die Stadtbezirke Charlottenburg, Großer Stern, Moabit, Kugsburger Platz, Französische Straße und Charlottenstraße ungefähr eine Stunde lang ohne Strom waren, bis die nötigen Umstellungen erfolgt waren. Bei der Umhaltung entstand in der Müllerstraße kurzschluß in einem Straßenbahnmast, so daß auch der Straßenbahnverkehr eine Zeitlang lahmgelegt war.

Großfeuer in Wilhelmshagen. Die Dachpappenfabrik Schah u. Häbener in Wilhelmshagen bei Hamburg ist am Sonnabendvormittag einem gewaltigen Großfeuer zum Opfer gefallen. Ein Betriebsleiter wurde durch Explosion eines Asphaltkessels schwer verletzt.

Vom Güterzug überfahren. Am Sonnabendmorgen gegen 2 Uhr geriet ein Personenzug der Jso-Bergbau-A.G. zwischen Alt-Reudersberg und Groß-Räfen an einem nichtgeschlossenen Bahnübergang unter einen Güterzug. Während der Chauffeur unverletzt blieb, wurde der Fahrgast, Regierungsrat Parisch vom Finanzamt R a l a u, auf der Stelle getötet.

Deutschlands ältester Lehrer. Am Sonntag, dem 25. September, konnte der Hauptlehrer p. D. Gustav Krause in Prosta u. Kreis Glogau seinen 101. Geburtstag feiern.

Anschlag auf den Orient-Expreß. Bei Karasuli in Griechisch-Mazedonien verfuhrte nach einer Meldung aus Saloniki eine mazedonische Komitadjibande den Simplon-Orient-Expreß anzuhalten und zu überfallen. Der Plan konnte jedoch vereitelt und die Bande in die Flucht geschlagen werden.

Dauer-Regelflug. Der ostpreussische Segelflieger Lehrer Schulz unternahm am Sonnabend bei einer Windstärke von 14 bis 15 Sekundenmeter einen Segelflug über Marienburg. Er blieb 3 Stunden 34 Minuten in der Luft, überflog die Stadt in einer Höhe von 100 bis 300 Meter und kehrte dann zu seinem Ausgangspunkt zurück.

Auf dem Buttermarkt sind unangenehme Ueberrassungen eingetreten. Die Käsehersteller der letzten Monate seien sich folgendermaßen als man angenommen hatte besonders in Norddeutschland und in dem nördlichen Auslande ist die Butter nicht sehr groß, wodurch die Milchproduktion ganz erheblich zurückgegangen ist. Ein Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 17. d. M. bringt einen Bericht aus Westpreußen, woraus sich die Butternot sehr leicht erklären läßt. Unter solchen Umständen sind natürlich die Butternotizen im In- u. Auslande in den letzten Wochen ganz abnorm gestiegen.



Allerfeinste, garantiert reine Naturbutter

mußte dadurch leider auch wieder etwas teurer werden. Da aber der Butterbedarf auf dem Lande durch die Entarbeiten immer noch größer als im Winter ist, sieht man die letzte Buttermarktpreise trotzdem nur als vorübergehend an und hofft daß der Eintritt kühlerer Witterung durch die Schwermilchläuterer größere Mengen Butter auf dem Lande frei werden. Das müßte dann einen Preisrückgang hervorrufen, den der Butterhandel durch aus herbeistellen, denn teure Butterpreise erklären den niedrigen und bringen ihm Verluste.

Der Preis der



Allerfeinste, garantiert reine Naturbutter

Beträgt heute Mk. 1.30 per 1/2 Pfund-Stück. Man achte beim Einkauf genau auf die Worte Erdbeer-Butter und laufe nicht auf andere Butter auf.

In auswärtigen Plätzen ist der Verkaufspreis um die Frachtkosten von etwa 5 Pfa. ver Stück teurer. Angros-Verkauf der „Erdbeer-Butter“ Kohlenstraße 1-3, Telefon 245 19 und 249 52



# Sp. Spiel, Sport, Körperpflege

## Fußball vom Sonntag

Heute fand ein sehr interessantes Fußballspiel zwischen dem Vereinigungssportklub und dem FC Germania 07 statt. Das Spiel wurde von ca. 100 Zuschauern verfolgt. Der Vereinigungssportklub gewann mit 2:0 Toren. Die Tore wurden von Müller und Schmidt erzielt.

**Handball.** Am Sonntag fand ein Handballspiel zwischen dem FC Germania 07 und dem Vereinigungssportklub statt. Das Spiel wurde von ca. 50 Zuschauern verfolgt. Der FC Germania 07 gewann mit 3:1 Toren. Die Tore wurden von Müller, Schmidt und Weber erzielt.

**Spielevermittlung.** Die Spielevermittlung hat für den kommenden Sonntag folgende Spiele vermittelt: Germania 07 gegen Vereinigungssportklub, FC Germania 07 gegen Vereinigungssportklub, FC Germania 07 gegen Vereinigungssportklub.

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:

**Wahnen-Schießfeld 21.** Am Sonntag fand ein Schießwettbewerb auf dem Wahnen-Schießfeld statt. Der Wettbewerb wurde von ca. 100 Schützen angetreten. Die Ergebnisse sind wie folgt:



## Aus der Umgebung

### Schulkampf auf dem Lande

Am Mittwoch, dem 21. September d. J., hatte die Gärtniker Lehrerschaft eine Protestversammlung gegen den Reichsschulgesezettel einberufen. Herr Schulleiter Franzert wies in vorzüglicher Weise die verheerenden Auswirkungen dieses reaktionären Entwurfs in unserer Schulgemeinde nach. Im Gärtniker-Schulbezirk, der jetzt eine stoffklassige Volksschule mit fünf Lehrkräften als Gemeinschaftsschule hat, würden drei Zwergschulen entstehen, und zwar:

- 1. eine stoffklassige weltliche Schule,
- 2. eine zweifachstufige evangelisch-lutherische Bekenntnisschule,
- 3. eine einstufige römisch-katholische Bekenntnisschule.

Es müßte also eine neue Schule mit sechs Zimmern gebaut werden und zwei neue Lehrkräfte würden anzustellen sein. Die Kosten wären für den Schulbezirk untragbar.

In der Aussprache beteiligten sich nur Gegner des Entwurfs. Besonders interessant wurden die Ausführungen des Genossen Jacob durch folgende Enthüllung: Der heilige Elternverein hatte in Anbetracht der lebhaften Agitation seitens der fortschrittlich gestimmten Lehrerschaft keine Schäftein wieder einmal abkommandiert. Am 30. September wollten die tapferen Gottesstreiter, eingebettet des Spritzleins: „Geh in dein Kämmerlein und schließ die Tür zu, und...“ eine Versammlung hinter verschlossenen Türen abhalten. Der Vorsitzende, Herr Raube in Kulkwitz, wird seine Rolle als „Angehöriger der Demokratischen Partei“ gut spielen, zumal er bis zu seiner Wahl als Bürgermeister heimlich Sozialdemokrat war und dann die rechten Parteien verschiedener Schattierungen abfolierte.

Der Nummernschanz der Christlichen veranfaßte aber einen Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche zu folgendem Antrag: „Der christliche Elternverein wird ersucht seine Versammlung am 30. September der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“ Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Herr Schmidt, der Geist, der stets verneint, hat sich „so“ ja nicht das erstmal blamiert. Daß er vom Recht der freien Meinungsäußerung nicht Gebrauch machte, war der Versammlung klar. Freigehet ist nun einmal eine der Hauptaufgaben des hiesigen christlichen Elternvereins.

Eine vom Referenten eingebrachte Entschließung fand gegen eine evangelische und zwei römisch-katholische Stimmen Annahme. Mit der Aufforderung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen den Schandentwurf zu arbeiten und die Öffentlichkeit aufzuklären, wurde die wohlgeleitete Versammlung geschlossen.

**Wahl-Ehrenberg.** Das Schuljubiläum. Die für den 27. und 28. September 1927 geplanten Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums der hiesigen Schule können wegen der beschlossenen Entschließung nicht stattfinden und müssen auf einen späteren Termin verlegt werden.

Gestohlen wurden in Gendorf am 23. September d. J., zwischen 20.15 und 21.30 Uhr, aus einem vor der Gastwirtschaft zur Warburg haltenden unerschlossenen gemessenen Personkraftwagen zwei graue Kuffade, eine davon mit Gummischweißpapier, ein grüner Regenmantel, eine graue Windjacke, eine lederne Jagdtasche mit 15 Schrotpatronen, ein Prismen Fernglas. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Gendarmerie-Station Wühlitz-Ehrenberg.

**Tausch.** Am nächsten Dienstag, dem 27. September 1927, 1/20 Uhr, veranstaltet in der Tausch-Schule Oberteile in Verbindung mit dem Gewerkschaftsrat Tausch einen Werbeabend für die Büchergilde Gutenberg. Es werden ein kurzer Vortrag über Bücher und Büchergilde gehalten, eine Reihe Leseproben aus Gildenbüchern vorgetragen und die bisher erschienenen Bücher der Gilde ausgestellt. Besucht den Werbeabend und werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg, der Büchergemeinschaft der Werkträger.

**Engelsdorf.** Die für heute angelegte Elternversammlung kann wegen Schulschluß nicht stattfinden.

**e. Großh.** Gegen den Reichsschulgesezettel. Von der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, unter Leitung des Verbandes für Freidenkforum, Ortsgruppe Großh., fand am 17. September eine öffentliche Protestversammlung statt. Die von 150 Personen besuchte Versammlung nahm ein beifällig aufgenommenes Referat des Genossen Prof. Dr. Riemann, Leipzig, entgegen. Einstimmig, sogar mit bürgerlichen Stimmen, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 17. September in Großh. tagende öffentliche Versammlung protestiert gegen den verfassungswidrigen Entwurf zum Reichsschulgesezettel. Sie stellt in dem Entwurf, der außerdem eine untragbare finanzielle Belastung der Gemeinden bringt, die Auslieferung der Schule und des Erziehungswesens an die Kirche. Unsere Kinder sollen zu freien Menschen mit selbständigem Denken erzogen werden. Die Herrschaft der Kirche über die Schule macht die Kinder zu Duckmäusern und unfreien Menschen. Wir fordern die Weisheit des gesamten Schul- und Erziehungswesens. Darum scheidet mit dem Reichsschulgesezettel die Verantwortung der Versammlung werden in aller nächster Zeit mit Listen gegen die Verkündung der Schule von Haus zu Haus gehen, um so allen Gemeindegliedern Gelegenheit zu geben, gegen den ungeheuerlichen Entwurf zu protestieren. — Dem Elternrat war es gelungen, einen verhältnismäßig großen Teil Eltern und Erzieher, die für gewöhnlich keine Besucher öffentlicher Versammlungen sind, am 21. September in der Aula der neuen Schule zu versammeln. Dort hörten sie einen äußerst sachlichen und wohlüberlegten Vortrag des Lehrers Gen. Weise, Leipzig. Angenehm überrascht, die zustimmenden Ausführungen des Schulleiters, der im Zusammenhang mit dem Entwurf, die Lehrerschaft an unserer Schule, bestehende Raumnot, bei Gefährdung des Entwurfs ins Untragbare steigen ließ, die durch ungeheure finanzielle Anstrengung der Gemeinde, gelöst werden könnte. Einmütig wurde nachfolgende Entschließung angenommen: „Die am 21. September im Schulkaffe versammelte Eltern- und Erzieher-Versammlung gegen den vorliegenden Entwurf zu einem Reichsschulgesezettel. Der Entwurf ist in seinen wesentlichen Teilen verfassungswidrig und liefert die Schule den Religions- und Erziehungswesen an und verursacht den Gemeinden unerhörte Kosten. Die Versammlung fordert ein Schulgesezettel als worts- und sinngeheime Ausführung der Verfassung.“

**Verammlungskalender**  
Dienstag, 27. September 1927.  
Zolger-Verband, Volksschule, 10 Uhr.  
Tagungsordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.